



ADS-GRENZFRIEDENSBUND

AN DEINER SEITE

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



Grenzland und Covid 19

Reichstagswahlen und
NSDAP im Raum Flensburg,
Teil 2

I.P. Nielsen - eine Biographie,
Teil 1

Das Minderheiten-Kompetenz-
Netzwerk

Das Scheitern der Minority
Safepack Initiative

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

- HERAUSGEBER:** ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig
- Redaktionsgeschäftsstelle:* Barbara Quednau
- Anschrift:* Mürwiker Straße 115 · 24943 Flensburg
Telefon (04 61) 86 93-425 · Telefax (04 61) 86 93-420
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de
www.ads-grenzfriedensbund.de
www.facebook.com/Grenzfriedenshefte
- Geschäftszeit:* Dienstag, 09.00-12.00 Uhr, Mittwoch, 09.00-13.00 Uhr
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0
- Mitgliedsbeitrag:* 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.
- Abonnement:* 15 € zuzgl. Porto
- Bankverbindungen:* HypoVereinsbank – BIC: HYVEDEMM300
IBAN: DE27 2003 0000 0080 0094 07
Nord-Ostsee-Sparkasse – BIC: NOLADE21NOS
IBAN: DE74 2175 0000 0000 0829 88

INHALT

Seite

Andrea Graw-Teebken

Einreisebeschränkungen unter Covid-19.
Erfahrungen von März bis Oktober 2020 3

Frank Omland

Der Aufstieg der NSDAP im Landkreis Flensburg – ein
(wahl-)statistischer Vergleich 1928 bis 1933.
Teil 2: der Einfluss der anderen Parteien
auf die Stimmergebnisse der Nationalsozialisten 19

Karl-Werner Schunck

I.P. Nielsen. „Kindervater“ und
„Sønderjysk Folketingsmand“. Teil 1 53

Helen Christiansen

Das deutsch-dänische Grenzland und das Minderheiten
Kompetenz-Netzwerk 71

Harro Hallmann

Minderheitenrechte in der EU und das Scheitern
der Europäischen Bürgerinitiative 79

Echo

Zum Beitrag „Das deutsch-dänische Abstandsjahr“ von
Gerret Liebing Schlaber in den Grenzfriedensheften 2/2020 93

Umschau 99

Buchhinweise 113

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe 151

Verzeichnis der im Jahre 2020 in den
Grenzfriedensheften erschienenen Aufsätze 153

Die Grenzfriedenshefte erscheinen halbjährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des ADS-Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 7 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Unabhängige Redaktion der Grenzfriedenshefte:

- Dr. Levke Bittlinger
- Ilse Friis, cand.mag.
- Ruth E. Clausen, Dipl. Museol. (FH)
- Dr. Matthias Scharl (verantw.)
- Gerret Liebing Schlaber, ph.d.

Redaktionsanschrift: Mürwiker Straße 115, 24943 Flensburg

Printed in Germany

ISSN 1867-1853

Einreisebeschränkungen unter Covid-19

Erfahrungen von März bis Oktober 2020

von ANDREA GRAW-TEEBKEN

Weltweit hat die Covid-19-Pandemie seit Ende Februar 2020 enorme Auswirkungen gehabt. Tausende Tote und Erkrankte mit Langzeitfolgen, Wirtschaftseinbrüche und völlig veränderte Lebenswelten sind täglich in den Medien zu verfolgen. Das deutsch-dänische Grenzland ist dabei bisher relativ glimpflich davongekommen; auf beiden Seiten der Grenze waren die Fallzahlen gering. Dennoch wurde der Alltag im Grenzland, in dem sich die Menschen an die im Schengen-Raum seit 2001 geltenden Erleichterungen beim Grenzübertritt gewöhnt hatten, durch scharfe Grenzkontrollen im März 2020 jäh unterbrochen. Ähnlich wie an anderen europäischen Grenzen sollte damit die Ausbreitung des Virus verhindert werden. Nach einer kurzzeitigen Öffnung ab Mitte Juni erfolgte im November eine ähnliche Reaktion. Ob und in welcher Weise in der Region der Normalzustand wieder herrschen wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch offen. In dem folgenden Beitrag beschreibt die Mitarbeiterin des Regionalkontors in Pattburg, Andrea Graw-Teebken, die Auswirkungen und Folgen des ersten „Lockdowns“ im Frühjahr 2020 in der deutsch-dänischen Grenzregion. Dabei wird eine zeitliche Übersicht gegeben, welche Änderungen von März bis Oktober stattgefunden haben. Weitere Abschnitte thematisieren verschiedene Lebensbereiche, die von den Grenzkontrollen berührt wurden und gehen ein auf die politischen Entwicklungen und Proteste gegen die Grenzkontrollen.

Die Redaktion

Der Lock-Down und die sichtbare Grenze

Während im Januar 2020 die Nachrichten aus der chinesischen Provinz Wuhan noch sparsam in den europäischen Medien erschienen, beschleunigte sich die Entwicklung im Februar. Es wurden sogenannte Hot-Spots bekannt, u.a. in Österreich, wo viele Dänen die traditionellen Winterferien in der 7. Kalenderwoche beim Skifahren verbrachten. Einige von ihnen nahmen das Coronavirus mit nach Dänemark. Noch Ende des Monats schätzte Sundhedsstyrelsen das Risiko, an Corona zu erkranken, in Dänemark als moderat ein. Schon Anfang

März jedoch änderte sich diese Einschätzung. Veranstaltungen über 1.000 Teilnehmer wurden verboten, es gab die ersten Hilfspakete. Am 11. März fand dann die Pressekonferenz der Staatsministerin statt, die das öffentliche Leben zeitweise beendete:

Der Lock-Down betraf sämtliche Bereiche der Gesellschaft, bis auf die Mitarbeiter, die systemrelevante Arbeiten in Krankenhäusern oder an Schaltstellen der Verwaltung erledigten. Alle anderen wurden ab dem darauffolgenden Tag ins Home-Office geschickt, Schulen und Kindergärten geschlossen. Am 13. März erfolgte der Paukenschlag für die Grenzregion: Mit Wirkung vom 14. März wurden sämtliche Grenzübergänge entweder komplett gesperrt oder eine permanente Kontrolle eingerichtet. Nur Grenzpendler und andere mit "triftigen" Gründen, wie Fahrer von Warentransportern, durften ab dem 14. März nach Dänemark einreisen.

In Deutschland fand eine ganz ähnliche Entwicklung statt. Am 11. März äußerte sich erstmals die Bundeskanzlerin zu der neuen Situation, ab dem 13. März schlossen sämtliche Schulen und Kindergärten, eine Entwicklung, die in Deutschland wesentlich länger anhielt als in Dänemark. Nach der dänischen Grenzschließung reagierte Deutschland am 16. März mit einer Grenzschließung in Richtung Dänemark. In den dazwischenliegenden Tagen war man von der schleswig-holsteinischen Politik an den Bundesinnenminister herangetreten mit der Sorge um die Ansteckungswege durch den florierenden Grenzhandel.

Auf diese Realität musste sich die gesamte Region Sønderjylland-Schleswig in den nachfolgenden Monaten einstellen. Der April zeigte unterschiedliche Entwicklungen. Einerseits wurden in Dänemark sämtliche größere Veranstaltungen wie Festivals und Sportevents abgesagt. Andererseits wurde bereits Ende April die erste Phase der Wiedereröffnung eingeleitet, was bedeutete, dass u.a. Friseure wieder ihrem Handwerk nachgehen konnten. In Deutschland war dies nicht der Fall, was aber nicht bedeutete, dass die Flensburger sich in Dänemark die Haare schneiden lassen konnten; die Grenze war für diese Aktivitäten immer noch hermetisch geschlossen.

Zugleich zeigte es sich, dass sowohl Sønderjylland als auch Schleswig-Holstein keine hohen Fallzahlen vorzuweisen hatten. Früh argumentierten die Minderheitenparteien SSW und SP, dass damit das Ansteckungsrisiko innerhalb der Region äußerst gering sei. Es gab Unterstützung von einigen Politikern der dänischen Opposition sowie aus den Grenzlandkommunen, was aber an der Haltung der dänischen Regierung nichts änderte. Es zeigte sich sogar, dass auch dänische Staatsbürger, denen die Einreise in ihr Land offiziell zu keinem Zeitpunkt verwehrt wurde, kontrolliert und befragt wurden. Es wurden viele spezielle Situationen bekannt: Landwirte an der Westküste konnten Sonder-



Abb. 1 Auch auf der deutschen Seite bei Krusau wurde im Frühjahr 2020 kontrolliert.

regelungen an den kleinen Grenzübergängen erhalten. Schüler aus Harrislee konnten nicht mehr ohne Umweg mit dem Fahrrad zur Schule in Pattburg kommen. Von beiden Seiten aus gab es Zurückweisungen an der Grenze, was die Bevölkerung zunehmend frustrierte.

Im April schließlich wurden in Dänemark massive Lockerungen eingeführt. Besonders Schulen und Kindergärten wurden gut ausgestattet und umfassend wiedereröffnet. In Deutschland dauerte dies bis zu zwei Monate länger. Diese Lockerungen bezogen aber nicht die Einreisebeschränkungen mit ein, worauf man sehr gehofft hatte. Von deutscher Seite aus kamen deutliche Signale, dass man sich eine Lockerung oder sogar Abschaffung der Grenzkontrollen vorstellen könne – aber wenn, dann nur beidseitig. So entstand ein Tauziehen zwischen Bundesinnenministerium und dänischem Justizministerium. Erst Mitte Juni kam Bewegung in die Sache. Die deutsche Seite beendete die sichtbaren Grenzkon-

trollen zum 15. Juni. Damit war die Grenze Richtung Deutschland insgesamt 92 Tage geschlossen. Schnell wurden die Betonpoller abgebaut. Dänemark öffnete am 14. Juni – und damit nach 93 Tagen - die Grenze, jedoch unter Auflagen. So durften alle Schleswig-Holsteiner einreisen, ein Anerkennungswürdiger Grund musste nicht mehr gegeben sein. Deutsche aus anderen Bundesländern, größtenteils Touristen, mussten sich der neuen Sechs-Tage-Regel unterwerfen: Sechs gebuchte Übernachtungen – hiervon jedoch zwei nicht ganztägig - mussten bei Einreise nachgewiesen werden. Damit begann der Stau an der Grenze, denn von dänischer Seite aus wurden weiterhin nur fünf von insgesamt 13 Übergängen geöffnet. Begründet wurde dies mit dem Hinweis auf knappe Personalressourcen. Die Sechs-Tage-Regel wurde erst im August aufgegeben, was aber nicht zur Einstellung der Grenzkontrollen führte, wie viele Grenzlandbewohner gehofft hatten. So wurde ab Mitte Juli der Unmut und der Ruf nach einer Beendigung der Kontrollen immer lauter. Vorschläge, u.a. zur Einrichtung einer speziellen Grenzpendlerspur, wurden gemacht. Das zuständige Ministerium in der dänischen Hauptstadt verwies an die lokale Polizei, die wiederum darauf verwies, keine neuen Anordnungen erhalten zu haben. Grenzkontrollen aufgrund des Seuchenschutzes wurden immer mehr zur reinen Symbolpolitik. Der Lock-Down und die Grenzkontrollen machten die Grenze zwischen Dänemark und Deutschland wieder sichtbar.

Für verschiedene Personengruppen ergaben sich teilweise ganz unterschiedliche Fragestellungen seit Beginn der Covid-19-Krise. Es gab unterschiedliche Entwicklungen in dem Zeitraum von März bis August 2020 – Grenzpendler bekamen durch die Grenzschließung zwar die Pflicht der Dokumentation, konnten dann aber zügig die Grenze passieren. Mit der teilweisen Öffnung für Touristen durch die Sechs-Tage-Regel wurde es für die Grenzpendler eng, sie standen nun stundenlang im Stau. Umgekehrt war die Entwicklung für Touristen und Privatpersonen – hier war die Grenze zeitweise hermetisch geschlossen, ab Mitte Juni gab es Lockerungen.

Grundsätzlich wurde die deutsch-dänische Grenze für Grenzpendler nie ganz geschlossen, sie durften durchgehend ihrer Arbeit auf der anderen Seite der Grenze nachgehen. Abstandsregeln, Hygienemaßnahmen – all das war national und sogar regional organisiert. Das Tragen von Masken in bestimmten Bereichen und zu bestimmten Zeitpunkten unterlag außerdem auch laufend geänderten Bestimmungen. Im dänischen Zentralstaat kamen die Anordnungen direkt aus Kopenhagen. Dies sicherte eine einheitliche Regelung und größere Transparenz. Arbeitsbedingungen unterliegen den jeweiligen nationalen Gegebenheiten und für die Grenzpendler bedeutete dies die Notwendigkeit, sich über die Regeln im Arbeitsland auf dem Laufenden zu halten.

Auswirkungen auf die Grenzpendler

Circa 14.000 Personen sind offiziell Grenzpendler zwischen Deutschland und Dänemark, der überwiegende Teil davon Richtung Dänemark. Als am 14./16. März die bis dahin weitgehend freie Grenzpassage beendet wurde, war das Hauptaugenmerk der Behörden schnell der freie Transport von Gütern und die Möglichkeit der Grenzpendler, ihrer Arbeit weiterhin nachgehen zu können. Die Kommune Apenrade war einer der ersten Akteure, der für seine Angestellten mit Wohnsitz südlich der Grenze – ein nicht unwesentlicher Teil davon im Gesundheitswesen tätig – individuelle Passierscheine erstellte. Die Grenzkontrolle auf der dänischen Seite akzeptierte verschiedenste Dokumente, hierunter Lohnabrechnungen und Arbeitsverträge, ein besonderes Dokument war jedoch nicht erforderlich. In Zweifelsfällen riefen die Grenzbeamten beim Arbeitgeber an und ließen sich die Angaben bestätigen. Auf deutscher Seite wurde ebenfalls kontrolliert. Hier wurde ein spezielles Grenzpendlerdokument erstellt, was gut sichtbar hinter der Windschutzscheibe anzubringen war. Diese Regelung funktionierte schnell sehr gut. Es gab auch Einzelfälle, bei denen Pendler die Bescheinigung nutzten, um an ihren freien Tagen in Dänemark einzukaufen. Dies wurde entdeckt und es war deutlich, dass hier keine Ausnahmen geduldet wurden.

Doch was passiert, wenn der dänische Arbeitgeber Kurzarbeit anmelden musste? Hier zeigte sich, dass dieses Geld nur an Mitglieder einer dänischen Arbeitslosenkasse gezahlt wurde. Viele in Deutschland wohnende Arbeitnehmer sind aber, aus verschiedenen Gründen, nicht Mitglied. Deshalb erhielten sie keine Leistungen, sondern mussten notfalls Arbeitslosengeld II in Deutschland beantragen. Hier zeigte sich, dass die Mitgliedschaft in einer Arbeitslosenkasse zwar freiwillig, aber notwendig ist.

Eine besondere Untergruppe der Pendler sind die Wochenpendler. Diese fahren für jeweils mehr als 48 Stunden nach Dänemark, beispielsweise auf Montage, und kehren am Wochenende nach Deutschland zurück. Als die bundesweite Quarantäneverordnung in Kraft trat, mussten sich Rückreisende aus Risikogebieten einer 14-tägigen häuslichen Quarantäne unterziehen. Es stellte sich die Frage, ob Wochenpendler von den Maßnahmen umfasst sind. Nach Klärung über das schleswig-holsteinische Innenministerium und über das Bundesministerium des Inneren wurde dies verneint. Diese Information wurde aber lediglich auf der Seite des Landes Schleswig-Holstein mitgeteilt, was zu Verzögerungen führte. Der Verlauf ist symptomatisch für die Tatsache, dass klare Aussagen und zielgruppenorientierte Kommunikation in grenzüberschreitenden Zusammenhängen notwendig sind.

Als die Fallzahlen auf dänischer Seite im Herbst wieder stiegen, verhängte Schleswig-Holstein Quarantäneregeln gegenüber Reisenden aus dem Großraum Kopenhagen. Dies betraf auch die Wochenpendler, die eigentlich von den Quarantäneregeln ausgenommen waren. In der Praxis galten hier die Regeln der regionalen Gebietskörperschaften, was teilweise dazu führte, dass Arbeitnehmer nicht am Wochenende nach Hause fahren konnten, sondern in Kopenhagen bleiben mussten. Es gibt noch weitere besondere Arbeitsverhältnisse. Diese waren von der Covid-19-Krise auf spezielle Weise betroffen. So gibt es in Deutschland ansässige Freiberufler, die auch in Dänemark "Freelance"-Aufgaben lösen. Doch diese Arbeitsverhältnisse werden sowieso schon unterschiedlich gehandhabt. Mit den Infektionsschutzmaßnahmen kamen einige in finanzielle Schwierigkeiten, da eine Absicherung gegen Umsatzausfälle oder Arbeitslosigkeit nicht greift. Dies hing auch mit teilweise falschen Registrierungen der Unternehmen zusammen, weshalb die Freiberufler von dänischen Hilfspaketen ausgeschlossen waren, die deutschen aber ebenfalls nicht nutzen konnten. Konkret gab es eine ganze Reihe von Freelance-Lehrkräften an den dänischen Abendschulen (aftenskoler), die in eine Lücke fielen, denn ohne Aufträge aus Dänemark hatten sie weder Einnahmen noch waren sie sozial abgesichert.

Es gibt auch Personen, die in Deutschland sozialversicherungspflichtig arbeiten – jedoch über eine dänische Firma ohne Firmensitz in Deutschland. Diese Mitarbeiter können kein Kurzarbeitergeld erhalten. Ähnliche Fälle traten in anderen Grenzregionen auf, weshalb das Beraternetzwerk Grenznetz sich an das Bundesarbeitsministerium gewandt hat. Aufgrund der Betriebsschließungen konnten auch mehrere Schauspieler und andere Künstler die vereinbarten Engagements nicht antreten. Dies führte aufgrund der unterschiedlichen sozialrechtlichen Strukturen zu vielen Fragen beim Infocenter. Gerade Künstler haben häufig untypische Lebens- und Arbeitsverhältnisse, die meist nicht durch die allgemeinen Sicherungssysteme abgedeckt sind.

Doch nicht nur Arbeitnehmer überqueren regelmäßig die Grenze. Auch für Studenten der grenzüberschreitenden Studiengänge wurde ein Passierschein notwendig, wenn nicht sogar sämtliche Lehrveranstaltungen virtuell abgehalten wurden. Es zeigte sich auch, dass beispielsweise Schüler aus Harrislee die Schule in Pattburg nicht länger unkompliziert per Fahrrad erreichen konnten. Der Grenzübergang blieb für sie gesperrt, auch nachdem man versucht hatte, Sondergenehmigungen zu erhalten. Solche wurden wiederum schnell für Landwirte eingerichtet, die Felder oder landwirtschaftliche Maschinen auf beiden Seiten der Grenze hatten. Hier wurde eine wirtschaftliche Notwendigkeit gesehen, bei Schülern nicht. Anfang April kamen Beschwerden von Grenzpendlern, dass die dänischen Grenzbeamten sich ohne Sicherheitsabstand dem Auto nähern würden. Eine längere Diskussion entbrannte, wobei die Gefahr einer Ausbreitung



Abb. 2 Der Weg zur Grenze ist gesperrt – so sah es in Pattburg aus.

des Virus von den dänischen Behörden als relativ gering angesehen wurde. Somit wurde an der Praxis festgehalten.

Mitte Juni öffnete die Grenze wieder, nach Deutschland wurden die Kontrollen abgeschafft, Richtung Dänemark galt nun, dass Schleswig-Holsteiner einreisen durften. Für die Grenzpendler bedeutete dies, dass sie nicht mehr die überwiegende Gruppe der Grenzpassierer ausmachten, sondern plötzlich in einer Schlange mit Tagestouristen, Sechs-Tages-Touristen, den grenzhandelnden Dänen im Rückreiseverkehr und den ganz normalen Milch-und-Käse-Einkäufern standen. Der Rückstau war enorm, in den Sommermonaten waren teilweise die Auffahrten zur Westtangente bis Flensburg-Duburg betroffen. Anwohner aus Harrislee mussten lange Umwege in Kauf nehmen. Auf der A7 reichte der Verkehrsstau an manchen Tagen bis Tarp. Nichts war mehr planbar, weshalb

es auch nicht half, früher zu Hause loszufahren. Was an einem Tag zwei Stunden dauerte, konnte am nächsten Tag nur zehn Minuten dauern. Erschwerend hinzu kam, dass gerade zu diesem Zeitpunkt umfassende Straßenbauarbeiten auf der deutschen Seite bis zur Grenze begannen. So waren zeitweise die Ausfahrten Flensburg-Klues und Wassersleben gesperrt. Diese Bedingungen betrafen auch das Privatleben und die Familie, was dänische Arbeitgeber auf den Plan rief, die befürchteten, dass sich ihre Angestellten nach anderen Tätigkeiten umsehen würden. Gerade den Bürgermeister*innen der grenznahen Kommunen war die Freizügigkeit der Arbeitnehmer besonders wichtig und auch die Minderheitenparteien SP und SSW machten sich für die Pendler stark und forderten in Briefen an die Regierung, das Problem zu beheben, etwa durch Öffnung einer zweiten Spur. Auch die Region Sønderjylland-Schleswig setzte sich aktiv für eine vereinfachte Grenzpassage ein. So sorgte die Politik dafür, dass der Warentransport im LKW möglichst ungehindert weitergeführt werden konnte. Die geöffneten Grenzübergänge wurden funktionell aufgeteilt, so dass PKW primär über Krusau, LKW über den Autobahnübergang gingen. Hierfür wurde Mitte März eine Sonderspur Richtung Dänemark eingerichtet. Auch der grenznahe Warentransport war nicht eingeschränkt.

Eine ganz eigene Position in der Wirtschaftslandschaft des Grenzlandes nimmt der grenzüberschreitende Konsum ein. Dieser setzt sich zusammen aus dem klassischen Grenzhandel der Läden, die primär auf die grenzüberschreitenden Einkäufer ausgerichtet sind, und dem Bereich der regionalen Wirtschaft, der ebenfalls von der Grenznahe profitiert. Auf deutscher Seite wurden, auch aus der Politik, Stimmen laut, dass man nun ebenfalls stärker kontrollieren solle, um höhere Covid-19-Infektionszahlen durch dänische Kunden zu vermeiden. Zusammen mit anderen Abschnitten der deutschen Grenze wurde schnell auch die Einreise aus Dänemark reguliert. Dies führte zum kompletten Zusammenbruch des Grenzhandels. Mitte März wurde befürchtet, dass mit zeitweiser Beendung des Grenzhandels tausende Arbeitsplätze verloren gehen würden. Ab Mitte Juli kamen geänderte Einreisebedingungen und Grenzhandel war wieder möglich. Es zeigte sich, dass sämtliche Läden gut auf die geänderten Bedingungen und die dänischen Kunden vorbereitet waren. Die Sorge massiver Arbeitsplatzverluste wurde nicht bestätigt, Poetzsch meldete Anfang Juli, dass sämtliche Mitarbeiter aus der Kurzarbeit zurückgeholt werden konnten.

Auswirkungen auf die persönlichen Kontakte

Die Grenzpendler, der Grenzhandel und die Logistik sind Bereiche des Arbeitsmarktes der Grenzregion, die berührt waren durch die Einreisebeschränkungen. Doch wie sah es mit dem privaten Bereich aus? Gerade für das Zusammenwachsen der kulturellen Sphären, für die privaten Kontakte über die Grenze hat sich die Region Sønderjylland-Schleswig, zusammen mit anderen Kooperationen, seit vielen Jahren eingesetzt. Mit Erfolg, wie sich nun herausstellte. Denn in keinem Bereich wurden so viele Stimmen laut wie dort, wo Grenzlandbewohner ihre Kontakte nicht mehr pflegen konnten, wo Gruppen durchtrennt und Freundschaften und Familientreffen plötzlich auf Online-Meetings verlegt wurden. Im Gegensatz zu den Grenzpendlern befand sich der Rest der Bevölkerung des Grenzlandes im März in der Situation, dass die deutsch-dänische Grenze für private Besuche geschlossen war. Die kleinen Grenzübergänge wurden teilweise symbolisch mit Baustellenmarkierungen geschlossen, es wurde patrouilliert und kontrolliert. Viele persönliche Geschichten fanden den Weg in die Medien. So waren Jogger und Spaziergänger bis März selbstverständlich über die Schusterkate gelaufen, was nun nicht mehr erlaubt war. Besuche der in Dänemark lebenden Verwandtschaft, auch in Pflegeheimen, Kontakte zu Freunden und Bekannten waren nicht mehr möglich – zeitlich unbefristet. Die Ungewissheit zermürbte. Gleichzeitig war 2020 auch das Jahr der Feierlichkeiten zum 100jährigen Jubiläum der Grenzziehung. Ringreiterfeste und Freundschaftsbesuche der Grenzvereine wurden abgesagt. Besonders für Angehörige der Minderheiten war dies schmerzhaft, und die Parteien SP und SSW schrieben regelmäßig Briefe nach Kopenhagen, um Erleichterungen zu erwirken. Die Briefe wurden häufig spät oder gar nicht beantwortet, was im Jahr der deutsch-dänischen kulturellen Freundschaft besonders ernüchternd war. Gerade gegen die Einschränkungen im privaten Bereich wurde protestiert. Die Aktion Grenzlicht, gemeinsame Kaffeetafeln über die Grenze oder Kunstprojekte an den Übergängen zeugten davon, dass Teile der Grenzlandbevölkerung sich durch die Schließung massiv in ihren Lebenszusammenhängen blockiert sahen. Konkret zeigte sich die Grenzschließung auch als praktisches und administratives Problem in einer Welt und einer Zeit, in der die Grenze schon lange keine Rolle mehr spielte. So gibt es seit längerem eine Entwicklung, dass verstärkt Deutsche nach Dänemark ziehen. Die Gründe sind vielfältig: ein neuer Arbeitsplatz, ein skandinavischer Traum oder ganz pragmatisch die niedrigeren Hauspreise nördlich der Grenze. Wer sich ab März 2020 bereits mitten im Umzug nach Dänemark befand, erlebte massive Probleme, da die erforderlichen Verwaltungsangelegenheiten im Zusammenhang mit dem Umzug gar nicht oder nur mit großen Verzögerungen erledigt

werden konnten. So konnte es passieren, dass eine Familie bereits ein Haus erworben hatte, dies aber nicht beziehen durfte. Da die Schließung so plötzlich erfolgte, hatten einige Paare keine Zeit, sich darauf einzustellen. So musste eine Frau in Deutschland bleiben, um ihrer Arbeit nachzugehen, da sie keinen Wohnsitz in Dänemark – im eigenen soeben gekauften Haus – anmelden konnte. Der Ehemann hatte bereits eine Woche früher das Haus übernommen und als dänischer Staatsbürger keinen deutschen Wohnsitz. Das Ehepaar musste mehrere Wochen getrennt leben. Auch beim Bau eines Wohnhauses nördlich der Grenze gab es Schwierigkeiten. Die Eigentümer eines Baugrundstücks in Dänemark konnten nicht vom deutschen Wohnsitz einreisen, um Baubesprechungen mit Handwerkern durchzuführen. Viele saßen plötzlich in der Klemme – auch eine dänische Staatsbürgerin, die in Deutschland zwar wohnte, aber nicht gemeldet war. Da ihre Hochschule (Højskole) in Dänemark pandemiebedingt geschlossen wurde, musste sie nach Deutschland zurück, war dort aber nicht krankenversichert und konnte keine finanzielle Unterstützung beantragen.

Nicht wenige feste Lebenspartner konnten nicht wie gewohnt zum Partner auf der anderen Seite der Grenze fahren, verheiratete waren ebenfalls betroffen. Selbst als im Laufe des Frühsommers für Paare gelockert wurde, waren die Anforderungen unklar und änderten sich laufend. Gerade hier wurde deutlich, dass Lebensmodelle über die Grenze hinweg ohne gemeinsamen Wohnsitz Probleme mit sich bringen.

Auch in Corona-Zeiten haben sich Paare getrennt. Was vorher einfach war, nämlich der Umzug ins Nachbarland, wurde aufgrund der Einreisebeschränkungen zur besonderen Herausforderung. Bereits getrennte Paare, die gemeinsames Sorgerecht für ihre Kinder hatten, bekamen auch Einreiseprobleme. Das in Dänemark bevorzugte Modell, wo das Kind wochenweise bei jedem Elternteil lebt, wird auch über die deutsch-dänische Grenze hinweg gelebt. Das Kind besucht eine Schule, beide Elternteile sind in „ihrer“ Woche zuständig für den Schulbesuch. Aber was, wenn die Schule im Nachbarland liegt? Das wöchentlich wechselnde Umgangsrecht wurde zu einer Hürde mit hohen Dokumentationsanforderungen.

Was, wenn der getrenntlebende Elternteil im Nachbarland wohnt und kein Sorgerecht hat? Hier war der Besuch anfangs gar nicht möglich. Mehrere dieser Fälle fragten im Infocenter nach Lösungen. Die Lebenswelt des Grenzlandes kollidierte hier deutlich mit den nationalstaatlichen Abgrenzungen. Ebenso wurde der Besuch von Schule und Kindergarten im Nachbarland, auch das normal und rechtlich wie technisch möglich, zum Spießrutenlauf. Gerade zu Beginn der Einreisebeschränkungen wurde dies unmöglich gemacht. Es blieben auch später Unsicherheiten, denn die genauen Anforderungen zur Dokumentation



Abb. 3 Bisher offene Grenzen wurden provisorisch geschlossen.

wurden zeitverzögert und ungenau kommuniziert. Rein praktisch wurde der bekannte Weg per Fahrrad über die Grenze unmöglich gemacht, denn die kleinen Übergänge waren versperrt und der Umweg über die geöffneten Übergänge war unzumutbar.

Generell gingen eine Vielzahl von Anfragen im Infocenter des Regionskontors ein, um die jeweiligen Beschränkungen zur Einreise zwecks Familienbesuche zu ergründen. Die Bestimmungen wurden mehrfach präzisiert und gelockert. Der triftige Einreisegrund musste zeitweise bewiesen werden – und es kam zu seltsamen Situationen, wo sich die Grenzbeamten WhatsApp-Chats und Familienalben ansahen. Wer rein wollte, musste seine Bedenken zum Datenschutz zuhause lassen. Die geschilderten familiären und finanziellen Situationen waren oft dramatisch und existentiell für die Betroffenen.

Auch im Freizeit- und Hobbybereich entstanden neue Situationen. So haben viele deutsche Freizeitsegler ihre Boote in dänischen Häfen und Hallen untergebracht. Sie konnten ihren Besitz nicht nutzen, reparieren und instand halten für die Sommersaison. Das verärgerte viele deutsche Segler, und dänische

Häfen wie u.a. Marina Minde, die zu einem Großteil auf die deutschen Kunden angewiesen sind, wandten sich an die Politik, um auf das Problem aufmerksam zu machen. Es gab auch einen Fall, wo eine deutsche Besitzerin ihr Pferd auf einem dänischen Hof nicht versorgen konnte, da die Versorgung nicht als triftiger Grund zur Einreise betrachtet wurde.

So kam es zu teilweise skurrilen Situationen an der Grenze, die die Grenzlandbewohner so noch nicht erlebt hatten. Die Reaktion ging von Gleichmut über eine ärgerliche Haltung bis hin zu Verzweiflung und Panik. In jedem Fall hat die halbjährige Grenzschießung allen vor Augen geführt, dass die Grenze noch immer existiert, dass sämtliche geopolitische Möglichkeiten genutzt werden können, und dass es eine zuverlässig offene Grenze erst mal nicht mehr geben wird. Das mag nicht alle Grenzlandbewohner in gleichem Maße betreffen – die Mitglieder der Minderheiten und die Grenzpendler sind ungleich stärker betroffen. Doch das Klima der guten Nachbarschaft wirkt sich auf alle aus – die Zeit der Sonntagsreden auf das vorbildhafte Zusammenwachsen der deutsch-dänischen Grenzregion ist erst mal vorbei.

Für den Tourismus war 2020 anders als alle vorhergehenden Jahre. Ab Mitte März wurde kein Tourist mehr nach Dänemark gelassen, an der Grenze war Schluss. Für den Tourismus in Dänemark war die Grenzschießung eine Katastrophe. Bereits kurz nach der Grenzschießung meldeten sich Kommunen wie Varde (Henne Strand) und die Grenzlandkommunen zu Wort. Die Einbußen waren enorm, viele der bekannten Feiertage wie Ostern und Pfingsten konnten nicht genutzt werden. Die Branche engagierte sich teilweise auch bei Protesten an der Grenze und forderte die baldmöglichste Öffnung der Grenzübergänge. Die Tourismusbranche versuchte stetig, Druck auf die Regierung auszuüben. Man wies darauf hin, dass die Einhaltung der Covid-19-Abstandregeln in einem Sommerhausgebiet kein Problem sei. Im Mai gab die Regierung bekannt, dass es eine neue Verordnung, die so genannte Sechs-Tages-Regel geben würde, die die Einreise erlaubt, wenn sechs Übernachtungen gebucht wurden. Als Mitte Juni die Sechs-Tage-Regel in Kraft trat, kam es wieder zu denkwürdigen Situationen an der Grenze, denn nun musste jeder einzelne Gast seine Übernachtung vorweisen.

Politik und Protest

Spätere Generationen werden sich die Akten und Protokolle der dänischen Ministerien ansehen können, und die interne Argumentation und konkreten Vorbereitungen der Beschlüsse transparent machen. Zum jetzigen Zeitpunkt fehlt die Transparenz. Es wurden viele Mutmaßungen angestellt, aber genau wissen, wie die Entscheidungen zur Grenzschießung zustande kamen, können



Abb. 4 SSW-Ungdom und Junge Spitzen bei ihrer Aktion für die Öffnung von mehr Fahrspuren am Grenzübergang Krusau

nur die involvierten Beamten und Politiker. Es wurde mit dem Infektionsschutz argumentiert, was aber mehrmals von Sundhedsstyrelsen als alleiniger triftiger Grund verneint wurde. Obwohl die Hintergründe im Dunkeln liegen, betrachten wir trotzdem die konkreten Auswirkungen.

Die dänische Regierung agierte ab März im Spannungsfeld zwischen nationalen, regionalen und europäischen Interessen. Von europäischer Seite kamen regelmäßige deutliche Signale, dass man erwarte, dass die Grenzkontrollen möglichst bald beendet werden. Zu den Einschränkungen bei der Einreise im Frühjahr 2020 kommt, dass Dänemark seit der so genannten Flüchtlingskrise 2015 seine Grenzangelegenheiten per Dekret regelt: aufgrund einer Bedrohungslage kann innerhalb des Schengen-Raumes nur eine zeitbegrenzte Grenzkontrolle stattfinden. Diese Zeitbegrenzung wurde in den letzten fünf Jahren mehrmals verlängert. 2018 kam die Polemik rund um den Zaun zur Eindämmung der Schweinepest hinzu. Als im März die Grenzkontrollen massiv

erweitert wurden, sahen sich viele Kritiker bestätigt: nun wolle sich Dänemark endgültig aus dem Binnenmarkt heraus manövrieren. Aber auch andere EU-Staaten führten Kontrollen an den EU-Binnengrenzen ein.

Im Mai machte die EU deutlich, dass man eine schrittweise Wiederöffnung erwarte, natürlich bestimme jedes Land selbst das Tempo. Gerade die Selbstbestimmung war der zentrale Punkt, denn es sah so aus, als wenn die dänische Regierung weder die EU, noch den deutschen Nachbarn noch die Grenzlandkommunen über den weitreichenden Schritt informiert hatte. Und im Laufe des Frühsommers zeigte sich auch, dass die dänische Regierung völlig unbeeindruckt von europäischen und deutschen Einflussnahmen war.

So wurden im Juni Sondergenehmigungen für Partner aus Deutschland und Norwegen erteilt, doch solche Sondergenehmigungen sind nicht EU-konform: die Regeln müssen für alle EU-Bürger gelten. Dänemark hebelte damit die Freizügigkeit und das Gleichheitsprinzip aus. In jedem Fall waren die nationalen Alleingänge ein Gesichtverlust für die EU.

An dieser isolationistischen Politik mussten sich auch die dänischen Kommunen der Grenzregion ab März abarbeiten. Es wurden Unterschiede deutlich zwischen nationalem und regionalem Niveau. Sämtliche Bürgermeister der Grenzlandkommunen lehnten die Grenzschießung ab. Parteizugehörigkeit spielte dabei keine Rolle, Venstre-Politiker widersprachen ihren Parteikollegen in Kopenhagen. Schleswig-Holstein wiederum nahm Einfluss auf die bundesdeutsche Politik. In den Tagen direkt nach der dänischen Grenzschießung setzte sich Ministerpräsident Daniel Günther dafür ein, von deutscher Seite aus ebenfalls zu schließen und ging dafür in Dialog mit dem Bundesinnenminister. Ob hierbei der Infektionsschutz oder das politische Signal Richtung Norden überwog, ist nicht bekannt.

Im Mai öffneten europaweit die Grenzen wieder, Deutschland stimmte sich mit Frankreich und Österreich ab. Schleswig-Holstein wünschte eine schnelle Öffnung, aber diese verzögerte sich mehrmals. Als Mitte Juni Deutschland wieder die Grenzen öffnete und die sichtbaren Kontrollen abzog, gab es auf der anderen Straßenseite im Grenzwärterhäuschen Strom und schnelles Internet – die Kontrollen hatten sich etabliert. „Normalität kann es nur ohne Betonklötze geben“, sagte im Juni der Vorsitzende des Bundes Deutscher Nordschleswiger, Hinrich Jürgensen. Doch diese Normalität wurde selbst durch die Grenzöffnung Mitte Juli nicht erreicht, es wurde weiter kontrolliert und die kleinen Übergänge blieben geschlossen.

Politik bewegt sich immer im Spannungsfeld zwischen Akzeptanz und Widerstand. Veränderungen kommen im demokratischen System auch durch die Bürgerbeteiligung zustande, und die Grenzkontrollen ab März führten schnell zu deutlichem Widerstand. Zuerst einmal von regionalpolitischer Ebene. Hier

machte sich zuerst Tonderns Bürgermeister Henrik Frandsen bemerkbar, der sagte, die Grenzschließung sei grenzwertig. Es folgten Initiativen der Regional- und Minderheitenparteien SP und SSW. Beide wandten sich sowohl an Regierungschefin Mette Frederiksen als auch an den zuständigen Minister Nick Hækkerup. Die Briefe wurden zum Monolog, denn die Antworten kamen verspätet oder gar nicht. Mehrmals wurde die Zuständigkeit verschoben, es entstand der Eindruck, keiner in Kopenhagen fühle sich verantwortlich für die Belange der Grenzlandbewohner. Auch die Schleswig-Holsteinische Landesregierung suchte den Dialog. Dabei zeigte sich, dass es trotz einer Kieler Abteilung für deutsch-dänische Zusammenarbeit offenbar keinen regelmäßigen Dialog gab, und dass Kontakte erst neu etabliert werden mussten.

Die politischen Kräfte aller Parteien im Grenzland setzten sich für eine Wiederöffnung der Grenze ein. Destination Sønderjylland, die jütländischen Kommunen der Westküste und ihre Tourismusverbände (Rømø Strandcamping) schrieben Leserbriefe und beteiligten sich an Aktionen. Auf deutscher Seite warb die Oberbürgermeisterin Flensburgs, Simone Lange, für eine Öffnung der kleinen Grenzübergänge. Wirtschaftsverbände wie IHK und URS sagten im Juli, die Region lebe von offenen Grenzen. Auch die Bürger protestierten. Im Mai, als klar wurde, dass der Zustand länger anhalten könnte als erwartet, gab es eine groß angelegte Protestaktion am Grenzübergang Seth/Sæd mit 300 bis 400 Teilnehmern und Rednern aus allen politischen Parteien. Ebenfalls im Mai wurden bei der Aktion Grenzlichter/Grænselys in Krusau Kerzen aufgestellt – eine für jeden, den man „auf der anderen Seite“ vermisste. Dieser Bezug zu religiösen Ritualen war neu. Weitere Aktivitäten wie ein Kunstprojekt am Übergang Schusterkate und Aktionen mit Briefen und Zetteln, Grenz-Übergabe von Osterhasen für die Enkel oder auch gemeinsame Mahlzeiten mit Tischen direkt auf beiden Seiten der Grenze kamen hinzu. Die Grenzregion zeigte sich bunt und kreativ. Als der normale Grenzfluss im Juli und August immer noch unterbrochen war, wurde der Ton schärfer. Deutsche CDU-Politiker forderten die Öffnung aller Grenzübergänge. Die FDP beteiligte sich an einer Demonstration am Grenzübergang Pattburg. Die Jugendorganisationen der Minderheitenparteien, Junge Spitzen und SSW-U, verteilten in Krusau blaue Bänder an Autofahrer, als Zeichen dafür, dass die Grenzpendler und andere Grenzlandbewohner die Lage nicht mehr akzeptieren. Diese so genannte Aktion Nachbarspur forderte eine eigene Spur für Grenzlandbewohner. Hiermit wurde man schon deutlich bescheidener, und die Hoffnung auf eine Grenzöffnung sank.

Anfang September kündigte die Landwirtschaftsorganisation der deutschen Minderheit (LHN) an, dass demnächst 20.000 Mais-Transporte über die Grenze anstünden. Die pragmatische Lösung mit Schlössern und Zahlencodes an den kleinen Grenzübergängen würde dafür nicht reichen. Kurz danach entschied

sich die dänische Regierung, die kleinen Grenzübergänge wieder zu öffnen und somit den Druck von den großen Grenzübergängen zu nehmen sowie die Landwirtschaft nicht länger zu behindern. Die Kontrollen sollten zukünftig nur noch stichprobenartig durchgeführt werden. Die Frage, wie diese Entscheidung zustande kam und unter welchen Gesichtspunkten man Anfang September und nicht schon Anfang August handelte, ist derzeit nicht zu beantworten.

Abbildungsverzeichnis

Alle Fotos stammen vom Regionkontor der Region Sønderjylland-Schleswig

Der Aufstieg der NSDAP im Landkreis Flensburg – ein (wahl-)statistischer Vergleich 1928 bis 1933. Teil 2: der Einfluss der anderen Parteien auf die Stimmergebnisse der Nationalsozialisten

von FRANK OMLAND

Im zweiten Teil der wahlstatistischen Analyse des Aufstiegs der NSDAP im Landkreis Flensburg (Teil 1 siehe: GFH 2/2020, S. 171 ff.) zeichnet der Hamburger Regionalgeschichtsforscher Frank Omland anhand der verschiedenen, zu den Wahlen angetretenen Parteien und überparteilichen Listenverbindungen die Entwicklungen in der Region nach. Um einen besseren Einblick in mögliche Motive für das Stimmverhalten der Wahlberechtigten zu erhalten, sind zudem die drei Volksentscheide 1926, 1929 und 1931 mit einbezogen worden. Ziel des Beitrags ist es herauszuarbeiten, ob bestimmte hemmende und befördernde Einflüsse auf den Aufstieg der NSDAP zu ermittelt sind.

Die Redaktion

Die Arbeiterparteien im Landkreis Flensburg

Der größte hemmende Faktor für den Aufstieg der NSDAP stellten im evangelischen Norden die Arbeiterparteien, d.h. die SPD, USPD und KPD dar. Doch zeigen bisherige Untersuchungen, dass insbesondere die Kommunisten im ländlichen Raum Schleswig-Holsteins nur schwach bis sehr schwach vertreten waren und hier häufig auch die Sozialdemokratie keine größeren Erfolge verzeichnen konnte.¹ In ihrer relativen Hochburg Schleswig-Holstein sollte es für die SPD von diesem Muster allerdings eine wichtige Ausnahme geben: Bei den beiden verfassungsgebenden Versammlungen 1919 im Deutschen Reich und Preußen schnitt die Partei im Wahlkreis Schleswig-Holstein mit 370.384 bzw. 334.959 Stimmen so gut ab wie danach nie wieder in der Weimarer Republik. Umso wichtiger erscheint es, die großen Verluste bei der verspäteten ersten Reichstagswahl am 20. Februar 1921 zu erklären,² denn die Partei verlor da-

mals ein Drittel ihrer Wählerschaft, die sie 1919 gerade auch in den ländlichen Regionen hatte neu für sich gewinnen können.³ Für den Landkreis Flensburg zeichnet sich ein ähnliches Bild ab und anhand des zweiten statistischen Datensatzes mit 93 Gebietseinheiten, der keine an Dänemark gegangenen Gebiete umfasst, soll kurz analysiert werden, was hier passiert sein könnte.

Vergleicht man die Wahlergebnisse aller Arbeiterparteien 1919 und 1921, so verloren sie zusammengezhält jede dritte Stimme bei der Reichstagswahl. Gleichzeitig büßten die Liberalen der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und die Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie (SHBLD) sogar 2/3 ihrer Wähler von 1919 ein, die reaktionären konservativen Deutschnationalen (DNVP) und die rechten bürgerlichen Volksparteiler (DVP) gewannen nicht annähernd so viele Stimmen hinzu, und die Nichtwählerquote stieg sehr stark an.⁴ Schätzungen zu den Wählerwanderungen 1919 auf 1921 bestätigen die hieraus abzuleitende Hypothese: die größten Verluste der Arbeiterparteien (ArbP) lassen sich durch eine massive Wahlabstinenz erklären. Etwas mehr als jeder Dritte Wähler von 1919 blieb den Arbeiterparteien 1921 treu, mehr als jeder weitere Dritte enthielt sich der Stimme, alle anderen wechselten zu den politischen Gegnern über, wovon am meisten die DVP profitierte, denn jeder achte ehemalige Wähler der Arbeiterparteien stimmte nun für sie.

Insgesamt zeigt sich im Landkreis Flensburg, dass die Parteienbindung nicht sehr ausgeprägt war, denn die Haltequoten von 1919 auf 1921 liegen selbst bei der SHBLD und DVP (29 %) sowie den Arbeiterparteien (37 %) auf keinem hohen Niveau. Mit Ausnahme der SHBLD-Wählerschaft, die sich praktisch größtenteils zu anderen Parteien umorientierte, stellt sich die Frage, wie die große Wahlabstinenz aller anderen Parteien zu deuten ist? War es die Enttäuschung über die bisherige Regierungspolitik, die Wut über den (para-)militärischen Einsatz der Reichswehr gegen Teile der (politischen) Arbeiterschaft, der Ärger über regionale Entwicklungen, der Ausgang der Volksabstimmung 1920, der rechte Kapp-Lüttwitz-Putsch 1920 oder die Wahlmüdigkeit ob der faktisch feststehenden Mandatsverteilung im Reichstag? Das lässt sich wahlstatistisch nur schwer bis gar nicht ermitteln.

Die Folgen der Wählerwanderungen zeigt sich bei der Zusammensetzung der Wählerschaft der Parteien 1921: Tatsächlich profitierten alle Parteien von den vielen Wechselwählern der SHBLD. Erst dadurch etablierten sich 1921 starke rechte bürgerliche Parteien im Landkreis.

Doch was lässt sich statistisch darüber hinaus noch zu den Arbeiterparteien im Landkreis Flensburg sagen? Für die im Landkreis Flensburg marginalisierten Arbeiterparteien lässt sich feststellen, dass ihre Hochburgen von 1919 bis 1933 relativ stabil erhalten blieben⁶ und die hohen Verluste zu Anfang der Weimarer Republik diese Parteien vermutlich auf ihren „Stammwählerkern“ zusam-

Geschätzte Wählerwanderungen 1919/192								
Landkreis Flensburg, 93 Gebietseinheiten								
	1921	1921	1921	1921	1921	1921	1921	1921
1919	DNVP	DVP	DDP	SHLP	ArbP	X	NW	Total
DNVP	14,3	16,4	9,8	14,1	4,0	3,4	38,0	100
DVP	32,3	28,5	7,6	3,1	7,9	0,1	20,5	100
DDP	9,7	21,8	7,4	3,8	13,6	4,3	39,4	100
SHBLD	25,2	18,6	3,7	28,6	5,4	3,2	15,3	100
ArbBp	3,8	12,8	3,3	1,7	36,9	1,6	39,9	100
NW	14,9	29,7	2,5	4,9	10,9	0,8	36,3	100

Tabelle 7

Lesebeispiel: Von den SHBLD-Wählern 1919 stimmten 1921 schätzungsweise 25 % für die DNVP, 18,6 Prozent für die DVP, 28,6 Prozent wieder für die SHLP und 15,3 Prozent enthielten sich der Stimme (NW = Nichtwähler); ArbP = SPD, USPD und KPD zusammengezählt; X = Sonstige, d.h. Schleswigscher Verein (Dänen) und Zentrum.5 Hinweis: die SHLP ist die Nachfolgepartei der SHBLD.

Geschätzte Wählerzusammensetzung 1919/192							
Landkreis Flensburg, 93 Gebietseinheiten							
	1921	1921	1921	1921	1921	1921	1921
1919	DNVP	DVP	DDP	SHLP	ArbP	X	NW
DNVP	3,6	3,4	9,6	4,6	1,3	6,0	5,7
DVP	12,6	9,2	11,4	1,6	3,8	0,2	4,8
DDP	8,1	15,0	23,4	4,1	13,9	25,4	19,3
SHBLD	55,1	33,6	30,5	80,3	14,4	49,5	19,5
ArbBp	4,4	12,1	14,5	2,5	52,0	12,9	27,2
NW	16,2	26,6	10,2	6,8	14,5	6,0	23,4
	100	100	100	100	100	100	100

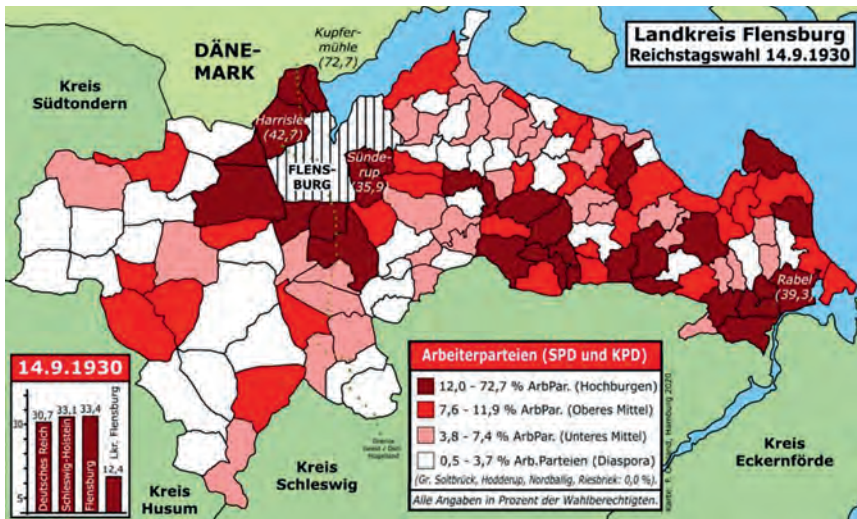
Tabelle 8

Lesebeispiel: Die gesamte Wählerschaft der DNVP 1921 setzte sich zusammen aus 55 % ehemaligen SHBLD-Wählern, 13 % DVP-Wählern, 16 % ehemaligen Nichtwählern und nur 4 % Wählern, die schon 1919 die DNVP gewählt hatten.

menschrumpfen ließen, der sich in der Folge bei Wahlen bis 1933 zwischen 2.200 und 3.400 Stimmen der Wahlberechtigten (9 – 14 Prozent) bewegte,⁷ von denen mindestens 2/3 auf das Konto der SPD gingen. Die radikalere KPD erreichte hingegen maximal 916 Stimmen (3,2 %, Reichstagswahl 6.11.1932) und konnte selbst in ihren eigenen Hochburgen nur sehr selten die 10-Prozent-Marke überschreiten. Selbst zu ihren Hochzeiten, im November 1932, lag sie lediglich in 26 von 132 Gebieten vor der SPD.⁸ Diese Schwäche der politischen Arbeiterbewegung im ländlichen Raum belegt auch ein Blick auf die Karte zur Reichstagswahl 1930, bei der die SPD und KPD zusammengenommen 3.440 Stimmen (12,4 %) erreichten.⁹ Sie konnten nur im Umland von Flensburg, den südöstlich gelegenen ehemaligen Gutsbezirken und einem Gebietscluster um die Gemeinde Sörup herum, eine hemmende Wirkung auf den Aufstieg der NSDAP ausüben.

Im Landkreis Flensburg galt – wie überall in Schleswig-Holstein – die Regel: je höher der Anteil der Arbeiterparteien, desto schlechter das Ergebnis der NSDAP.¹⁰ Für SPD und KPD bedeutete das in der Regel: je größer die Gemeinde und je weniger Beschäftigte in der Landwirtschaft, desto höher ihr Stimmanteil. Dieser Effekt blieb auch in den Gemeinden mit 200 bis 499 Einwohnern erhalten.¹¹ Zudem schnitten sie auf der Geest in der Regel drei bis sechs Prozentpunkte schlechter ab, als im östlichen Hügelland.¹² Positiv wirkten sich auch die Dominanz von Betriebsgrößen über 100 ha sowie Strukturen ehemaliger Gutsbezirke aus.¹³ Außerdem galt: ein überdurchschnittlicher Frauenanteil fiel zusammen mit höheren SPD-Stimmanteilen.¹⁴

Die Arbeiterparteien stellten also den hemmenden Einfluss für die NSDAP dar. Dort, wo die Arbeiterparteien relativ stark vertreten waren, insbesondere in den der Stadt Flensburg nahen Gemeinden sowie in Gegenden mit relativ wenigen Beschäftigten in der Landwirtschaft, verlief der Aufstieg der NSDAP weniger rasant und die Partei hatte mehr Schwierigkeiten Mitglieder zu rekrutieren als anderswo. Welche Auswirkungen der Wegfall des hemmenden Einflusses der Arbeiterparteien hatte, zeigt sich darin, dass in den Gemeinden, die relativ früh Mitgliederhochburgen der NSDAP wurden, praktisch keine nennenswerten Stimmen für die Arbeiterparteien zu verzeichnen waren.¹⁵ Während also die Stärke der Arbeiterparteien ein Hemmnis für die NSDAP darstellte, fragt sich, welche Wählerschaften das Stimmergebnis der NSDAP eher beförderten? Im Folgenden sollen deshalb die bürgerlichen und ländlich-agrarischen Wähler genauer analysiert werden.



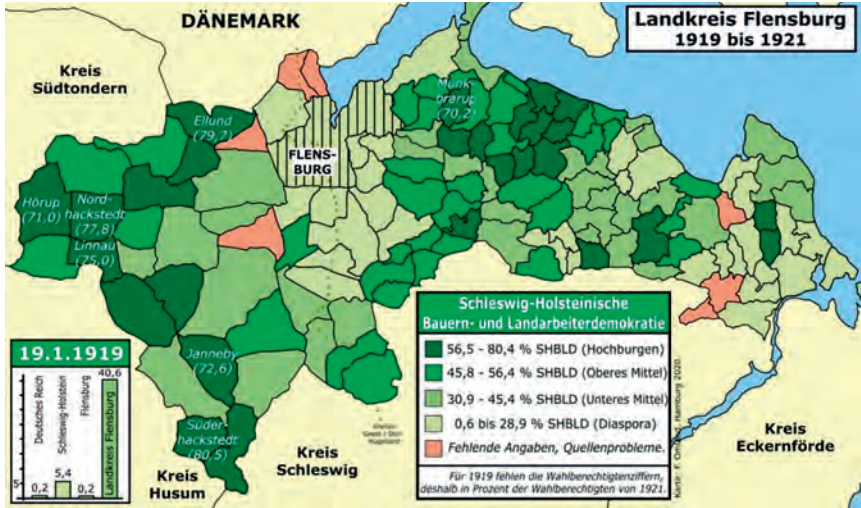
Karte 10: Stimmverteilung der beiden Arbeiterparteien, Reichstagswahl 1930 (in Prozent der Wahlberechtigten)

Die Zustimmung für ländliche Interessenparteien

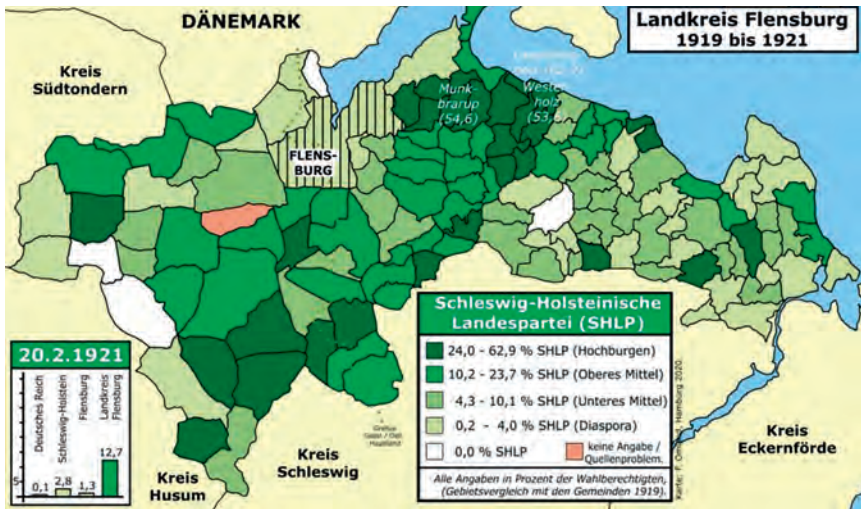
Gibt es einen Zusammenhang zwischen den Erfolgen von bestimmten agrarpolitisch ausgerichteten Interessenparteien und den späteren Erfolgen der NSDAP? Diese Frage beschäftigt die Forschung, weil im ländlichen Raum bei den beiden Wahlen zur Nationalversammlung und zur preußischen Landesversammlung am 19. bzw. 26. Januar 1919 eine Parteigründung des Schleswig-Holsteinischen Bauernvereins sehr erfolgreich auf dem (schleswigschen) Geestrücken gewesen war: die Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie, SHBLD, (später umbenannt in Schleswig-Holsteinische Landespartei, SHLP).¹⁶ Diese Partei entstand nachdem Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien über aussichtsreiche Plätze von Landwirten auf deren Kandidatenlisten gescheitert waren und danach nur die Aufstellung einer eigenständigen Liste eine Vertretung der eigenen Forderungen in den Parlamenten zu ermöglichen schien.¹⁷

Im Landkreis Flensburg erreichte die SHBLD 1919 mit fast 41 % der Stimmen der Wahlberechtigten einen so großen Wahlerfolg, dass sich die Frage nach deren Sozialmerkmalen stellt. Schon die Kartografie zeigt zwei Merkmale auf: die Partei war insbesondere auf der westlichen Geest und in einem Cluster der

nördlichen Region des Östlichen Hügellands erfolgreich. Dabei unterscheiden sich die Hochburgen-Gebiete auf der Geest (69 %) und im östlichen Hügelland (63 %) prozentual nicht sehr. Insgesamt galt: je kleiner die Gemeinde, desto größer das Stimmergebnis der Partei.¹⁸ Dagegen zeichnen sich bemerkenswerte Verschiebungen für die SHLP bei der verspäteten Reichstagswahl 1921 ab: so liegen nur noch 1/5 ihrer Hochburgen auf der Geest und gleichzeitig nähern sich deren Ergebnisse mit denen auf dem östlichen Hügelland stark an (39,6 % zu 36,1 %).¹⁹ Deshalb stellt sich die Frage, ob es die behaupteten Kontinuitäten zwischen SHBLD/SHLP und dem Aufstieg der NSDAP überhaupt gab? Ein erster territorialer Vergleich zeigt auch hier deutliche Unterschiede zwischen den Gebieten SHBLD, SHLP und anderen Bauernparteien, den bürgerlichen Einheitslisten sowie der NSDAP auf und diese bestätigen sich auch im Zeitverlauf bis 1933: Während von 1919 auf 1921 nur im östlichem küstennahen Angeln die Hochburgen von SHBLD und SHLP deckungsgleich sind, gibt es im übrigen Angeln und auch auf der nordwestlichen Geest deutliche Abweichungen.²⁰ Der Niedergang der Partei nach der Wahl zur Nationalversammlung ist für den Landkreis gut zu erkennen: statt wie 1919 noch 41 Prozent der Wahlberechtigten zu erreichen, waren es 1921 nur noch 13 Prozent. Die Partei hatte 2/3 ihrer Wähler verloren, wobei Schätzungen zu den Wählerwanderungen zeigen, dass dies fast ausschließlich auf Wechselwähler zur DNVP und DVP beruhen, während Wahlenthaltung eher seltener vorkam (siehe Tabellen 7+8). Dies spricht dafür, dass die DNVP ab 1921 als wichtigste Vertreterin bäuerlich-landwirtschaftlicher Interessen angesehen wurde, was auf ihren agrarpolitischen, protektionistischen Positionen zurückzuführen sein könnte.²¹ Es ist zu vermuten, dass die DVP dagegen als wirtschaftspolitische Vertreterin von Handel und Gewerbe angesehen wurde.²² Die Schätzungen zu den Wählerwanderungen der SHBLD sind ein Indiz für die Vielfalt an parteipolitischen Meinungen und Stimmungen innerhalb der ländlich-bäuerlichen Wählerschaft im Landkreis Flensburg. Dieser Pluralismus spiegelt sich auch in regionalen Erfolgen anderer Interessenparteien wider, wie etwa zur Kreistags- und zur Provinziallandtagswahl 1929, wo konkurrierende landwirtschaftlich orientierte Listen antraten und gleichzeitig auch bürgerliche Gemeinschaftslisten vertreten waren. Dies kann sowohl als Bedürfnis nach Geschlossenheit und gemeinsamer politischer Vertretung als auch den Wunsch nach der Durchsetzung davon abweichender Positionen interpretiert werden.²³ Ein nächster territorialer Vergleich der Hochburgen von SHBLD, SHLP und der 1930 erfolgreichen Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei soll die größten territorialen Kontinuitätslinien zur NSDAP aufzeigen. Dazu wurden als Hochburgen das obere Viertel der Gemeinden definiert, in denen die genannte Partei die meisten Stimmen bei der jeweiligen Wahl erhalten hat.²⁴ Insgesamt 13 von 23 ehemaligen Hochburgen der SHBLD von 1919 waren im Jahr 1933



Karte 11: Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie, Nationalversammlung 1919 (in Prozent der Wahlberechtigten)



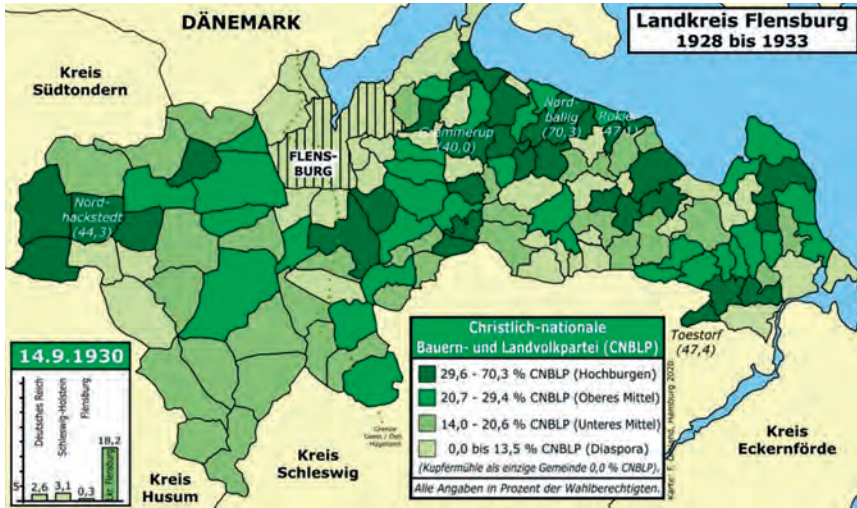
Karte 12: Schleswig-Holsteinische Landespartei, Reichstagswahl 1921 (in Prozent der Wahlberechtigten)

auch Hochburgen der NSDAP. Ähnlich hoch fiel dies auch im Vergleich mit den Hochburgen der bürgerlichen Einheitsliste für die Kreistagswahlen 1929 aus. Dagegen sank die Hochburgen-Kongruenz, d.h. die Deckungsgleichheit der Hochburgen, für die SHLP 1921 gegenüber der NSDAP auf 9 herab²⁵ und auch nur acht der Hochburgen der CNBLP von 1930 deckten sich mit denen der NSDAP 1933.²⁶ Dies spricht eher gegen die These von einer durchgehend hohen Kontinuität im Wahlverhalten der Anhänger der bäuerlichen Interessenparteien.²⁷

Landkreis Flensburg										
Hochburgen-Kongruenz im Zeitverlauf 1919/1921 und 1928 bis 1933 (23 Gebiete mit den höchsten Stimmergebnissen der jeweiligen Partei)										
Hoch- burgen	SHBLD 1919	SHLP 1921	NSDAP 1928	DNVP 1928	NSDAP 1929	HuW 1929	SHBL 1929	Einheit. 1929	LW2 1929	VE:Ja 1929
SHBLD 1919	23	10	7	8	8	9	6	12	8	9
SHLP 1921	10	23	6	5	9	6	9	10	7	7
CNBLP 1930	10	9	8	9	9	9	6	10	7	9
NSDAP 1933	13	9	5	9	6	12	5	13	7	9
	NSDAP 1930	DNVP 1930	CNBLP 1930	VE:Ja 1931	Hitler 1932 M	Hitler 1932 A	NSDAP LTW 1932	NSDAP 1932 J	NSDAP 1932 N	NSDAP 1933
SHBLD 1919	11	2	10	10	13	13	11	13	13	13
SHLP 1921	6	4	9	7	8	9	6	9	7	9
CNBLP 1930	4	8	23	8	6	6	6	6	6	8
NSDAP 1933	15	6	8	11	19	20	18	20	19	23

Tabelle 9: Lesebeispiel: Von den 23 Hochburgen der CNBLP bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 waren zehn auch Hochburgen der SHBLD 1919, 9 der SHLP 1921, 8 der NSDAP 1928 und 9 der DNVP 1928 gewesen.

Legende: Provinziallandtagswahl 1929 (ProvLTW) HuW = Heimat und Wirtschaft (Gemeinschaftsliste der DNVP, DVP und Interessenverbänden), SHBL = Schleswig-Holsteinische Bauernliste; Kreistagswahl 1929: Einheit. = Einheitsliste (Gemeinschaftsliste), LW = Landwirtschaft. Klein und Mittelbetriebe; VE: Ja 1929 = Volksentscheid „Freiheitsgesetz“ 1929, Ja-Stimmen; VE: Ja 1931 = Volksentscheid zur Auflösung des preußischen Landtags 1931, Ja-Stimmen; 1932 M / A = Reichspräsidentenwahl März/April; LTW = Landtagswahl 24.4.1932; 1932 J / N = Reichstagswahl Juli / November.



Karte 13: Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei (CNBLP), Reichstagswahl 1930 (in Prozent der Wahlberechtigten)

Die Unterschiede zwischen den Hochburgen-Gebieten von SHBLD und SHLP sowie der CNBLP und der NSDAP 1933 weisen darauf hin, dass eher von einer Diskontinuität statt von einer Kontinuität im (vermutlich bäuerlich geprägten) ländlichen Wählerverhalten gesprochen werden sollte. Die Frage ist also, ob dieses Wahlverhalten vielmehr als Suchbewegung nach einer passenden parteipolitischen Vertretung für die eigenen Interessen gedeutet werden sollte: Die Wahlberechtigten „suchten“ von Wahl zu Wahl jeweils nach einer für sie passenden parteipolitischen Lösung ihrer Probleme. Die NSDAP stellte dabei nur eine mögliche Lösung für die Wählerschaft dar.

Die bürgerlichen Parteien und Gemeinschaftslisten im ländlichen Raum

Um zu verstehen, was innerhalb der ländlich-bürgerlichen Wählerschaft im wichtigen Zeitraum zwischen 1928 und 1930 geschehen ist, wurden Schätzungen zu den damaligen Wählerwanderungen von der Reichstagswahl 1928 auf die Provinziallandtagswahl 1929 und wiederum auf die Reichstagswahl 1930 durchgeführt. Im ersten Schritt ging es um die Frage, wie viele Wähler, die 1928 eine bestimmte Partei gewählt hatten, dies auch 1929 taten. Quantitativ spielen dabei die DNVP und DVP, die Arbeiterparteien (SPD und KPD), die sonstigen

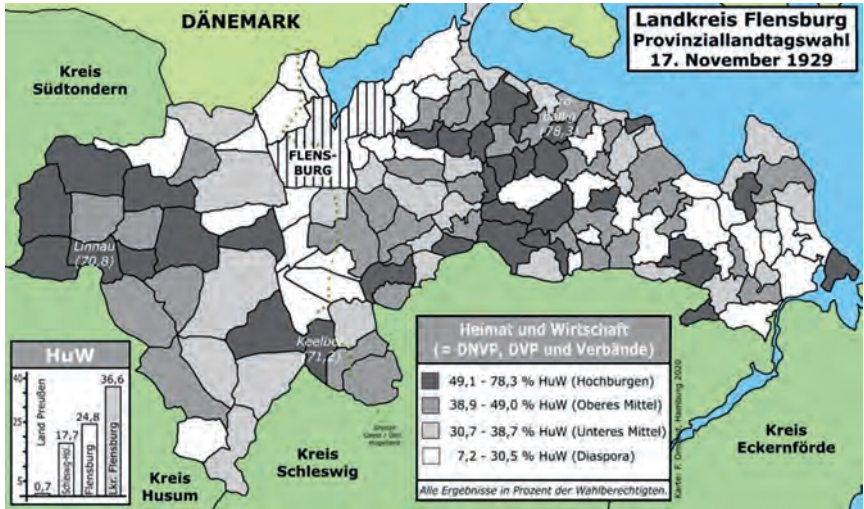
(u.a. die Wirtschaftspartei) und die Nichtwähler die wichtigste Rolle. Allein DNVP und DVP erreichten 1928 zusammen fast 11.000 Stimmen, es folgten mit 8.400 die Nichtwähler, also diejenigen, die sich der Wahl enthalten hatten.

Geschätzte Wählerwanderungen, Reichstagswahl 1928 auf 1930 Landkreis Flensburg, 132 Gebiete										
	NS 30	DN 30	DVP 30	DDP 30	Arb 30	CNB 30	WP 30	X 30	NW 30	Total
NSDAP28	17,4	12,8	7,4	2,1	7,0	21,8	8,9	3,3	19,3	100
DNVP28	23,3	9,6	4,7	3,8	2,9	23,4	10,3	4,8	17,2	100
DVP28	15,9	3,0	11,0	4,5	2,7	38,9	5,0	4,5	14,4	100
DDP28	9,7	11,7	6,8	6,7	5,6	25,0	11,2	7,5	15,8	100
Arb28	5,0	2,0	3,2	2,0	68,2	3,1	3,0	3,9	9,6	100
WP28	10,4	11,8	21,8	7,4	9,6	9,0	8,2	5,5	16,2	100
X28	18,2	3,7	4,6	5,9	17,9	10,8	10,0	15,4	13,5	100
NW28	21,1	3,8	6,3	1,9	5,3	11,8	3,6	2,7	43,4	100

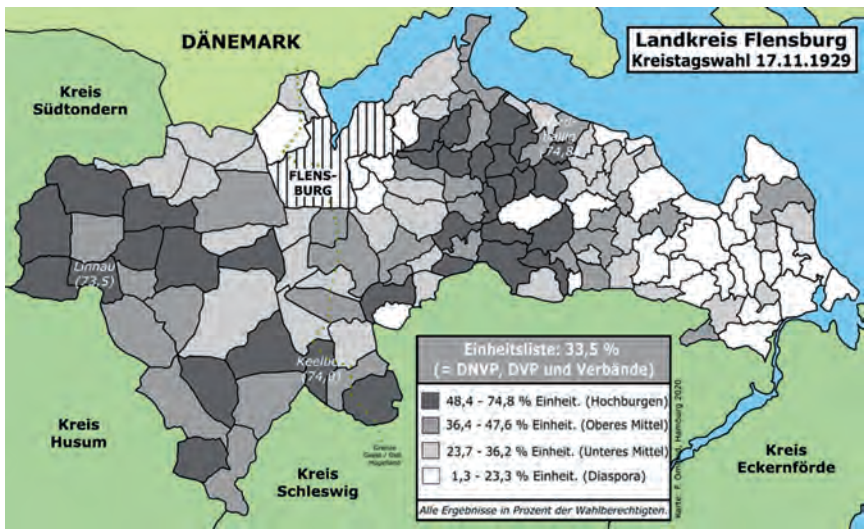
Tabelle 10: Lesebeispiel: von allen Wählern die 1928 für die DNVP gestimmt hatten, stimmten 1930 insgesamt 23 Prozent für die NSDAP, 10 für die DNVP, 23 für die CNBLP, 10 für die WP und 17 Prozent enthielten sich der Stimme.

Geschätzte Wählerzusammensetzung, Reichstagswahl 1930 Landkreis Flensburg, 132 Gebiete									
	NS30	DN30	DVP30	DDP30	Arb30	CNB30	WP30	X30	NW30
NSDAP28	1,2	2,8	1,2	0,7	0,6	1,3	1,7	0,8	0,9
DNVP28	27,1	36,4	13,1	22,1	4,6	25,1	34,5	21,2	14,6
DVP28	18,8	11,5	30,9	26,7	4,3	42,3	17,2	20,3	12,4
DDP28	1,5	5,8	2,5	5,2	1,2	3,5	5,0	4,4	1,8
Arb28	3,5	4,5	5,4	7,1	64,9	2,0	6,2	10,4	5,0
WP28	3,2	11,9	16,0	11,5	4,0	2,6	7,3	6,5	3,6
X28	5,4	3,6	3,2	8,8	7,2	3,0	8,6	17,4	2,9
NW28	39,3	23,4	27,7	17,9	13,3	20,3	19,4	19,0	58,7
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Tabelle 11: Lesebeispiel: die 1930 knapp 4.600 Wähler umfassende NSDAP setzte sich 1930 zu einem Viertel aus ehemaligen DNVP-Wählern, zu einem Sechstel aus ehemaligen DVP-Wählern und zu fast 40 Prozent aus ehemaligen Nichtwählern zusammen.



Karte 14: Provinziallandtagswahl 17.11.1929, Liste „Heimat und Wirtschaft“ (in Prozent der Wahlberechtigten)



Karte 15: Kreistagswahl 17.11.1929, Einheitsliste (in Prozent der Wahlberechtigten)

Der größte Teil der Wählerschaft der DNVP und der DVP wechselte von 1928 auf 1930 sowohl zur Bauern- und Landvolkpartei (CNBLP) als auch zur NSDAP über oder enthielt sich der Stimme. Beide Parteien konnten lediglich jeden zehnten ihrer vorherigen Wähler halten. Ähnlich wie schon die Liberalen von der DDP kann von einer festen Parteibindung also nicht gesprochen werden. Dagegen belegt die hohe Haltequote der Arbeiterparteien, dass deren Anhängerschaft tatsächlich eine Parteibindung zu ihnen besaßen.

Betrachtet man die sich daraus ergebene Zusammensetzung der Wählerschaft der Parteien bei der Reichstagswahl 1930 zeigt sich für die NSDAP, dass diese am stärksten von der Mobilisierung ehemaliger Nichtwähler profitieren konnte, die fast 40 Prozent ihrer gesamten Wählerschaft ausmachten, gefolgt von ehemaligen Deutschnationalen und Volksparteilern. Wechselwähler von SPD und KPD gab es hingegen so gut wie gar nicht. Ähnlich lassen sich die Erfolge der Bauern- und Landvolkpartei erklären, die wie die NSDAP von denselben Effekten profitierte. Die Mehrheit der ländlich-bürgerlichen Wählerschaft suchte also nach Alternativen und meinte sie in beiden Parteien gefunden zu haben. Ergänzend sollen hier die Ergebnisse für die Wählerwanderungen von der Kreistags- und der Provinziallandtagswahl 1929 zur Reichstagswahl 1930 betrachtet werden. Da die NSDAP im Jahr 1929 ihre ersten Erfolge verbuchte und bürgerliche Gemeinschaftslisten sowie verschiedene Bauern- und Gewerbelisten angetreten waren, ergeben sich Hinweise auf parteipolitische Ausrichtungen. Zudem war die NSDAP bei der Kreistagswahl nicht angetreten, so dass sich weitere Möglichkeiten zur Analyse ergeben. Das Muster für die Gemeinschaftslisten folgt der obigen Argumentation, d.h. die Landvolkpartei und erst danach die Nationalsozialisten profitierten am stärksten von deren Wechselwählern. Interessant ist hingegen, wie sich die Wählerschaft der bäuerlichen und ländlichen Interessenparteien von 1929 auf 1930 jeweils entschieden.

So bevorzugten die Wähler der Schleswig-Holsteinischen Bauernliste (SHBL) zuerst die Landvolkpartei, dann die Wahlabstinentz und erst danach NSDAP und DNVP, sehr ähnlich war es bei der Liste „Landwirtschaft, Klein- und Mittelbauern“. Dagegen gingen Anhänger der Liste „Landwirtschaft, Handel und Gewerbe“ 1930 am häufigsten nicht mehr zu Wahl oder stimmten für die Landvolkpartei, während die scheinbar ähnlich ausgerichteten Wähler der Wirtschaftspartei 1930 sich größtenteils für keine der bürgerlichen Parteien oder gar die NSDAP entscheiden wollten. Die Präferenzen lagen also in der Stimmenthaltung, gefolgt von einem Kreuz bei der Landvolkpartei und erst danach der NSDAP. Ein klares Meinungsbild für eine bestimmte parteipolitische Richtung hatte sich also zu diesem Zeitpunkt noch nicht herausgebildet, sondern größere Teile der ländlichen Bevölkerung blieben noch unentschlossen. Der Wahlsieg der Landvolkpartei beruhte dabei auf ihrer Anziehungskraft für alle ländlichen Wähler mit Ausnahme

derjenigen, die der SPD und KPD nahestanden. Dagegen rührte der Wahlsieg der NSDAP von keiner so breiten Wählerbasis her. Allein die Wechselwähler der Gemeinschaftslisten und die ehemaligen Nichtwähler stellten zusammen über 80 % ihrer gesamten Wählerschaft bei den Reichstagswahlen 1930. Ihre Konkurrenz von der CNBLP war hingegen zur ländlichen Volkspartei (unter Ausschluss der Arbeiter)²⁸ geworden.

Angesichts der schwachen Haltequoten der Parteien und der Tatsache, dass die NSDAP erst ab 1930 (mit Einschränkungen) und kontinuierlicher ab 1932 Wähler von Wahl zu Wahl an sich binden konnte, kann nicht von einer ländlichen Stammwählerschaft für einzelne Parteien gesprochen werden. Die einzige Ausnahme von dieser Regel stellen die Arbeiterparteien im Landkreis dar, die einen harten Kern von ihr „treuer“ Parteianhängerschaft besessen haben, der ihr über alle Wahlereignisse von 1919 bis 1933 erhalten blieb. Die parteipolitische Bindung der Wahlberechtigten im Landkreis Flensburg war jenseits der Arbeiterparteien vermutlich also eher gering.

Tabelle 12

Geschätzte Wählerwanderungen, Provinziallandtagswahl 1929 auf RTW 1930 Landkreis Flensburg (132 Gebiete)										
	NSDAP30	DNVP30	DVP30	DDP30	Arb30	CNBLP30	WP30	X30	NW30	Total
NSDAP29	23,4	10,3	10,7	6,6	6,8	16,2	7,4	7,1	11,6	100
HuW29	17,1	4,9	6,7	3,9	2,8	34,7	7,2	10,0	12,7	100
SHBL29	13,6	10,5	5,7	4,6	3,9	25,0	5,3	9,0	22,3	100
WP29	9,2	8,9	8,8	4,9	18,0	5,0	10,8	19,8	14,8	100
Arb29	3,0	1,6	2,3	1,5	65,9	1,3	6,0	11,6	6,7	100
X29	18,5	9,9	8,2	5,7	12,0	8,8	15,8	6,9	14,1	100
NW29	20,3	4,5	8,5	2,7	8,2	5,5	3,0	6,0	41,3	100

Tabelle 13

Geschätzte Wählerzusammensetzung, RTW 1930 Landkreis Flensburg (132 Gebiete)									
	NSDAP30	DNVP30	DVP30	DDP30	Arb30	CNBLP30	WP30	X30	NW30
NSDAP29	6,2	8,7	6,6	8,4	2,4	4,0	5,6	3,5	2,3
HuW29	39,9	36,1	36,2	43,1	8,6	74,6	47,2	43,2	21,7
SHBL29	4,5	11,1	4,5	7,3	1,7	7,7	5,0	5,6	5,4
WP29	2,2	6,8	5,0	5,6	5,8	1,1	7,4	8,9	2,6
Arb29	1,9	3,3	3,4	4,6	56,4	0,8	10,9	13,8	3,1
X29	2,5	4,2	2,6	3,7	2,2	1,1	6,0	1,7	1,4
NW29	42,7	29,7	41,7	27,2	22,9	10,7	18,0	23,2	63,5
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Tabelle 14

Geschätzte Wählerwanderungen, Kreistagswahl 1929 auf RTW 1930 Landkreis Flensburg (132 Gebiete)										
	NSDAP30	DNVP30	DVP30	DDP30	Arb30	CNBLP30	WP30	X30	NW30	Total
Ein29	21,5	6,8	7,4	4,2	4,2	29,1	11,1	6,0	9,7	100
LHG29	8,0	3,7	9,9	6,9	8,7	19,3	5,1	8,2	30,1	100
LW29	12,7	5,7	8,1	3,8	4,6	31,4	2,6	4,9	26,2	100
VK29	15,6	9,9	10,8	3,6	5,2	18,0	11,0	5,8	20,1	100
SPD29	1,4	0,5	1,1	0,6	81,5	2,1	1,8	5,1	5,7	100
SV29	12,6	8,2	6,3	5,9	14,6	24,1	6,2	4,7	17,3	100
NW29	21,0	4,6	7,9	2,6	6,8	11,3	2,6	2,2	41,2	100

Tabelle 15

Geschätzte Wählerzusammensetzung, RTW 1930 Landkreis Flensburg (132 Gebiete)									
	NSDAP30	DNVP30	DVP30	DDP30	Arb30	CNBLP30	WP30	X30	NW30
Ein29	41,3	42,7	33,7	40,9	10,7	51,4	61,3	44,2	13,6
LHG29	3,1	4,7	9,0	13,5	4,5	6,8	5,7	12,1	8,4
LW29	4,7	7,0	7,1	7,1	2,3	10,8	2,7	7,0	7,1
VK29	4,5	9,4	7,4	5,3	2,0	4,8	9,2	6,4	4,2
SPD29	0,8	0,9	1,4	1,7	58,6	1,0	2,8	10,4	2,2
SV29	1,9	4,1	2,3	4,6	3,0	3,4	2,8	2,8	2,0
NW29	43,6	31,1	39,0	26,9	18,8	21,7	15,5	17,1	62,4
Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Legende zu den Parteien: Provinziallandtagswahl 17.11.1929: HuW = Heimat und Wirtschaft, SHBL = Schleswig-Holsteinische Bauernliste, WP = Wirtschaftspartei, Arb = SPD, KPD und USPD zusammengezählt, X = Sonstige, NW = Nichtwähler. Kreistagswahl 17.11.1929: Ein. = Einheitsliste, LHG = Landwirtschaft. Handel und Gewerbe, LW = Landwirtschaft. Klein- und Mittelbauern, VK = Volkskraft [Stahlhelm-nahe Liste], SV = Schleswiger Verein [Dänen]

Die Partei der dänischen Minderheit

Die Frage, ob die dänische Minderheit im Landkreis Flensburg einen hemmenden Einfluss auf den Aufstieg der NSDAP ausübte, lässt sich wahlstatistisch nur sehr bedingt beantworten. Zwar trat der Schleswiger Verein fast durchgehend bei allen Wahlen in der Weimarer Republik an, doch kam er nach 1928 nie über mehr als 480 Stimmen hinaus und repräsentierte lediglich in Jarplund, Harrislee und Gottrupel mehr als 10 % der Wahlberechtigten.²⁹ Nur in diesen Gemeinden kann überhaupt von einem hemmenden Faktor der Dänenpartei gegenüber der NSDAP gesprochen werden. Zudem erhielt die Partei in nur elf Gemeinden mehr als 5 % der Stimmen und fast alle dieser Gemeinden lagen auf der Geest bzw. in unmittelbarer Nachbarschaft zur Stadt Flensburg, wo wiederum auch SPD und KPD stark vertreten waren.³⁰ Eine klare Abgrenzung der Effekte dieser Parteien gegeneinander ist also nur schwer möglich. Deutlich besser und offensichtlicher lässt sich die Gegnerschaft zur NSDAP dagegen an den ersten Wahlen und Abstimmungen im NS-Staat ablesen: am 12. November 1933 und am 19. August 1934 gehörte Harrislee zu den Gemeinden mit der größten Wahlenthaltung und

den schlechtesten Zustimmungsqoten für die NSDAP.³¹ Wie hoch dabei jeweils der Anteil der dänischen Minderheit und der verfolgten Arbeiterschaft gewesen war, lässt sich natürlich nicht mehr sagen.

Angesichts des nur sehr kleinen Stimmgewichts der dänischen Minderheit lässt sich zu deren vermuteten hemmenden Einflusses auf das Wahlergebnis der NSDAP bis 1933 kein eindeutiger statistischer Beleg ermitteln.

Die Volksentscheide 1926, 1929 und 1931 – ein Mittel zur Quantifizierung von politischen Positionen innerhalb der Wählerschaft?

In der Weimarer Republik hat es drei Volksgesetzgebungsverfahren gegeben, die für den Wahlkreis Schleswig-Holstein politisch von Belang waren: die reichsweiten Abstimmungen 1926 (Fürstenenteignung) und 1929 („Freiheitsgesetz“ / Anti-Young-Plan-Gesetz)³² sowie die landesweite in Preußen im August 1931 (Volksentscheid über die vorzeitige Landtagsauflösung).³³

Rechtlich basierten die Plebiszite auf den Artikeln 73-76 der Weimarer Reichsverfassung³⁴ oder den Landesverfassungen und entsprechenden Ausführungsgesetzen und -verordnungen;³⁵ auf Reichsebene bildete das „Gesetz über den Volksentscheid“ (VEG) die Grundlage.³⁶ Damit war ein zweistufiges Verfahren der direkten Demokratie eingeführt worden: am Anfang stand ein Volksbegehren, dessen Inhalt bei Erfolg im Reichstag zu debattieren war und nach dessen Ablehnung musste zwangsläufig ein den Reichstag bindender Volksentscheid folgen; für den Landtag galt ein ähnliches Verfahren.³⁷ Für ein Volksbegehren mussten sich die abstimmungsberechtigten Frauen und Männer ab 20 Jahren in Listen eintragen, die in den Gemeindeverwaltungen zeitlich befristet öffentlich auslagen.³⁸ Bei einer Zustimmung von zehn Prozent aller Wahlberechtigten musste sich der Reichstag mit dem Volksbegehren beschäftigen und bei einer Ablehnung folgte zwingend ein Volksentscheid. Für letzteren galten sämtliche Regeln wie bei einer normalen Wahl. Bei einer Zustimmung von mindestens 50 Prozent aller Abstimmungsberechtigten war ein Volksentscheid angenommen, was in der Praxis auf Reichsebene nie gelingen sollte.³⁹ Der Vorteil der Analyse der Ergebnisse der Volksentscheide liegt darin, dass es sich dort immer um klar umrissene politische Fragestellungen handelte, denen die Wahlberechtigten zustimmen konnten. Die Abstimmungsstatistik vermittelt also deutlich schärfer als die Wahlstatistik einen Eindruck von der politischen Stimmung und den Einstellungen der Wahlbevölkerung zu einer bestimmten Fragestellung. Für Schleswig-Holstein liegen bisher nur Untersuchungen zum VE 1926 (Fürstenenteignung) und 1929 (Anti-Young-Plan-Gesetz) vor und auf Ebene des Landkreis Flensburg nur zum VE 1929. Die folgende Zusammenfassung muss zukünftig also noch mit weiteren Quellen abgeglichen werden.

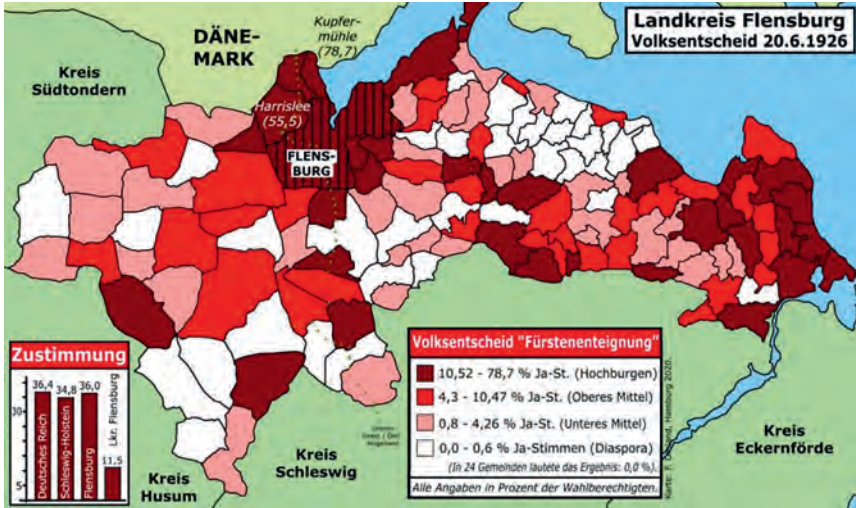
a) der Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürstenhäuser

Das erste Plebiszit stellte 1926 der Volksentscheid über die Fürstenteignung dar,⁴⁰ dessen Hintergrund hier kurz erläutert werden soll: In einem polemisch und populistisch geführten Kampf standen sich die KPD, die SPD und Teile der DDP auf der einen Seite und das bürgerliche politische Lager auf der anderen Seite gegenüber. Während die einen für sich in Anspruch nahmen, „Für die Armen, gegen die Fürsten!“ einzutreten, beanspruchten die anderen die Rolle der Verteidiger des Rechtsstaates und Beschützer des Privateigentums für sich.⁴¹ Hintergrund dieser aggressiv geführten Debatte war letztendlich die Absetzung der damaligen Landesherren – für Schleswig-Holstein als preußische Provinz der preußische König – in der Revolutionszeit. Daraus ergab sich die Frage, welches Vermögen den ehemaligen Herrschern als Privateigentum verbleiben sollte und welches als Staatseigentum zu betrachten wäre. Im Kern wurde der erste Volksentscheid der Weimarer Republik um die politische Frage ausgefochten, ob Privateigentum entschädigungslos durch den Staat enteignet werden dürfte.⁴² Auf den hauptsächlich von KPD und SPD geführten Abstimmungskampf soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden,⁴³ denn im Landkreis stimmten nur 3.004 Wahlberechtigte dem Anliegen zu (11,5 %). Ähnlich wie in den benachbarten Landkreisen Husum (10,5 %) und Süd-Tondern (10,7 %) gehörte der gesamte Norden Schleswig-Holsteins damit zu den Gebieten mit den geringsten Zustimmungsqoten.⁴⁴ Doch auch hier mussten neben den Anhängern der Arbeiterparteien bürgerliche Wähler für die Fürstenteignung gestimmt haben. Nach bisherigen Untersuchungen waren es insbesondere diejenigen, die im Zuge der Hyperinflation Vermögen verloren hatten bzw. vom Staat als Schuldner von Krieganleihen des Ersten Weltkriegs nicht angemessen entschädigt worden waren. Das waren in der Regel liberale und einige bürgerliche Wähler. Die Zahlen für den Landkreis Flensburg deuten darauf hin, dass am stärksten die sozialdemokratische Arbeiterschaft, schwächer die kommunistische und die Wähler der dänischen Minderheit für die Ja-Stimmen beim Volksentscheid verantwortlich waren.⁴⁵ Regional stimmten insbesondere die Wahlberechtigten in den Gemeinden um die Stadt Flensburg und in den Gutsbezirken in Angeln am häufigsten für die Fürstenteignung.⁴⁶ Die größten statistischen Zusammenhänge ergeben sich dabei für die SPD und für die Gemeinden, in denen der Schleswigsche Verein seine Hochburgen hatte. Weder für die DDP noch für die DVP ergaben sich positive Zusammenhänge. Dagegen stimmten reichsweit die Wähler der Liberalen und unter den Berufsgruppen nach den „Industrie- und Handwerkerarbeitern“ ebenfalls die „Angestellten und Beamten“ überdurchschnittlich häufig für die Fürstenteignungen.⁴⁷ Der Boykott der Abstimmung durch fast

die komplette ländliche Bevölkerung im Landkreis Flensburg ist auch reichsweit zu konstatieren und führte deswegen zu einer Niederlage des Volksentscheids.⁴⁸ Weder die ländliche noch die bürgerliche Wählerschaft im Landkreis Flensburg waren Befürworter von staatlichen Enteignungsprozessen. Es ist naheliegend, dass dahinter Ängste und Befürchtungen über weitere drohende Enteignungen seitens der Arbeiterparteien gestanden haben.

b) der Volksentscheid „Freiheitsgesetz“, d.h. gegen staatliche Reparationszahlungen für die durch das Deutsche Reich entstandenen Schäden des Ersten Weltkriegs (Anti-Young-Plan-Gesetz)

Schon seit 1925/26 gab es Planungen des Stahlhelms zu einem Volksbegehren gegen die sogenannte Kriegsschuldfrage des Versailler Vertrages (Artikel 231). Im Herbst 1928 folgten Überlegungen zu verschiedenen Volksbegehren gegen die Regierung und die parlamentarische Demokratie, die sich mit den internationalen Verhandlungen über die Reparationszahlungen des Deutschen Reiches ab März 1929 wieder konkretisierten. Und nachdem am 21. Juni 1929 die Reichsregierung dem Young-Plan, einer Vereinbarung zur Regelung der Reparationszahlungen des Ersten Weltkriegs an die Alliierten, zugestimmt hatte,⁴⁹ gründete sich am 9. Juli der „Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren“. An diesem beteiligten sich der Stahlhelm, die DNVP, die NSDAP, die Vereinigten Vaterländischen Verbände, der Alldeutsche Verband sowie der Reichslandbund (und dadurch faktisch auch die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei).⁵⁰ Dort setzte bis Ende August 1929 die NSDAP die alleinige Zuspitzung auf das Reparationsthema durch.⁵¹ Die Bündnispartner unter Führung von Alfred Hugenberg, seit 20. Oktober 1928 DNVP-Vorsitzender, erstellten einen Gesetzentwurf, in dem die Kriegsschuld Deutschlands abgelehnt (§ 1 und 2) und die Räumung der besetzten Gebiete durch die Alliierten (§ 2) sowie die Einstellung der Reparationszahlungen gefordert wurde (§ 3).⁵² Der Entwurf brachte die Reichsregierung in große Schwierigkeiten, denn auch diese teilte innenpolitisch die Meinung von der Unschuld des Deutschen Reichs am Ersten Weltkrieg, war für die Räumung der besetzten Gebiete, für die Wiederherstellung der vollständigen Souveränität Deutschlands und gegen Reparationen. Lediglich der § 4 stieß auf heftigen Protest, denn er stellte die Reichsregierung unter dem Verdacht des Landesverrats, falls diese zukünftig gegen das „Freiheitsgesetz“ verstoßen sollten. Das Ziel ihrer Initiative umschrieb der Reichsausschuss so: „Damit ist gesagt, was wir wollen: den Pariser Tributplan verhindern und die Kriegsschuldfrage beseitigen.“⁵³ Dagegen sah die Reichsregierung zur Verständigungspolitik von Außenminister Stresemann keine Alternative, und tatsächlich war der Gesetzentwurf außenpolitisch illusionär, unklug und nicht durchsetzbar.⁵⁴



Karte 16, Ja-Stimmen zum Volksentscheid „Fürstenenteignung“, 20.6.1926 (in Prozent der Wahlberechtigten)

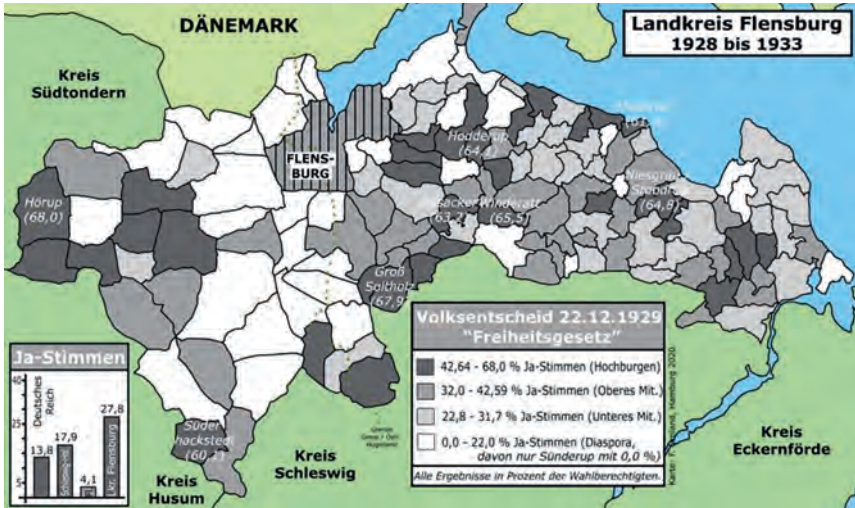
Im Landkreis Flensburg beteiligten sich Bauern- und Landvolkanführer, Deutschnationale, Funktionäre des Stahlhelms und die Nationalsozialisten am Abstimmungskampf. Ähnlich wie in anderen Kreisgebieten Schleswig-Holsteins gab es ein formales gemeinsames Eintreten für das „Freiheitsgesetz“ und eine tatsächliche Konkurrenz der rechten Parteien untereinander.⁵⁵ So wurde zeitgenössisch auf eine Mischung aus Trotzverhalten der ländlichen Bevölkerung und genereller Unzufriedenheit mit den Regierenden abgehoben. Klaus Leushacke bewertete in seinen Forschungen zum Volksentscheid im Landkreis Flensburg den Abstimmungswahlkampf als einen Durchbruch der NSDAP.⁵⁶

Grundsätzlich lässt sich aber sagen, dass das zentrale regionale Ereignis vielmehr die Kreistags- und Provinziallandtagswahlen darstellten, die am 17. November 1929 stattfanden. Hier ging es um die tatsächlichen Machtverhältnisse vor Ort und alle Parteien führten parallel zu Volksbegehren und -entscheid Wahlkampfveranstaltungen durch, die natürlich auch immer den Youngplan zum Thema haben konnten. Doch von einer gemeinsamen Kampagne aller derjenigen Parteien und Verbände, die gegen den Youngplan eintraten, kann in Schleswig-Holstein nicht gesprochen werden, vielmehr agierten viele Beteiligte nebeneinander, zum Teil gegeneinander. Gerade die NSDAP grenzte sich ab und wollte als eigenständige „neue“ Kraft wahrgenommen werden.⁵⁷

Die Ergebnisse des Volksentscheids kommentierte der Landrat gegenüber dem Regierungspräsidenten so: „Während die Geest somit unter dem Durchschnitt der übrigen Landkreise der Provinz bleibt, wird er in Nordangeln überschritten. [...] Der Hauptteil der Bevölkerung setzt sich aus Klein-, Mittel- und Großbauern zusammen, die überwiegend Anhänger des Volksbegehrens sind. Hinzu kommt die starke Anhängerschaft, die die deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm dort, insbesondere in den Amtsbezirken Quern, Sörup, Husby, Hürup und Großsolt besitzen.“ Die große Zustimmung führte er auf den Einfluss der dortigen Bauernführer, u.a. den Landesökonomierat Jensen (Ausacker) und dessen Sohn zurück, die beide in den regionalen Bauernverbänden und Institutionen gut vernetzt sind.⁵⁸ Doch lässt sich das auch durch die wahlstatistische Analyse untermauern?

Ein Blick auf die kartografische Verteilung der Hochburgen-Gebiete lässt Fragen aufkommen, da diese nicht so eindeutig verteilt sind, wie es die Aussage des Landrats vermuten ließe. So lag der Landkreis Flensburg mit 7.441 Stimmen, d.h. 27,8 % Zustimmung aller Wahlberechtigten, auf Rang 7 aller Kreisgebiete in Schleswig-Holstein.⁵⁹ In 22 Gemeinden stimmten mindestens die Hälfte der Wahlberechtigten mit „Ja“ und in den Hochburgen der Zustimmung durchschnittlich sogar 54 %. Dabei spielte es keine Rolle, ob diese Hochburgen-Gebiete auf der Geest oder dem östlichen Hügelland lagen.⁶⁰ zudem galt: je kleiner die Gemeinde, desto höher der Ja-Stimmenanteil; das fiel zusammen mit einem hohen Anteil an in der Landwirtschaft Beschäftigten aber in diesem Falle auch mit einem relativ höheren Anteil an Grundsteuererträgen. Anders ausgedrückt: es waren die Gemeinden mit einem relativen Wohlstand, die für ein „Ja“ beim Volksentscheid stimmten.⁶¹ Auch der Landrat versuchte dieses Phänomen zu erklären, denn seiner Meinung nach passte dies nicht zur Einstellung „der Angeler“, der an sich „zurückhaltend“ sei: „... so wird man doch die politische Bedeutung dieser Aktion nicht unterschätzen dürfen. In jedem Falle ist die Landbevölkerung durch sie außerordentlich aufgerüttelt und politisch erregt worden, eine Tatsache, die von großer Tragweite für die kommenden Kommunalwahlen werden und hinausgehend allgemein innenpolitisch Wirkungen führen kann, die, verstärkt durch die Landvolkbewegung, durch die wirtschaftliche und finanzielle Not und andere besondere Momente geeignet sind, den Boden für schwere politische und wirtschaftliche Umwälzungen vorzubereiten.“⁶²

Interessanterweise zeigt sich bei der weiteren Analyse der Ergebnisse, dass die Deutschnationalen noch vor den Nationalsozialisten die größten Zusammenhänge zu den Erfolgen des Volksentscheids aufweisen.⁶³ Je höher die Stimmen für die DNVP 1928 bzw. 1930 ausfielen, desto höher fiel 1929 auch das Ergebnis für den Volksentscheid aus. Nur für die CNBLP 1930 gilt derselbe Zusammenhang. Für die Nationalsozialisten lassen sich solche linearen Zusam-



Karte 17, Zustimmung zum Volksentscheid „Freiheitsgesetz“, 22.12.1929 (in Prozent der Wahlberechtigten)

menhänge weder für 1928, noch 1929 oder 1930 belegen. Doch gleichzeitig waren von den 33 Zustimmungs-Hochburgen beim VE 1929 ein Jahr vorher 19 DNVP- und 12 NSDAP Hochburgen gewesen; ein Jahr später noch 14 DNVP- und 13 NSDAP Hochburgen. Dies deckt sich größtenteils mit den reichsweiten Ergebnissen, denn danach war es die DNVP-Wählerschaft, gefolgt von denen der NSDAP, der CNBLP sowie der WP die stark überdurchschnittlich für den Volksentscheid stimmten. Eine Mobilisierung der Nichtwählerschaft gelang hingegen auch reichsweit nicht.⁶⁴ Die Volksentscheids-Befürworter waren reichsweit am stärksten unter den Rentner und Pensionären, den Landarbeitern und den nicht in der Landwirtschaft tätigen Selbständigen und deren Familienangehörigen vertreten.⁶⁵

Dagegen waren insbesondere die SPD und - wiederum schwächer - die KPD die beiden Parteien, für die das umgekehrte Verhältnis zu konstatieren ist. Das gilt sowohl für den Landkreis Flensburg wie reichsweit. Wenn auch aus jeweils unterschiedlichen Motiven heraus ist die Wählerschaft der Arbeiterparteien diejenige, die dort am stärksten ist, wo der Volksentscheid am schwächsten abschneidet. Noch interessanter ist, dass die Verluste der DNVP von 1928 auf 1930 mit der Höhe der Zustimmung beim Volksentscheid 1929 einhergehen: je höher die Verluste der DNVP, desto höher lag gleichzeitig 1929 die Zustimmung

Volksentscheid 22.12.1929						
(Anteil der Ja-Stimmen im Vergleich zu den Parteien)						
Quartile der Parteien	NSDAP 1928	NSDAP 1929	NSDAP 1930	DNVP 1928	DNVP 1930	CNBLP 1930
Hochburgen der Parteien	27,3	35,8	33,8	43,3	38,9	36,7%
Oberes Mittel der Parteien	25,5	29,4	25,1	35,0	28,5	33,9%
Unteres Mittel der Parteien	29,3	27,7	29,4	25,6	26,4	29,6%
Diaspora der Parteien	29,3	25,1	22,5	17,1	20,5	18,2%

Tabelle 16: Lesebeispiel: In den Gebieten, wo 1928 die NSDAP am meisten Stimmen erhielt (Hochburgen), stimmten 27,3 % der Wahlberechtigten mit „Ja“ beim Volksentscheid 1929.

für den Volksentscheid. Bei den großen Zugewinnen der NSDAP von 1929 auf 1930 lässt sich dieser Zusammenhang wiederum nicht herstellen!⁶⁶

Vieles spricht dafür, dass insbesondere die Deutschnationalen und die späteren Wähler der Landvolkpartei und erst danach die Nationalsozialisten für die Erfolge beim Volksentscheid ausschlaggebend waren. Dies würde im Umkehrschluss bedeuten, dass nationalistische Positionen, die Ablehnung des Versailler Vertrages und der Reparationszahlungen weit unter der ländlichen Bevölkerung verbreitet waren. Die Verteilung der Hochburgen beim Volksentscheid weist zudem darauf hin, dass insbesondere ein relativer Wohlstand ein Motiv für die Zustimmung gewesen sein könnte, im Sinne einer Haltung der Wahrung des Besitzstands gegen die erwarteten hohen Reparationszahlungen und deren Auswirkungen auf die staatliche Subventionierung der Landwirtschaft.

Ob sich die aktive Propaganda durch die bei Leushacke genannten Personen positiv auf das Stimmresultat ausgewirkt hat, lässt sich statistisch nicht belegen. Mit wenigen Ausnahmen gehören die dort von ihm genannten Gemeinden weder bei der Mobilisierung zum Volksbegehren noch bei der Zustimmung zum Volksentscheid zu den Hochburgen. Erst eine genauere Analyse von Propagandaauftritten vor Ort könnte darüber weitere Rückschlüsse erlauben.⁶⁷

c) der Volksentscheid zur Auflösung des preußischen Landtags

In Preußen hatte der Stahlhelm, faktisch unterstützt von der NSDAP, DNVP, DVP und anderen bürgerlichen rechten Parteien, in der Zeit vom 8. bis 21. April 1931 ein Volksbegehren auf dem Weg gebracht, dass die Auflösung des Landtags forderte. Ziel war es, die dortige Koalitionsregierung aus SPD, Zentrum und Liberalen, einem „Bollwerk“ gegen die antidemokratische Rechte, abzusetzen. Am Volksbegehren beteiligten sich 5,9 Millionen Wahlberechtigte (= 22,6 Prozent), davon 298.591 in Schleswig-Holstein (28,3 Prozent), was Rang 8 unter den 23 preußischen Wahlkreisen entsprach.⁶⁸ Im Landkreis Flensburg trugen sich 13.384 Wahlberechtigte in die Listen ein, was mit 45,6 Prozent weit über dem genannten Ergebnis im Wahlkreis lag. Die Dominanz der Befürworter des Volksbegehrens lässt sich daran ablesen, dass sich nur in 16 Gemeinden überhaupt weniger als 50 Prozent der Wahlberechtigten in die Listen eintrugen und davon nur sieben unter der 40 Prozentmarke lagen!⁶⁹ Die Forderung nach der Auflösung des Landtags und Neuwahlen war also faktisch schon im April 1931 flächendeckend der Konsens der Mehrheit der Bevölkerung.⁷⁰

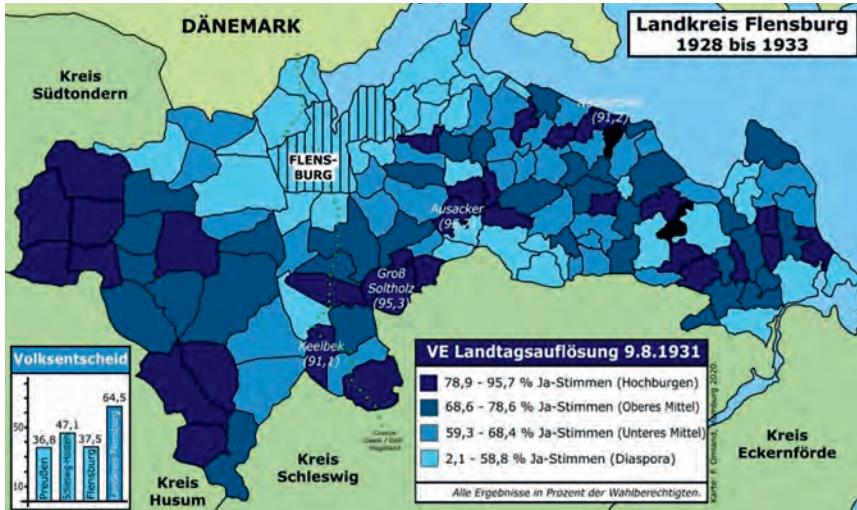
Nachdem am 9. Juli 1931 mit den Stimmen von SPD, Zentrum und Deutsche Staatspartei, dem Nachfolger der DDP, das Volksbegehren zur Landtagsauflösung in Preußen abgelehnt worden war,⁷¹ kam es am 9. August 1931 zum Volksentscheid.⁷² Welche Hoffnungen insbesondere die Deutschnationalen mit der Propaganda gegen die preußische Landesregierung verbanden, zeigt die Aussprache zu einer Tagung des Landesverbands am 11.7.1931 zu der es hieß: „Die parteipolitische Lage ist glänzend für uns, das muß ausgenutzt werden, um Organisation und Finanzen in Ordnung zu bringen [...] Die Entscheidung muß fallen, ob rechts oder links regiert werden soll. Die Mitte muß aufgegeben werden.“⁷³ Je nach Kreisgebiet waren der Stahlhelm, die DNVP oder die NSDAP führend in der Kampagne gegen die Landesregierung.⁷⁴

Während das Volksbegehren praktisch nur von den bürgerlichen und rechten Parteien getragen worden war, änderte sich die Situation nachdem die KPD-Führung am 21. Juli ein Ultimatum an die preußische Staatsregierung gestellt hatte. Letztere sollte sich vier Forderungen der Partei beugen, im Gegenzug wollte die KPD dem Volksentscheid weiterhin ihre Unterstützung versagen.⁷⁵ Nachdem die sozialdemokratisch geführte Regierung sich nicht erpressen ließ, änderte die KPD ihre Haltung gegenüber der Forderung nach einer Landtagsauflösung und rief ihre Mitglieder auf: „Heraus zum Volksentscheid!“⁷⁶ Zudem deklarierte sie diesen in der Folge zum „Roten Volksentscheid“ um, obwohl dieser durch den ihr feindlich gesinnten Stahlhelm initiiert worden war.⁷⁷ Daraus ergibt sich bei der Analyse der Abstimmungsergebnisse die Frage, inwieweit auch KPD-Anhänger sich der neuen Parteilinie anschlossen oder die Führung hier eine Richtung vorgab, der sich ihre

Wählerinnen und Wähler nicht anschlossen. In Schleswig-Holstein stimmten 47,1 % der Wahlberechtigten für die Auflösung des Landtags und Neuwahlen, man lag damit auf Rang 6 der 23 preußischen Provinzen.⁷⁸ Der Landkreis Flensburg gehörte mit 64,5 % (17.577 Stimmen) zu den Hochburgen der Zustimmung. In den Landkreisen Schleswig, Rendsburg, Husum, Segeberg, Flensburg und Süd-Tondern wurde weit überdurchschnittlich oft mit „Ja“ gestimmt.⁷⁹ Sie repräsentierten knapp jeden fünften Wahlberechtigten in Schleswig-Holstein, doch über jeder vierte Wahlberechtigte kreuzte hier das „Ja“ auf dem Stimmzettel an.⁸⁰ Doch was lässt sich über die Befürworter im Landkreis Flensburg sagen? Territorial fällt insbesondere die Deckungsgleichheit mit der Zustimmung zum Volksentscheid 1929 auf, es folgen die Gebiete der DNVP von 1928 und 1930 und auf ähnlichem Niveaus die der Gemeinschaftslisten 1929 sowie der NSDAP 1930 und 1932. Bei der nachfolgenden Landtagswahl im April 1932 errang die NSDAP sogar in 52 Gemeinden mehr Stimmen als die Befürworter der Landtagsauflösung 1931 zusammen. Umgekehrt lassen sich praktisch keine Zusammenhänge zur SPD oder KPD 1930 oder 1932 herstellen.⁸¹ Zudem lagen ähnlich wie beim Volksentscheid 1929 viele der Gemeinden mit den schlechtesten Ergebnisse in direkter Nachbarschaft zu Flensburg.⁸² Dies spricht dafür, dass die KPD-Wählerschaft sich nicht an die Direktive ihrer Parteiführung gehalten hat. Interessanterweise fallen für die Wähler der Wirtschaftspartei sowie für Anhänger von DVP und der liberaleren Deutschen Staatspartei als Nachfolgepartei der DDP die Zusammenhänge für die Zustimmung deutlich schwächer aus als für andere bürgerliche Parteien. Das spricht dafür, dass größere Teile mit Ja gestimmt haben, aber eine Minderheit dieser Wählerschaft sich nicht dazu entschließen konnte.⁸³

Was beförderte die Zustimmung? Ein hoher Anteil an in der Landwirtschaft Beschäftigter bei gleichzeitig hohem Grundsteuerertrag und dem Vorhandensein einer NSDAP-Ortsgruppe im August 1931. In diesen Gebieten stimmten 87,7 % der Wahlberechtigten mit „Ja“. Dagegen fiel der Stimmenanteil in vergleichbaren Gebieten ohne Ortsgruppe mit 68,9 % fast 19 Prozentpunkte niedriger aus!⁸⁴ Ansonsten galt: je kleiner die Gemeinde, desto höher das Ergebnis (72,2 % in Gemeinden unter 200 Einw.); ein hoher Männer- statt Frauenanteil beförderte die Zustimmung (68,2 zu 59,3 %) und in den ehemaligen Gutsbezirken fielen die Ergebnisse schwächer aus (58,5 %). Nur zehn Hochburgen lagen auf der Geest, weitere zwei auf der Geestgrenze, alle anderen 21 Hochburgen dagegen in Angeln, im östlichen Hügelland.

Der Erfolg der Befürworter des Volksentscheids lässt sich aber nicht nur direkt im Abstimmungsergebnis, sondern auch im Anstieg der Ortsgruppen und der Mitgliederanzahl der NSDAP ablesen. Hatte diese im Januar 1931 schon 351 Ortsgruppen und 22.263 Mitglieder in Schleswig-Holstein aufzuweisen, stieg deren Anzahl im Juli auf 488 und 30.175 an, um im Januar 1932 bei mindestens



Karte 18, Zustimmung zum Volksentscheid „Landtagsauflösung“, 9. August 1931 (in Prozent der Wahlberechtigten)

662 und 45.747 zu liegen.⁸⁵ Die Landeskriminalpolizeistelle in Flensburg meldete am 27.10.1931 einen Anstieg von 209 auf 244 Ortsgruppen und Stützpunkte in ihrem Mitteilungsbereich,⁸⁶ und im Landkreis Flensburg stieg die Anzahl der Ortsgruppen von 20 am 1.1.1931 über 27 am 1.7.1931 auf 42 am 1.1.1932 an und im selben Zeitraum die Mitglieder von 427 über 928 auf 1.501.⁸⁷ Über den Anteil den daran die Kampagne zur Landtagsauflösung spielte, lässt sich nur spekulieren. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die sehr große Zustimmung zur Auflösung des preußischen Landtags sowohl als Indiz für die Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik als auch als grundsätzliche Ablehnung des parlamentarischen Systems und Sehnsucht nach autoritären Lösungen interpretiert werden kann. Im August 1931 waren 2/3 der Wahlberechtigten im Landkreis Flensburg für Neuwahlen in Preußen. Vermutlich haben insbesondere die Anhänger der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und der bäuerlichen Interessenparteien für den Volksentscheid gestimmt, während sich für einen kleineren Teil der bürgerlichen Opposition aus der Wirtschaftspartei, den Liberalen und Volksparteilern dafür weniger Belege finden lassen. Am wenigsten Zustimmung dürfte es im Lager der beiden Arbeiterparteien gegeben haben und auch die KPD-Wählerschaft hat sich vermutlich wenig bis gar nicht an die Parteidirektive gehalten und trotz Anweisung des Zentralkomitees nicht mit „Ja“ gestimmt.

Fazit

Bei der letzten pluralistischen Reichstagswahl am 5. März 1933 stimmten fast 2/3 der Wahlberechtigten des Landkreises Flensburg für die NSDAP. Zusammen mit ihrem reichsweiten Bündnispartner, der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot (DNVP und Stahlhelm) erreichte sie sogar 3/4 aller Wahlberechtigten. Allein die NSDAP holte in 112 von 132 Gemeinden eine absolute Mehrheit der Wahlberechtigten und nur in fünf Gemeinden weniger als 40 % der Stimmen. Die Unterstützer der Weimarer Republik, d.h. SPD, DStP und Zentrum überzeugten zusammen genommen nicht einmal jeden zehnten Wahlberechtigten für ihre Sache. Trotzdem verlief der Aufstieg der NSDAP im Landkreis Flensburg weder gradlinig noch war er zwangsläufig. Vieles spricht dafür, dass die ländliche Bevölkerung insbesondere nach einer Vertretung für ihre agrarpolitischen Forderungen suchte, nach einer Lobby für die Bauernschaft bzw. die ländlichen Räume. Dafür sprechen die Diskontinuitäten und Kontinuitäten zwischen der SHBLD, der SHLP und der NSDAP und auch die starke Konkurrenz, die die CNBLP für die NSDAP darstellte. Zudem gab es keine eindeutig linearen Wechselwählerschaften zwischen den anderen Bauernlisten und den Nationalsozialisten. Ähnlich wie in anderen Regionen Schleswig-Holsteins kann von einer Suchbewegung der Wahlberechtigten gesprochen werden. Diese wählten die Partei von der sie sich die größten Chancen auf die Durchsetzung ihrer Interessen erhofften und im Landkreis Flensburg waren dies auch immer Interessenparteien der Bauernschaft bzw. der ländlichen Räume. Einigkeit bestand größtenteils in protektionistischen und nationalistischen Positionen, der Ablehnung der Arbeiterparteien, die mit drohender Sozialisierung und Verstaatlichung verbunden wurden und einer Gegnerschaft zur preußischen Landesregierung und deren Amtsträger in der Region.

Die NSDAP wurde ab 1931 auch deshalb so erfolgreich, weil sie als Anti-System-Partei bzw. Partei der Heimat wahrgenommen wurde und wegen ihrer immer stärkeren Verankerung in der ländlichen Bevölkerung, die einzige Alternative für einen fundamentalen Wechsel der Regierungspolitik darzustellen schien. Die NSDAP bediente dabei Wünsche nach einer nationalen Volksgemeinschaft und äußerte für die Wahlberechtigten anscheinend glaubwürdig ihre besondere Berücksichtigung und Wertschätzung gegenüber den Bauern und der sonstigen ländlichen Bevölkerung jenseits der Arbeiterbewegung. Und auch deshalb waren weit überdurchschnittlich viele Bauern in Schleswig-Holstein in die NSDAP eingetreten und rangierten im reichsweiten Vergleich ihrer Berufsgruppen auf Platz 1.⁸⁸ Ob dies auch für den Landkreis Flensburg zutrifft, müssen zukünftige Forschungen erweisen.

Anmerkungen

- 1 Für den Wahlkreis Schleswig-Holstein lässt sich das am Beispiel der Reichstagswahl 1930 illustrieren: Während knapp 31 % der Wahlberechtigten in Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern lebten, erhielt die KPD dort nur 14 % aller ihrer Wählerstimmen, d.h. schnitt stark unterdurchschnittlich ab. Nur das Zentrum (11 %) und die Konservative Volkspartei (14 %) wiesen eine ähnliche schlechte Quote für den ländlichen Raum auf. Für die SPD sah es mit 22 % auch nicht sehr viel besser aus. Dagegen lagen die DNVP (37 %) und die NSDAP (36 %) wenig überraschend über dem Durchschnitt.
Vgl. dazu die Veröffentlichungen des Verfassers für die Kreise Pinneberg und Dithmarschen sowie die noch unveröffentlichte Studie zur Westküste: Frank Omland, Wahlen und Abstimmungen im Kreis Pinneberg 1919–1933. Teil 1: Eine statistische Analyse der Wählerherkunft, der Wählerwanderungen und des Wahlverhaltens der bürgerlichen Parteien, in: Jahrbuch für den Kreis Pinneberg, Husum 2016, S. 81-104; Ders., Wahlen und Abstimmungen im Kreis Pinneberg 1919–1933. Teil 2: Eine statistische Analyse der Wählerherkunft, der Wählerwanderungen und des Wahlverhaltens unter besonderer Berücksichtigung des Aufstiegs der NSDAP und deren Hauptgegner aus den Arbeiterparteien, in: Jahrbuch für den Kreis Pinneberg, Husum 2018, S. 69-93; Ders., Dithmarschen und der Aufstieg des Nationalsozialismus. in: „Man hatte ihr Vordringen erwartet...“ Aspekte des Aufstiegs der NSDAP in Schleswig-Holstein und Dithmarschen. (Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte, Beiheft 4, Kiel 2013), S. 2-11; Ders., Jenseits des Zahlenschungels. Ein Werkstattbericht zur historischen Wahlforschung für Schleswig-Holstein in der Weimarer Republik (1919-1933). Vortrag in der Reihe „Themen und Tendenzen der Regionalgeschichtsforschung (ttr)“ an der Universität Kiel, 28.11.2017.
- 2 Der reguläre reichsweite Termin am 6. Juni 1920 wurde in Schleswig-Holstein wegen der Volksabstimmung zu Nordschleswig im Februar / März 1920 um ein Dreivierteljahr verschoben.
- 3 Zu Preußen: Zeitschrift des preußischen statistischen Landesamts. Herausgegeben von dem Präsidenten Dr. Saenger. 59 Jg., 1919, Berlin 1920, S. 302 f.
- 4 Verteilung der Stimmen im Datensatz 1919/1921: DNVP 1008 / 3961, DVP 1550 / 4800, DDP 3297 / 1038, SHBLD/SHLP 8642 / 3075, Arbeiterparteien 4563 / 3239, Sonstige (Zentrum, SV) 25 / 564.
- 5 Für 1919 wurden die 25 Zentrumsstimmen aus Praktikabilitätsgründen im Schätzungsmodell nicht berücksichtigt. - 1921 gab es in Schleswig-Holstein aufgrund eines sehr komplizierten Wahlverfahrens einen starken Anstieg der ungültigen Stimmen. Die Wählerwanderungen ins „Lager“ der ungültigen Stimmen wurden den Nichtwählern zugeschlagen.
- 6 Von den 23 Hochburgen der Arbeiterparteien 1919 sind 1921 noch 16, 1928 noch 12 und 1933 noch 14 Gebiete ebenfalls Hochburgen gewesen. Umgekehrt waren von den 23 Hochburgen der Arbeiterparteien 1933 im Jahr 1928 noch 18, 1921 noch 14 und 1919 ebenfalls 14 noch Hochburgen der Arbeiterparteien. (Basis: Datensatz mit 93 Gebietseinheiten).
- 7 Die kontinuierlichsten Hochburgengebiete von 1919 bis 1933 sind folgende: Harrislee, Sünderup, Jarplund, Maasholm, Tarup und Tastrup, Mehlby, Weding, Langballigholz, Handewitt,

Sörupholz, Tarp, Rabel, Rüde, Glücksburg, Keelbek, Lindewitt - Lungerau, Steinberg- und Steinberghaff, Bönstrup, Kattrott, Pommersby und Nieby, Husby und Husbyholz, Grimsnis, Sandbek, Stangheck.

- 8 Erst ab 1930 erreichte die KPD überhaupt erstmals mind. 10 % in vier Gemeinden (Kupfermühle 12,6; Jarplund 10,8; Harrislee: 10,1; Weding 10,0). - RTW Nov. 1932, KPD: Niehuus 16,0 %, Tarup 14,1 %, Harrislee 11,5 %, Kupfermühle 11,4 %, Rabel 11,2 %, Frörup 10,6 %. RTW Mrz. 1933, KPD: Kupfermühle 14,7 %, Jarplund 14,1 %, Harrislee 11,3 %. (Alle Angaben in Prozent der Wahlberechtigten).
- 9 1928 erreichten beide zusammen 12,39 % der Wahlberechtigten, das Ergebnis 1930 ist mit 12,44 % deshalb bemerkenswert stabil.
- 10 Die Ausdifferenzierung der 132 Gebiete des zweiten Datensatzes nach den vier Quartilen von SPD und KPD 1928 bis 1933 ergibt für jede (!) der ausgewerteten Reichs- und Landtags- und Provinziallandtagswahlen diesen Zusammenhang.
- 11 So ergab ein Kontrastgruppenvergleich für diese Gemeindegröße (5,2 %) unter Berücksichtigung des LW-Anteils (+/-) 3,8 bzw. 8,4 % Stimmen für die SPD (und hier bei einem hohen Grundsteuerertrag sogar 9,8 %).
- 12 Das bezieht sich auf alle ausgewerteten Wahlergebnisse von 1928 bis 1933.
- 13 Kontrastgruppenvergleiche SPD 1933: LW über 50: 3,8 %; LW höchstens 50: 12,7 %. - Dominanz der Höfe mit 100 ha u. m.: 15,1 %. - Keine Gutsbezirke / ehemalige Gutsbezirke: 6,0 % / 10,5 %.
- 14 Frauenanteil unter / über 50 %: SPD-Anteil 3,3 / 9,8 %. - Zu den methodischen Problemen siehe den Abschnitt Gender.
- 15 Vgl. dazu den Abschnitt zur NSDAP in GFH 2/2020.
- 16 Die Partei schnitt in abgegebenen gültigen Stimmen (Stimmen der Wahlberechtigten 1920/21) in den Landkreisen Flensburg (44,8 / 40,6), Husum (23,6 / 18,7), Schleswig (26,8 / 21,8), Rendsburg (27,5 / 22,4) sehr gut ab. Es folgten Eiderstedt (17,1 / 14,8), Bordesholm (14,3/12,5) und Segeberg (13,7 / 12,8).
- 17 Vgl. zur Parteigeschichte: Martin Müller-Olm, Die Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie / Die Schleswig-Holsteinische Landespartei 1919-1921, Kiel 1993 (wiss. Hausarbeit); Ders., Die Landwirtschaft und die Parteien in Schleswig-Holstein am Anfang der Weimarer Republik, Kiel 1994 (wiss. Hausarbeit).
- 18 Gemeinden nach Größe geordnet, Stimmanteil der SHBLD in WB: 27,3 % / 42,1 % / 43,9 % / 53,6 %.
- 19 Auch umgekehrt zeigt sich diese Diskontinuität im Vergleich der 24 Hochburgen der SHBLD auf der Geest/ÖH (69,0 % / 62,8%) gegenüber denselben Gebieten für die SHLP 1921 (17,2 % / 21,2 %).
- 20 Nur noch 10 von 23 Hochburgen der SHBLD sind auch 1921 noch Hochburgen der SHLP. Der Korrelationskoeffizient nach Pearson liegt aber trotzdem noch bei 0,44.
- 21 Vgl. Andreas Müller, „Fällt der Bauer, stürzt der Staat.“ Deutschnationale Agrarpolitik 1928-1933. München 2003, S. 30-34 (zur programmatischen Ausrichtung ab 1918/19).

- 22 Vgl. Ludwig Richter, Die Deutsche Volkspartei 1918–1933, Düsseldorf 2002, S. 46-55. [Zum Wahlkampf 1919].
- 23 Zur Provinziallandtagswahl 1929: Schleswig-Holsteinische Bauernliste und „Heimat und Wirtschaft“; zur Kreistagswahl 1929: „Einheitsliste“ und LW 1 und LW2.
- 24 Für die beiden Datensätzen zum Landkreis Flensburg also einmal 23 von 93 bzw. 33 von 132 Gebieten.
- 25 Für Schleswig-Holstein fällt nach bisherigen Berechnungen die Hochburgen-Kongruenz der SHLP insgesamt höher aus (14 von 20 Hochburgen der NSDAP 1933 waren auch 1921 schon Hochburgen der SHLP), vgl. Frank Omland, „Die Nordmark steht zu Hitler!“ Wählerwanderungen und Wählerherkunft der NSDAP in Schleswig-Holstein 1924-1933. In: ISHZ 48 (Kiel 2007), S. 47-48.
- 26 Für den zweiten Datensatz (93 Gebietseinheiten), der den Zeitraum 1919/1921 und 1928 bis 1933 umfasst, wurden eine Reihe von Korrelationskoeffizienten-Berechnungen durchgeführt. D.h. der Zusammenhang zweier unabhängiger Variablen ausgerechnet. Je höher der zwischen -1 und +1 liegende Wert, desto höher der Zusammenhang. Hier ein Auszug der Ergebnisse (Korrelation nach Pearson). SHBLD 1919 zu anderen Parteien. SHLP 1921: 0,42; DNVP 1928: 0,25; HuW 1929: 0,52; Einheit 1929: 0,52; CNBLP 1930: 0,44; NSDAP 1929: 0,32; NSDAP 1930: 0,29; NSDAP 1933: 0,56. Die Werte der SHLP 1921 weichen davon deutlich ab, was für eine andere Zusammensetzung der Wählerschaft der Partei spricht. SHBLD 1919: 0,42; DNVP 1928: -0,06; HuW 1929: 0,10; Einh. 1929: 0,26; CNBLP 1930: 0,21; NSDAP 1929: 0,26; NSDAP 1930: -0,03; NSDAP 1933: 0,27.
- 27 Dagegen fallen auf Ebene des Wahlkreises Schleswig-Holsteins die territorialen Kontinuitäten zwischen SHLP 1921 und der NSDAP 1933 von allen Parteien am stärksten aus. Weitere Untersuchungen müssen also folgen, vgl. Omland, „Die Nordmark steht zu Hitler!“, S. 47.
- 28 Wir können über die Zusammensetzung der Arbeiterschaft in den Parteien nur spekulieren. SPD und KPD dürften verstärkt die Arbeiter in Industrie- und Handwerk und weniger die Landarbeiter, die CNBLP Landarbeiter und selbständigen Bauern erreicht haben.
- 29 Die Zahlen schwanken zwischen 347 und 476 Stimmen. (1928: 347; 1929 KrTW: 721; 1930 419; 1932L: 480; Juli 1932: 447; Nov 1932: 476; RTW 1933: nicht angetreten; LTW 1933: 419) Lediglich bei der Kreistagswahl 1929 schnellen sie auf 721 an, was u.a. darin liegt, dass in Harrislee 100 Stimmen mehr als zur RTW 1928 abgegeben wurden.
- 30 Eine Berechnung des Mittelwerts bzw. des Medians aller überlieferten Wahlergebnisse von 1928 bis 1933 ergab nur für elf Gemeinden einen Wert von mindestens 5 % und mehr Stimmen der Wahlberechtigten und zwar für Jarplund (23,0 / 24,0), Harrislee (14,6 / 15,5), Gottrupel (10,1 / 11,1), Tarup (7,6 / 8,7), Handewitt (6,8 / 8,0), Kupfermühle (6,6 / 7,1), Wallsbüll (6,6 / 5,9), Bockholm (5,7 / 5,8), Ulstrup (5,5 / 5,1), Haurup (4,5 / 5,1) und Hüllerup (5,5 / 4,9).
- 31 Vgl. Frank Omland, „Du wählst mi nich Hitler!“, Reichstagswahlen und Volksabstimmungen in Schleswig-Holstein 1933-1938. Hamburg 2006, S. 67, S. 70 (12.11.1933), S. 114 (19.8.1934), S. 182 (10.4.1938).

- 32 Christopher Schwieger, Volksgesetzgebung in Deutschland. Der wissenschaftliche Umgang mit plebiszitärer Gesetzgebung auf Reichs- und Bundesebene in Weimarer Republik, Drittem Reich und Bundesrepublik Deutschland, Berlin 2005, S. 48.
- 33 Vgl. zum Volksentscheid 1931: Hildegard Pleyer, Politische Werbung in der Weimarer Republik. Die Propaganda der maßgeblichen politischen Parteien und Gruppen zu den Volksbegehren und Volksentscheiden, „Fürstenenteignung“ 1926, „Freiheitsgesetz“ 1929 und „Auflösung des Preußischen Landtages“ 1931, Münster 1959, S. 43-51.
- 34 Reichsgesetzesblatt (RGBl), Teil II, Berlin 1919, S. 1396-1397.
- 35 RGBl, Teil 1, Berlin 1921, S. 1505-1529 (Reichsabstimmungsordnung); zuletzt geändert: RGBl, Teil 1, Berlin 1924, S. 173-233; RGBl, Teil 1, Berlin 1926, S. 224f.
- 36 Gesetz über den Volksentscheid (VEG), in: RGBl, Teil 1, Berlin 1921, S. 790-796; vgl. zur Genese Schwieger, Volksgesetzgebung, S. 43-47.
- 37 Vgl. dazu Johannes Rux, Direkte Demokratie in Deutschland. Rechtsgrundlagen und Rechtswirklichkeit der unmittelbaren Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland und ihren Ländern. Baden-Baden 2008, S. 158-181, zu Preußen: S. 174-176.
- 38 §§ 7 und 33 VEG, in: RGBl, Teil 1, 1921, S. 791, S. 795 sowie §§ 8 und 9 VEG i.V.m. der Reichsabstimmungsordnung, § 21 sowie Anlage 6.
- 39 § 21 des VEG, in: RGBl, Teil 1, Berlin 1921, S. 793 und § 42 VEG (Zahl der Stimmberechtigten), S. 796; vgl. Die Zählung zum Volksentscheid, in: Kieler neueste Nachrichten, 18.6.1926.
- 40 Abgedruckt in: Statistik des Deutschen Reichs (StDR), Bd. 332, Berlin 1926, S. 3; ebenso in: Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung (MinBIV), 87 (1926), S. 504.
- 41 „Jetzt drauf und dran!“. In: Schleswig-Holsteinische Volkszeitung (SHVZ), 19.6.1926; „Rechtsstaat oder Raubstaat“. In: Ost-Holsteinisches Tageblatt (OHTB), 12.6.1926.
- 42 Vgl. dazu Frank Omland, „Volk, jetzt entscheide!“ Zum gescheiterten Versuch der entschädigungslosen Enteignung der ehemaligen deutschen Landesfürsten am 20. Juni 1926. In: Demokratische Geschichte 20 (2009), S. 101-125.
- 43 In den Akten des Landesarchivs Schleswig-Holstein finden sich zum Landkreis Flensburg praktisch keine Hinweise. Die Propaganda konzentrierte sich danach auf die Stadt Flensburg (LAS 301/4525; Polizeiverwaltung Flensburg, 27.1.1926 und 13.3.1926 an den Oberpräsidenten). Die entsprechende Akte für den Landkreis ist nicht überliefert worden.
- 44 Vgl. die Karte und die Ausführungen bei Omland, „Volk, jetzt entscheide!“, S. 121-125.
- 45 So sind 20 der SPD-Hochburgen von 1928 auch Hochburgen der Zustimmung zum Fürstenentscheid; beim SV sind es 10 und bei der KPD 12. Der Korrelationskoeffizient nach Pearson für das Wahlpaar 1926 / 1928 fällt für die SPD mit 0,81 (in ihren Hochburgen sogar 0,85) extrem hoch aus. Beim SV liegt er bei 0,50 und bei der KPD bei 0,21; negative Werte weisen DNVP (-0,36) und DVP (-0,37) auf. Alle anderen Parteien zeigen keinen signifikanten Ausschlag nach oben oder unten auf.
- 46 Allein die acht Umlandgemeinden von Flensburg, die zu den Hochburgen gehörten, waren für 43 % aller Ja-Stimmen verantwortlich, dort lebten aber nur 11 % aller Wahlberechtigten! (Kupermühle 78,7 %; Harrislee 55,5 %; Sünderup 49,5 %; Tarup 40,9 %; Jarplund 28,9 %;

- Gotttrupel 25,7 %; Niehuus 25,3 %; Tastrup 13,8 %). Während nur jeder 10. Wahlberechtigte auf der Geest mit Ja stimmte, waren es in den Gutsbezirken jeder vierte, (obwohl in beiden Gebieten jeweils nur jeder fünfte Wahlberechtigte lebte). 11 von 16 Gutsbezirken gehörten zu den Hochburgen der Zustimmung beim Volksentscheid.
- 47 Dirk Hänisch, Zur Soziografie der Volksbegehren und Volksentscheide 1926 und 1929 in der Weimarer Republik. In: Jahrbuch für direkte Demokratie 2013, Baden-Baden 2014, S. 68, S. 74 und S. 76.
- 48 Die Schätzungen der Wählerwanderungen bei Hänisch konstatieren einen Boykott der „Berufslosen“, eine unterdurchschnittliche Mobilisierung der „Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen“ sowie einen Boykott der DNVP und NSDAP-Wählerschaft. Ebd., S. S. 68, S. 76.
- 49 Akten der Reichskanzlei. Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930, Band 2, Boppard am Rhein 1970, im Folgenden: AdR Müller II, 1970, Dokument Nr. 233, Bericht über die Verhandlungen in Madrid und Paris, S. 770; vgl. zur Genese des Young-Plans: Philip Heyde, Das Ende der Reparationen. Deutschland, Frankreich und der Youngplan 1929–1932, Paderborn u. a. 1998, S. 45–49, sowie Doris Pfeleiderer, Deutschland und der Youngplan. Die Rolle der Reichsregierung, Reichsbank und Wirtschaft bei der Entstehung des Youngplans. Stuttgart 2002S. 179–194.
- 50 Pleyer, Politische Werbung in der Weimarer Republik, S. 23; Jung, Direkte Demokratie, S. 110; Döring, „Parlamentarischer Arm der Bewegung“, S. 230.
- 51 Erster Entwurf vom 21. 8. 1929, zweiter Entwurf vom 28. 8. 1929. Abgedruckt bei Holz, Youngplan, Bd. II, S. 608 f.
- 52 Deutscher Reichsanzeiger / Preußischer Staatsanzeiger, Nr. 229, vom 1. 10. 1929, S. 1. – Abgedruckt bei Jung, Direkte Demokratie, S. 139. Zur Begründung des Gesetzentwurfes siehe AdR, Müller II, Nr. 341, Reichsinnenminister, 5. 11. 1929, Anlage 2, S. 1107–1113.
- 53 AdR, Müller II, Nr. 341, S. 1108, Reichsinnenminister, 5. 11. 1933.
- 54 Jung, Direkte Demokratie, S. 115.
- 55 Vgl. dazu LAS 301 / 4557: Gauleitung der NSDAP, Rundschreiben Nr. 21, Altona, 20.8.1929. Betr. Volksbegehren gegen den Youngplan: „Die NSDAP wird auf Anordnung der Reichsleitung den Kampf zum Volksbegehren gegen den Young-Plan nicht in Arbeitsausschüssen oder sonstigen Gebilden führen, sondern mit ihrem eigenen Organisations- und Propaganda-Apparat.“
- 56 Siehe die Akten- und Zeitungszitate bei Leushacke, Volksbegehren (II), S. 144-145 sowie. 153.
- 57 Vgl. dazu Frank Omland, „Inflationsbegehren“ oder „Deutsches Volksbegehren“ Das Plebiszit gegen den Youngplan 1929 als Beispiel für die politische Instrumentalisierung der direkten Demokratie in der Weimarer Republik, in: ZSHG 137 (2012), S. 256f.
- 58 LAS 320.6 Nr. 1327. Landrat an den RP in Schleswig, 31.10.1929.
- 59 Husum 40,4 %; Segeberg 37,3 %; Norderdithmarschen 34,2 %; Oldenburg i.O. 32,8 %; Schleswig 29,8 %; Eckernförde 29,0 %. - Im reichsweiten Vergleich (knapp 1.000 Gebiete) lag der Landkreis im oberen Viertel der Zustimmungsquote.

- 60 Von den 33 Hochburgen lagen 25 in Angeln (54,5 % Zustimmung), 7 auf der Geest (54,1 % Zustimmung) und eine auf der Grenze zu beiden Regionen (44,2 % Zustimmung).
- 61 Landkreis Flensburg 27,8; Gemeinden mit mind. 2.000 Einw. 8,0 %; mit mind. 500 Einw. 19,3 %; mit mind. 200 Einw. 31,5 %; unter 200 Einw. 40,1 %. - Östliches Hügelland / LW + / St:- 38,5 %.
- 62 LAS 320.6 Nr. 1327. Landrat an den Regierungspräsidenten in Schleswig, 31.10.1929.
- 63 Korrelationskoeffizienten laut Pearson, VE 1929 zu den Parteien: NS 1928 (-0,01), NS 1929 (0,30), NS 1930 (0,19), NS 1933 (0,24); DNVP 1928 (0,55), DNVP 1930 (0,35); CNBLP 1930 (0,35); Provinziallandtagswahl 1929: HuW (0,49), SHBL (-0,12), SPD (-0,35), KPD (-0,37); Kreistagswahl 1929: Einheitsliste (0,27), Liste Volkskraft (0,27), SPD (-0,34), SV (-0,14).
- 64 Hänisch, Zur Soziografie der Volksbegehren und Volksentscheide, S. 81.
- 65 Hänisch, Zur Soziografie der Volksbegehren und Volksentscheide, S. 85-86.
- 66 Eigene Berechnungen zum Saldo DNVP 1928/1930, NSDAP 1929/1930, Zustimmung VE 1929, NW 1930 und der Wahlbeteiligung 1930/1928.

Saldo der Ergebnisse der Parteien bzw. der Nichtwähler*Innen				
DNVP 1928/30	NSDAP 1929/30	VE Ja 1929	NW 1930	NW 1930/28
-32,8	13,0	43,4	21,6	2,7
-19,2	13,9	35,6	23,3	7,4
-12,2	12,4	30,8	23,8	9,1
-5,4	8,6	21,0	24,9	10,7

Sortierung nach Saldo der DNVP (Quartile)

Saldo der Ergebnisse der Parteien bzw. der Nichtwähler*Innen				
DNVP 1928/30	NSDAP 1929/30	VE Ja 1929	NW 1930	NW 1930/28
-19,7	28,4	34,8	21,9	11,1
-16,8	11,8	29,0	24,5	7,9
-16,8	6,7	34,2	24,3	4,5
-16,2	1,0	32,7	22,8	6,4

Sortierung nach Saldo der NSDAP 1929/1930 (Quartile)

- 67 Am ehesten lassen sich für Jensen / Ausacker, G.W. Boysen / Wippendorf und P. Johannsen / Sillerup solche ersten Zusammenhänge herstellen. Eine genauere Analyse müsste dazu aber noch erfolgen, um das verifizieren zu können. Vgl. dazu die These bei Leushacke, Volksbegehren und Volksentscheid (II), S. 152.
- 68 Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen, Band 29, Berlin 1933, S. 216-217.
- 69 Ergebnisse in Prozent der Wahlberechtigten von 1930: Kupfermühle (2,1), Harrislee (28,6), Sünderup (28,8), Jarplund (33,2), Maasholm (33,6), Gottrupel (34,6), Niehuus (34,7), Oxbüll (40,3), Handewitt (41,6), Munkbrarup (43,3), Wallsbüll (44,4), Langballigholz (44,7), Tarup (44,7), Rabel (47,0), Wackerballig (47,4), Bredegatt (48,4). Eigene Berechnungen nach: LAS 320.6 / 406.
- 70 In 97 Gemeinden lag die Eintragungsquote bei mindestens 60 %, in weiteren 19 Gemeinden bei mind. 50 %.
- 71 Sitzungsprotokolle des Preußischen Landtags. 3. Wahlperiode, 15. Band, Berlin 1931. 247 Sitzung, 9. Juli 1931, Spalte 21680. Ebd., Spalte 21725-21734 (Abstimmungen).
- 72 Vgl. grundsätzlich Pleyer, Politische Werbung in der Weimarer Republik.
- 73 LAS 384 II (DNVP). Landesverband Klel, 13.7.1931, in Vorbereitung auf ein Treffen in Husum am 16.7.1931.

- 74 Vgl. dazu die Dokumente in LAS 309 / 22753. Darin finden sich auch regelmäßig Verbote von Flugblättern der beteiligten Parteien, darunter auch von Flugblättern der KPD.
- 75 Vgl. Norddeutsche Zeitung, Organ der KPD für die Werk tätigen der Wasserkanäle, 22. Juli 1931: „KPD-Ultimatum an Preußenregierung“. Unterschrieben von der KPD-Fraktion in Preußen sowie von der Fraktion im Staatsrat Preußens.
- 76 Norddeutsche Zeitung, 23. Juli 1931, „Beschluss des Zentralkomitees der KPD“.
- 77 Norddeutsche Zeitung, 25./26. Juli 1931, „Begeisterung für roten Volksentscheid!“
- 78 Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen, Band 29, Berlin 1933, S. 216-217.
- 79 Ergebnisse in Prozent der Wahlberechtigten: Süd-Tondern (67,9), Schleswig (67,8), Husum (66,9), Flensburg (64,5), Segeberg (63,8), Norderdithmarschen (63,4). Die schlechtesten Ergebnisse wiesen die Stadtkreise Wandsbek (31,2), Altona (32,3), Neumünster (34,7) und Flensburg (37,5) und Kiel (41,5) auf.
- 80 18,9 % aller WB in SH lebten hier, aber 25,9 % aller Ja-Stimmen stammten von dort. Dagegen lebten in den fünf Stadtkreisen 41,3 % der WB, aber von dort stammten nur 31,5 % alle Ja-Stimmen in Schleswig-Holstein.
- 81 Von den 33 Hochburgen der Zustimmung 1931 waren 20 beim VE 1929 ebenfalls Hochburgen gewesen. Bei den Parteien waren es: HuW 1929 (15), Einheitsliste 1929 (16), DNVP 1928 (18), DNVP 1930 (16), DNVP LTW 1932 (10), NSDAP 1930 (14), NSDAP LTW 1932 (15); dagegen KPD LTW 1932 (5), SPD (1). - Die Korrelationskoeffizienten lauten VE 1931 zu: VE 1929 (0,70), HuW 1929 (0,49), Ein 1929 (0,31), DNVP 1928/1930/1932 LTW (0,52/0,29/0,22), NSDAP 1930/1932 LTW/1933 (0,36/0,63/0,49), SPD 1930/1932 LTW (-0,61 / -0,57), KPD 1930/1932 LTW (-0,56 / -0,41).
- 82 Ergebnisse in Prozent der Wahlberechtigten: Kupfermühle (2,1), Harrislee (28,6), Sünderup (28,8), Jarplund (33,2), Gotttrupel (34,6), Niehuus (34,7), Handewitt (41,6), Tarup (44,7).
- 83 Im Vergleich der Quartile der Parteien für die Wahlergebnisse von 1928 bis 1932 lässt sich nur für die DNVP immer ein linearer Zusammenhang im Sinne von „je höher das Ergebnis der DNVP, desto höher die Zustimmung zum VE“ konstatieren. In den 33 Parteihochburgen der DNVP, der NSDAP und von CNBLP und DBP lag die Zustimmung bei über 70 %; bei der WP dagegen nur über 50 %, bei DVP und DStP bei knapp 60 %. Die WP ist zudem die einzige bürgerliche Partei für die galt: je höher das Ergebnis für die WP, desto niedriger die Zustimmung für den VE.
- 84 Auch im Vergleich zu den Gebieten, in denen es im März 1931 eine Ortsgruppe gab fiel es ähnlich aus.
- 85 Vgl. Frank Omland, Die Ortsgruppen und Mitglieder der NSDAP in Schleswig-Holstein. Eine statistische Annäherung für die Zeit von 1925 bis 1935. In: ISHZ 60 (im Erscheinen).
- 86 LAS 309 / 22864, Polizeipräsident Flensburg an die Regierung in Schleswig, 27.10.1931. - Vgl. die Tabellen für das nördliche und südliche Angeln in Scharf, Die Landschaft Angeln und der Nationalsozialismus (I), S. 64 und S. 68. - Dem Verfasser sind für März/April/August

1931 insgesamt 25-26 Ortsgruppen und Stützpunkte im Landkreis bekannt und deren Mitgliederzahl schwankt zwischen 766 (August 1931) und 1.064 (November 1931).

87 Vgl. dazu Omland, ISHZ 60 (im Erscheinen). Die Angaben stammen aus den Manuskripten von Rudolf Heberle, die dieser im Institut für Zeitgeschichte, München, hinterlassen hat und die laut dortigen Angaben von den Landeskriminalpolizeistellen stammten. - Die Angaben zu den Ortsgruppen und den Mitgliedern sind je nach Quellenlage widersprüchlich. Vgl. dazu die Tabellen für das nördliche und südliche Angeln bei Scharf, Die Landschaft Angeln und der Nationalsozialismus (I), S. 64 und S. 68. - Dem Verfasser sind nach anderen Quellen für März/April/August 1931 insgesamt 25 bis 26 Ortsgruppen und Stützpunkte im Landkreis bekannt.

88 Vgl. dazu Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP (Hg.), Parteistatistik. Stand: 1.1.1935, Band 1: Parteimitglieder. Berlin 1935, S. 112. (37,6 % traten vor dem 14.9.1930 ein, weitere 30,4 % bis zum 30.1.1933; damit lag Schleswig-Holstein auf Rang 1 aller Parteigäule, ausführlicher dazu: Omland, Die Ortsgruppen und Mitglieder der NSDAP. In: ISHZ 60 (im Erscheinen), Tabelle 1, 2 und Grafik 1.

I.P. Nielsen - „Kindervater“ und „Sønderjysk Folketingsmand“, Teil 1

von KARL-WERNER SCHUNCK

Bei dem nachfolgenden Beitrag handelt es sich um den ersten Teil eines Aufsatzes über den Folketingsabgeordneten I. P. Nielsen, der nach der Volksabstimmung 1920 als erster, in Nordschleswig gewählter Sozialdemokrat in das dänische Parlament gewählt wurde. Grundlage des Aufsatzes ist die im vergangenen Jahr erschienene Biographie „Det røde hjørne. I. P. Nielsen 1873 – 1952“ von Frode Sørensen.¹ Das Buch selbst ist sehr viel breiter angelegt und behandelt darüber hinaus auch die Geschichte der Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie von Nordschleswig mit dem Schwerpunkt Sonderburg. Es ist insoweit zugleich eine Fortsetzung von Sørensesns 2008 erschienenem Buch „Revolutionen og Magten. Sønderborg arbejderens historie 1872-1922“.² Mehrere Kapitel beschäftigen sich darin u.a. mit der Abwehr nationalsozialistischer Bestrebungen, mit dem Eintreten für das demokratische „folkestyre“, für den Erhalt der 1920 durch demokratische Volksabstimmung geschaffenen und der erneut in Frage gestellten Grenze sowie mit dem sozialdemokratischen Grenzschnuggel ab 1933. Ausgehend von diesen beiden Werken beschreibt der Eckernförder Verwaltungsjurist Karl-Werner Schunck im ersten Teil seines Aufsatzes die Jugendjahre I.P. Nielsens, seine Entwicklung zu einem überzeugten Sozialdemokraten und Sozialpolitiker und seine durch die Volksabstimmung herbeigerührte „Wiedervereinigung“ Nordschleswigs mit Dänemark erfolgte Wahl in das Folketing im Jahr 1920.

Die Redaktion

Kindheit und Jugend

Fast ein Vierteljahrhundert, von 1920 bis 1943, vertrat Jens Peter (I.P.) Nielsen seinen nordschleswigschen Wahlkreis im dänischen Folketing. Seit 1922 hatte er in Dynt Strand bei Broager, heute Teil der Kommune Sonderburg, seinen Wohnsitz und Lebensmittelpunkt. Zuvor hatte der gelernte Bäcker den größeren Teil seines Lebens in Kopenhagen gelebt. Geboren 1873 auf Seeland in der winzigen Landgemeinde Tybjerglille verbrachte I.P. Nielsen dort in ländlichen und sozial

beengten Verhältnissen eine trotz allem glückliche Kindheit, ermöglicht durch liebevolle Eltern. Die von diesen bewirtschaftete Häuslerstelle mit einer Größe von ca. 5,5 Hektar, wenig fruchtbarem Land, zwei Kühen, ein bis zwei Schweinen und ein paar Dutzend Hühnern reichte knapp zum Leben. Handwerkliches Geschick ermöglichte einen geringen Zuverdienst. Für den Bauernhof, dem die Stelle zugeordnet war, waren noch unentgeltlich Pflichtdienste abzuleisten. Es waren vorindustrielle ländliche Verhältnisse, wie wir sie auch aus Schleswig-Holstein bis ins frühe 20. Jahrhundert hinein kennen.

Die Grundtvigsche Mission hatte das Land erreicht und stark geprägt mit der Betonung des „allgemein Menschlichen“, wie I.P. Nielsen in späteren Lebenserinnerungen anmerkt.³ Das habe sich etwa darin gezeigt, dass man „nicht wünschte, dass Menschen außerhalb der eigenen Tür Not litten, auch wenn man selbst nur wenig hatte“, ein bleibendes Grundmotiv von Mitmenschlichkeit und Solidarität in I.P. Niensens Lebenswerk. Formale Schulbildung wurde kaum geboten. Schulunterricht gab es im Winter an drei Tagen, im Sommer an einem Tag in der Woche. Das Leben selbst war der Lehrmeister. Bildung war, was man sich selbst aneignete oder später durch die Arbeiterbewegung und ihre Einrichtungen erwerben oder als Wandergeselle auf der Walz erfahren konnte. I.P. Niensens Lebensweg ist insoweit nicht untypisch für viele später durchaus prominente Vertreter aus der Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung seiner Generation, in Dänemark wie auch in Deutschland.

I.P. Niensens unbeschwerte Kindheit im Elternhaus endete abrupt, durchaus zeittypisch, mit dem vierzehnten Lebensjahr und der Konfirmation. Als Dienstjunge wurde er bei einem Bauern verdingt für einen Jahreslohn von sage und schreibe 50 Kronen. Ein damals ganz normaler Lohn. Ein erwachsener Landarbeiter („Knecht“ nach damaligem deutschem Sprachgebrauch) galt als gut entlohnt, wenn er 200 Kronen im Jahr verdiente. Immerhin scheint er gut behandelt worden zu sein. Im zweiten Jahr erhielt I.P. dann 65 Kronen.

Nach Ablauf des zweiten Jahres musste I.P. in sein Elternhaus zurückkehren. Es hatte in der Bauernfamilie Veränderungen gegeben. Man benötigte einen erwachsenen Landarbeiter; I.P. war überflüssig geworden und ohne Perspektive. Er half zu Hause aus und nahm Gelegenheitsjobs an. Die dann folgende Weichenstellung war einem Zufall zu verdanken. I.P.s Vater erhielt Besuch von einem alten Kriegskameraden. Beide hatten den Krieg von 1864 bis zum bitteren Ende gemeinsam durchgestanden. Nun sollte der Kriegskamerad eine Stelle als Bäcker in einem nahegelegenen Herrenhaus antreten. Er brauchte einen Gehilfen, und I.P. bot sich an. I.P. blieb bei ihm zweieinhalb Jahre, zunächst als Gehilfe, später als Lehrling, um dann nach Slagelse/Seeland zu gehen und dort seine Ausbildung zu beenden. Die Zustände im Bäckergewerbe um das Jahr 1890 hat I.P. Nielsen in seinen Erinnerungen wie folgt beschrieben: „Das



Abb. 1 I.P. Nielsen als Redner einer Kundgebung in Sonderburg während der 1930er Jahre

Los der Lehrjungen war erbärmlich. Ganz besonders im Bäckergewerbe. Die Arbeitszeit war unbegrenzt, und der Lohn betrug zwei Kronen in der Woche. Die Kost war dürftig, und als Logie diente in der Regel ein großer Raum mit Bettgestellen aus ein paar zusammengeklopften Kistenbrettern. Das Bettzeug bestand aus zusammengenähten Mehlsäcken auf Stroh. Der Mannschaftsraum war Tag und Nacht zugänglich, und da Slagelse auf dem Weg für den großen Treck reisender Handwerksgesellen nach Kopenhagen lag, gab es ständig Gäste. ... Gesund und hygienisch waren diese Zustände sicher nicht. Sie führten zu allerhand Schmutz und Unrat. Trinkerei und Volltrunkenheit waren eine ständig wiederkehrende Angelegenheit. Ungeziefer und Krätze wurden ständig eingeschleppt und auf uns, die ständigen Bewohner, übertragen.

1893 und 1895 – Als Wandergeselle auf der Walz

Nichts hielt I.P. an diesem Ort nach Ende der Lehrzeit. Im Frühjahr 1893 machte er sich auf den Weg zu seiner ersten Walz. Sie führte ihn über Fünen, Kolding und Vamdrup nach Flensburg, den Ort, den sein Vater als Soldat 1864 nach dem Rückzug vom Danewerk passiert hatte und der nun zur preußischen Provinz Schleswig-Holstein gehörte. Im darauffolgenden Frühjahr 1894 kehrte er nach Dänemark zurück, nun nach Kopenhagen. Die Wahl war nicht zufällig. Einige Jahre zuvor hatte er die Nichte seines ersten Lehrherren kennen und lieben gelernt. Anna Margarethe Olsen war die Tochter eines Tischlers und Umzugsmanns in Kopenhagen. Die enge Bindung, aus der fünf Kinder hervorgingen, hielt ein Leben lang. Geheiratet wurde im Mai 1898 nach einer längeren Verlobungszeit. Mitte der 1890er Jahre war in Kopenhagen die Arbeitslosigkeit beträchtlich und Arbeitslosenunterstützung ein unbekannter Begriff. Auch im Bäckergewerbe war es schwer, Beschäftigung zu finden; meist, keineswegs immer, gelang dies I.P. nur von einem Tag auf den anderen (im Bäckerhandwerk überwiegend nachts). I.P. suchte andere Möglichkeiten, dazu zu verdienen. So ging er in den frühen Morgenstunden zum Kopenhagener Gemüsegroßmarkt und half dort Händlern beim Transport der Ware in ihre Geschäfte für ein Entgelt von 25 oder gelegentlich auch 50 Øre. I.P. musste mit einem Wochenverdienst von in der Regel nicht mehr als drei bis vier Kronen zurechtkommen. Allein für eine bescheidene Schlafstelle beliefen sich die Kosten auf wöchentlich 1 Krone 75 Øre. Nicht immer konnte I.P. sich das leisten. Es gab Nächte, in denen er draußen auf dem Nørre Fælled übernachten musste, einem weitgehend naturbelassenen bzw. verwilderten Gelände am damaligen nordwestlichen Rand Nørrebro, das der dänischen Infanterie als Exerzier- und Übungsgelände diente. I.P. Nielsen hat die Verhältnisse in seinen Erinnerungen wie folgt beschrieben: „Im Frühjahr 1894 kam ich zurück nach Dänemark und Kopenhagen. Die Verhältnisse für die kleinen Leute (småfolk) waren zu diesem Zeitpunkt sehr schlecht, ja, mit heutigen Augen gesehen erbärmlich. Kopenhagen hatte ein richtiges Lumpenproletariat, das sich mit Bettelei durchschlug, nachts draußen schlief auf dem Fælled oder in den Parks der Stadt. ... Ab und zu, wenn irgendetwas vorgefallen war, eine Schlägerei oder ein Überfall, unternahm die Polizei eine Razzia, und die, die ins Netz geraten waren, transportierte sie zum Ladegården (zum Kopenhagener Arbeitshaus). Hier wurden sie in Zwangsarbeit gesetzt, mit einem Besen versehen und jeden Morgen der Fegekompanie zugeteilt, um unter der Führung eines Arbeitshausbediensteten in der Stadt herumgeführt zu werden, um Straßen und öffentliche Plätze zu fegen und zu reinigen. Die Arbeitslosigkeit war groß zu diesem Zeitpunkt und Arbeitslosenunterstützung ein unbekannter Begriff. Man musste klarkommen, wie es eben ging. Ich habe etwas Ähnli-



Abb. 2 Der junge I.P. Nielsen als Bäckerlehrling

ches nur unter den Seine-Brücken in Paris gesehen; aber Paris ließ diese armen Menschen, die längst ausgestoßen waren, in Frieden. Bei uns wurde Jagd auf diese Stiefkinder der Gesellschaft gemacht, als ob sie eine Herde wilder Tiere wären. In diesem Milieu verbrachte ich eine Reihe von Nächten. Ich gebrauchte meine Beine wie ein Reh, wenn von den verschiedenen ausgestellten Wachtposten Alarm geschlagen wurde. ‚Es blitzt‘, hieß es. Das war das Signal, dass die ‚Panzer‘ im Anmarsch waren. ... War es verwunderlich, dass wir jungen revolutionär wurden und bereit, die alte Gesellschaft umzustürzen?“

Der Drang, aus dem Elend herauszukommen und Neues zu erfahren, war groß. Im Frühjahr 1895 machte sich I.P. Nielsen erneut auf den Weg. Es ging wieder nach Flensburg und weiter nach Hamburg. Das holsteinische Elmshorn wurde zum wichtigen Zwischenstopp. Seine Wissensbegier und auch seine anscheinend fortdauernden kirchlichen Bindungen brachten ihn in Elmshorn in Kontakt zu einem Pastor, der ihm wesentliche Grundlagen der deutschen Sprache vermittelte. Andererseits schaffte er es in Elmshorn auch, in polizeilichen Gewahrsam zu geraten. Am 1. Mai hatte er an einer Mai-Demonstration teilgenommen. Als die Polizei diese auflöste, probte er seine neuen Deutschkenntnisse und rief:

„Die verfluchte Bande“. So landete er im Gefängnis, aus dem sein Meister ihn durch Zahlung einer Geldbuße von fünf Mark befreite.

Von Hamburg führte ihn seine weitere Reise über Münster nach Amsterdam. Hier wurde I.P. wegen seiner Teilnahme an einem Bäckerstreik erneut verhaftet. Da die holländische Polizei vor allem gegen ausländische Streikende hart vorging, bedurfte es dieses Mal des Einsatzes des dänischen Generalkonsuls, um ihn aus dem Gefängnis zu befreien. Seine nächste Station war Rotterdam. Hier kaufte er ein Billett für ein Rheinschiff, das ihn in die Schweiz brachte. Für jeweils kürzere Zeit fand er Arbeit in Basel, Zürich und Bern. Die weitere Reise, die ihn allmählich zurück in die dänische Heimat bringen sollte, verhalf ihm schließlich zu einem längeren Aufenthalt in Berlin, der für ihn große Bedeutung haben sollte. Er nahm am Unterricht in einer Arbeiterschule teil, offensichtlich eine Bildungseinrichtung der SPD. Vorträge über August Bebel, Eduard Bernstein und Karl Kautzky sog er förmlich in sich hinein. Gegen Ende des Jahres 1895 war er zurück in Kopenhagen, wieder vereint mit seiner Verlobten Anna.

1895 – 1920 in Kopenhagen: aktiv in Sozialdemokratie und Gewerkschaften

Seinen Lebensunterhalt verdiente I.P. Nielsen auch in Kopenhagen als Bäcker- geselle, unterbrochen 1898/99, als er, frisch verheiratet, gemeinsam mit Anna einen kleinen Bäckerladen in der Rømersgade eröffnet hatte. Der Versuch, eine eigenständige Lebensgrundlage zu schaffen, war jedoch zum Scheitern verurteilt. Die große Aussperrung 1899 brachte viele Arbeiter in eine existentielle Notlage. Auch I.P. und Anna blieben von den Folgen nicht verschont, für I.P. wohl eher ein Ansporn, sich verstärkt politisch und gewerkschaftlich zu engagieren. Schon in jungen Jahren war I.P. mit Politik in Berührung gekommen. Sein Vater war ein „Venstre“-Mann. Innerhalb der zersplitterten liberalen Partei gab es auch eine radikale linke Strömung.⁴ Die Erfahrungen seiner ersten Witz und die Eindrücke in Kopenhagen nach seiner Rückkehr 1894 verstärkten seinen Drang, sich fortzubilden und politisch zu engagieren. I.P., schreibt hierzu: „Es gab zu dieser Zeit einen revolutionären Club, „Den ny Arbejderskole“ genannt, gestiftet von den ausgeschlossenen Mitgliedern der Sozialdemokratie. Jeder, der ein wenig von der Geschichte der Sozialdemokratie kennt, hat auch Bekanntschaft mit den Namen Gerson Trier und Nicolaj Petersen gemacht. Beide hatten sich längere Zeit in England und Frankreich aufgehalten. Beide waren mit Friedrich Engels bekannt und befreundet. ... Die Ausgeschlossenen gründeten ihre eigene Partei und gaben das Blatt „Socialisten“ heraus und gründeten später „Den ny Arbejderskole“.⁵

Ganz sicher hat die Arbeiterbildung I.P. Niensens Persönlichkeit stark geprägt. Aber hat sie aus ihm, dem jungen Arbeiter, auch einen im marxistischen Sin-

ne revolutionären Sozialisten gemacht? In seinen Erinnerungen schreibt er hierzu: „Mit dem sozialen Hintergrund, mit dem ich so gründlich Bekanntschaft gemacht hatte, formte sich in mir die Theorie, wie Karl Marx sie geformt hatte, als Wahrheit, nämlich, dass Elend nicht einzig und allein Elend war, sondern ein wirklich revolutionärer Faktor. Die so genannte sozialistische Verelendungstheorie prägte in hohem Maße den ersten Teil meiner politischen Auffassung.“ Die Antwort scheint eindeutig zu sein. Allerdings fügt I.P. gleich relativierend hinzu: „Später lernte ich zu verstehen, dass das Lumpenproletariat der aller unmöglichste Faktor ist, eine Umwälzung der Gesellschaft zu bewirken. Diese würde unweigerlich zur Diktatur eines Einzelnen führen; denn die vielen aus der Tiefe wären ungeeignet, an der Steuerung der Gesellschaft teilzunehmen.“ Aus diesen Zeilen spricht eine (spätere) tiefe Skepsis gegenüber einem großen Teil des Proletariats, wenn es verelendet und – das wird man hinzufügen müssen – ungebildet bleibt. Und es ist das Fazit aus einem langen Leben als Politiker und sozialer Akteur mit der Erfahrung der Spaltung und damit Schwächung der Arbeiterbewegung, mit leninistisch-stalinistischer Diktatur in der Sowjetunion, versuchter kominterngesteuerter Einflussnahme und vor dem Hintergrund des späteren Kalten Krieges. Aber das sind spätere Erfahrungen und Einsichten. Dass der spätere I.P. Nielsen ein glühender Verteidiger des parlamentarisch-demokratischen Systems, in Dänemark treffend als „folkestyre“ bezeichnet, war, daran kann kein Zweifel sein. Aber in den Jahrzehnten davor, bis in die Zeit des Ersten Weltkriegs überwog seine Skepsis, im Parlament durch Reformen wesentliche Veränderungen herbeiführen zu können. Seit Mitte der 90er Jahre nahm I.P. an den Diskussionen im Karl Marx-Klub teil, in dem Gerson Trier und Nicolaj Petersen eine wichtige Rolle spielten. Von 1905 bis 1918 war I.P. Redakteur der vom Karl Marx-Klub herausgegebenen Monatszeitschrift *Socialisten*, zusammen u.a. mit dem späteren Sozial- und Justizminister K.K. Steincke und Viggo Christensen, dem späteren Oberbürgermeister von Kopenhagen. Den Ausbruch des Ersten Weltkriegs betrachtete I.P. Nielsen als „Weltverbrechen der Kapitalisten“. Dass die Arbeiterbewegung, ihre jeweiligen Parteien und Organisationen in den Augusttagen 1914 ihren Internationalismus verleugneten, war für ihn die Frucht sozialdemokratischer Reformpolitik. In einem Artikel im Februar 1915 forderte er, dass die Arbeiterbewegung nicht nur international, sondern antinational sein müsse, befreit von der Vaterlands- und Nationalgefühlsduselei. Der Arbeiter werde durch den Krieg lediglich das Grab an der Front, ein Holzbein oder vielleicht einen Leierkasten bekommen. Inwieweit I.P. Nielsen die komplexe marxistische Theorie inklusive der sozialistischen Verelendungstheorie (mit ihren unterschiedlichen Varianten) verinnerlicht hatte, mag dahinstehen. Einiges könnte dafürsprechen, dass das, was ihn zuerst bewegte, schlicht und einfach Empörung war über als zutiefst ungerecht

empfundene Zustände, aus schlicht menschlichen, humanitär-ethisch fundierten Motiven verbunden mit dem Drang, die Dinge hier und heute zu verbessern und Abhilfe zu schaffen. Ausbeutung und Verelendung zu verhindern oder zumindest abzumildern, Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern, war Aufgabe der Gewerkschaften. Schon während seiner Walz 1894 hatte I.P. Nielsen sich an den verschiedenen Orten, vor allem in Deutschland, stets in den jeweiligen Vereinigungen von Gewerkschaft und Partei (SPD) engagiert. Er verfügte so über eine Reihe persönlicher Kontakte zu deutschen Sozialdemokraten und über gute deutsche Sprachkenntnisse.

1892 war die dänische Bäckergewerkschaft, Bagernes Forbund, gegründet worden. Nach seiner Rückkehr von der Walz wurde er dort ein aktives Mitglied und gewann rasch das Vertrauen seiner Kollegen. 1913 wurde er in den Hauptvorstand seiner Gewerkschaft gewählt. Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses des gewerkschaftlichen Dachverbandes (de samvirkende Fagforbund (DsF)), war er bereits seit 1910 (bis 1923). Von 1920 bis 1926 war er zudem Hauptkassenwart seiner Bäckergewerkschaft.

I.P. Niensens Kenntnisse insbesondere der deutschen Verhältnisse führten dazu, dass er als offizieller Vertreter der dänischen Sozialdemokratie nach Kriegsende zu einer wichtigen Konferenz, geschickt wurde, die 1919 in Bern auf Initiative und unter dem Vorsitz des legendären Vorsitzenden der schwedischen Sozialdemokratie und späterem Ministerpräsidenten Hjalmar Branting stattfand, zusammen mit Frederik Borgbjerg und Nina Bang, die später der Regierung Stauning angehören sollten, Nina Bang als erste Frau als Ministerin. Nachdem 1914 bei Kriegsausbruch die 2. Internationale auseinandergefallen war, ging es nun um die Wiederbelebung einer Sozialistischen Internationale, um die Friedensbedingungen und um grundsätzliche Fragen der Nachkriegsordnung und die aus der Spaltung der Arbeiterbewegung resultierende Problematik.

Verhandlungen am Rande der Konferenz führten zu einer gemeinsamen offiziellen Erklärung der dänischen und der deutschen Delegation (letztere aus Vertretern von MSPD und USPD) zur künftigen deutsch-dänischen Grenze, mit folgendem Wortlaut: „Die dänischen und die deutschen Delegierten erklären übereinstimmend, dass die dänisch-deutsche Grenze nicht nach dem Gewaltprinzip gelöst werden sollte, sondern nach dem Recht der Selbstbestimmung der Bevölkerung, die von der Änderung betroffen ist, also durch Volksabstimmung.“ Faktisch schlug man vor, was dann das endgültige Resultat werden sollte: Nordschleswig sollte en bloc abstimmen, und Flensburg und einige Dutzend Gemeinden unmittelbar südlich von Nordschleswig sollten eine gesonderte Abstimmung haben. Das entsprach den von H.P. Hanssen, dem langjährigen Vertreter des dänischen Bevölkerungsteils im Deutschen Reichstag und im Preußischen Landtag, entwickelten und dann als offizielle dänische Politik durchgesetzten



Abb. 3 Hochzeitsfoto von I.P. Nielsen und Anna Margrethe Olsen (1898)

Vorstellungen. Nicht einverstanden war I.P. Nielsen damit, dass dies dann als Regelung in den Versailler Vertrag aufgenommen wurde. Er hätte eine bilaterale vertragliche Regelung des neutralen Dänemarks mit Deutschland vorgezogen. Gegen den Versailler Vertrag hatte er stets Vorbehalte, weil dieser nicht seinen Vorstellungen von einem Verständigungsfrieden entsprach.

Der Kindervater – Dänische Hilfe für deutsche Kinder

Durch den 1. Weltkrieg verursachte Versorgungsengpässe und die Hungersnot des „Steckrübenwinters“ 1916/17 sind in Deutschland in kollektiver Erinnerung geblieben. In der Arbeiterbewegung des neutralen Dänemarks war die Entwicklung im kriegführenden Nachbarland mit zunehmender Sorge beobachtet worden, nicht zuletzt vom geschäftsführenden Ausschuss der gewerkschaftlichen Dachorganisation DsF. I.P. Nielsen hatte sich durch Reisen nach Deutschland selbst einen eigenen Eindruck verschafft: Es waren die Kinder, deren Not am

größten war. Oder mit seinen Worten: „Wer auch immer Schuld hat, darüber mögen die Großen sich streiten. Die Kinder haben auf jeden Fall keine Schuld. Und deshalb müssen wir ihnen helfen.“

Für Sammelaktionen fand er aktive Mitstreiter in der sozialdemokratischen Presse. Schon 1917, ein Jahr vor Kriegsende, konnten die ersten deutschen Kinder zu einem dringend benötigten Erholungsaufenthalt nach Dänemark kommen. Sicher war die Initiative von der Arbeiterbewegung mit ihren engen Verbindungen zu ihren deutschen Kollegen und Genossen/innen ausgegangen. I.P. Nielsen scheute sich nicht, auch prominente humanitär aufgeschlossene Persönlichkeiten, jenseits des politischen und sozialen Grabens, anzusprechen und an führender Stelle in die Arbeit einzubinden. Eine wichtige Rolle spielte der Departementschef (Staatssekretär) im Justizministerium und spätere Nationalbankdirektor Frederik Schröder. Ansprech- und Kooperationspartner auf deutscher Seite war die Deutsche Wohlfahrtsstelle, in der der deutsche Gesandte in Kopenhagen Graf Ulrich von Brockdorff-Rantzau als Schirmherr eine maßgebliche Rolle spielte. Von Brockdorff-Rantzau war in mancher Hinsicht ein eher untypischer Vertreter der einflussreichsten schleswig-holsteinischen Adelsgeschlechter. Mit der Novemberrevolution 1918 stellte er sich in den Dienst der neuen demokratischen Republik. Er wurde Leiter der deutschen Verhandlungskommission in Versailles und erster Außenminister der Weimarer Republik im Kabinett von Philipp Scheidemann.⁶

Die Deutsche Wohlfahrtsstelle wurde ebenfalls von teilweise prominenten Persönlichkeiten unterstützt. I.P. Nielsen nennt ausdrücklich den SPD-Vorsitzenden Otto Wels, Marie Juchacz (Gründerin der Arbeiterwohlfahrt), Louise Kautzky und andere. Sie ging einige Zeit später (1920) durch Fusion im Deutschen Roten Kreuz (DRK) auf und bildete dort unter der Bezeichnung Dänische Hilfe für deutsche Kinder eine eigene Abteilung. Die Deutsche Wohlfahrtsstelle bzw. DRK-Abteilung unterhielt in Kopenhagen und in Berlin ein eigenes Büro mit jeweils bis zu acht festen, wohl überwiegend deutschen Mitarbeitern. I.P. Nielsen hat in einem späteren Rückblick ausdrücklich der im Kopenhagener Büro tätigen „hochgeschätzten“ Baroness Frede von Schacky für die gute Zusammenarbeit und ihren unermüdlichen Einsatz gedankt.⁷ Das Kontor in Berlin sorgte dafür, dass vor allem Kinder aus am stärksten vom Mangel betroffenen Regionen, z.B. Sachsen, die Möglichkeit für einen Erholungsaufenthalt erhielten und Begleitpersonen die Kinder beim Sammeltransport mit Zug und/oder Schiff nach Dänemark betreuten. Von 1917 bis 1924 konnten insgesamt 34.557 deutsche Kinder zu einem drei- bis sechsmonatigem Erholungsaufenthalt nach Dänemark kommen. Schon im ersten Jahr waren es 936 Kinder, im schwierigen letzten Kriegs- und Revolutionsjahr 1918 „nur“ 398, und in den Folgejahren 3.547 (1919) bis schließlich 8.354 (1923, im Jahr der Hyperinflation) und 7.142 (1924).

In den ersten Jahren wurde ein größerer Teil der Kinder in Gemeinschaftsunterkünften oder Heimen untergebracht und versorgt. Von 1920 an gelang es, dass die Mehrzahl von privaten Gastfamilien aufgenommen wurden, überwiegend Arbeiterfamilien in ganz Dänemark, nicht zuletzt in Kopenhagen. Zumeist gab es in den Familien Kinder etwa im gleichen Alter. Es entwickelten sich oft lange anhaltende Freundschaften. Für die Kinder wurden Ausflüge organisiert, z.B. zu einem gemeinschaftlichen Frühstück im Gebäude des Folketing, dem Zentrum der dänischen Demokratie, und anschließendem Besuch im Tivoli mit der großen Rutschbahn als Höhepunkt.

Die Hilfe galt aber nicht nur Kindern, die nach Dänemark kamen. Anfang 1921 wurde in Berlin-Neukölln die erste Kakaostube eröffnet. Etwa 300 Kinder wurden dort täglich bewirtet. 1922 folgten zwei weitere solche Stuben in Berliner Arbeitervierteln und weitere in Leipzig, Dresden und Chemnitz. Geöffnet waren sie jeweils im Winterhalbjahr, wenn ein nahrhaftes heißes Getränk für die unterernährten Kinder eine wirkliche Hilfe war. Man unternahm weitere Aktivitäten in Berlin. Kinder, die in Dänemark gewesen waren, wurden in den großen Vergnügungspark Neue Welt (Berlin-Neukölln) eingeladen. Zu Weihnachten kam der dänische Julemand und verteilte Geschenke. Im nächsten Jahr änderte man die Praxis. Nun wurden gezielt Kinder eingeladen, die nicht oder noch nicht in Dänemark waren.

Am 29. Mai 1923 wurde der Schluss der Wintersaison in den großen Hallen des ULAP-Parks (Universum Landes-Ausstellungs-Park in Berlin-Moabit) in Anwesenheit von Reichstagspräsident Paul Löbe (SPD) feierlich begangen. In seiner Ansprache nach der Bewirtung der 3.000 Kinder mit Kakao und Schlagahnetorte führte I.P. Nielsen u.a. aus: „Eine Hilfe von Volk zu Volk ist die beste Art und Weise, Verständnis zwischen den Bevölkerungen zu schaffen.“ 1924 endete die dänische Hilfe für deutsche Kinder. Mit dem Ende der Hyperinflation hatten sich die Verhältnisse in Deutschland rasch konsolidiert. Es begann das Zwischenhoch der Weimarer Republik in der zweiten Hälfte der 20er Jahre. Die Weihnachtsfeier 1924 sollte der Abschluss sein. Von dänischer Seite hatte man eine Kleidergabe für 1.000 Kinder vorbereitet. Der Intendant des Deutschen Staatstheaters hatte das Kroll-Opernhaus im Zentrum Berlins zur Verfügung gestellt. Gebannt folgten die Kinder dort der Pfitzner-Oper Christ Elfein. Als I.P. Nielsen auf der Bühne auftauchte, brandete Beifall auf. Er schloss seine Ansprache mit den eingangs zitierten Worten: „Wer auch immer Schuld hat, darüber mögen die Großen sich streiten.“ Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes dankte im Namen von „Deutschlands Kleinsten“.

Und kein Ende der humanitären Arbeit

Bereits Anfang 1921 hatte I.P. Nielsen gemeinsam mit Frederik Schrøder die Gründung eines Komitees für die Hilfe für die vom Krieg zerstörten Länder initiiert. Auch dieses Komitee hatte vor allem die Aufgabe, den vielen notleidenden Kindern zu helfen. Das betraf vor allem Belgien und das nördliche Frankreich, ferner Österreich und die Tschechoslowakische Republik. Diese zunächst von den Gewerkschaften geleistete Arbeit wurde mit dem „Gemeinsamen Komitee“ auf eine breitere Basis gestellt. Und auch hier ging es vornehmlich um einen jeweils dreimonatigen Erholungsaufenthalt bei dänischen Gasteltern.

Neben dieser internationalen Arbeit wandte I.P. Nielsen sich verstärkt der Notlage insbesondere auch der Kinder in Sønderjylland zu. Die Arbeitslosigkeit hier war erheblich. Hart kritisierte I.P. Nielsen die Kürzungen von Sozialleistungen, nicht zuletzt durch die seit Ende 1926 amtierende Regierung Madsen-Mygdal. 1924 traf er sich mit Repräsentanten von Gewerkschaften und Sozialdemokratie in Tingleff, um Sammelaktionen zu initiieren. Parallel hierzu wandte er sich an wohlhabende Personen, insbesondere in Kopenhagen, die ein besonderes Interesse an der Region hatten. 1926 gelang es, H.P. Hanssen, Bischof Valdemar Amundssen (Hadersleben) und Lehnsgraf Otto Didrik Schack (Schackenburg/Mögeltøndern), den Amtmann des Kreises Tøndern, fest in die Arbeit einzubinden. Ein wichtiger Teil der Arbeit war von Anfang an die Kleidersammlung und -verteilung, für die Johanne Reventlow gewonnen wurde. Frede Nielsen ab 1931 in Sønderburg Chefredakteur des sozialdemokratischen Sønderjyden, sollte später eine wichtige Rolle spielen. Weitere Namen ließen sich hinzufügen. In Kopenhagen waren es neben Frederik Schrøder (nunmehr Nationalbankdirektor) u.a. Küsteninspekteur (Klitinspektør) Vilhelm Pinholt und die Mitglieder des Folketing Johannes Pintzer (Kons.) und Johannes Kyed (Venstre), sowie Etatsråd H. N. Andersen von der traditionsreichen Østasiatisk Kompagni. Das Projekt startete hier als Kameradschaftliche Hilfe für Arbeiter in Sønderjylland. Die Organisation der praktischen Arbeit oblag zu einem großen Teil einem eigens gegründeten „Damen-Komitee“ unter Vorsitz der sozialliberalen Politikerin Ingeborg Refslund Thomsen, Mitglied des Landstings (i.e. des früheren Oberhauses im Rigsdag). Zudem gelang es I.P., Sybille Bruun (geb. Reventlow), Hofdame der Kronprinzessin und späteren Königin Ingrid, für diese Arbeit zu gewinnen. 1927 erhielt die Arbeit mit Gründung des Sønderjysk Hjælpefond eine formale Struktur, I.P. Nielsen wurde Vorsitzender, H.P. Hanssen Kassenwart, Graf Schack sollte sich vor allem der Westküstenregion annehmen. Zugleich wurde die konkrete Arbeit durch die Bildung zahlreicher Gemeindeausschüsse (Sogneudvalg) stark dezentralisiert. Die jährlich in der Vorweihnachtszeit wiederkehrende Kleiderverteilung im Folkehjem in Apenrade wurde zu einem

großen, auch gesellschaftlichen Ereignis. Zur Verteilung an Bedürftige kamen gespendete oder eigens hierfür gefertigte, geschneiderte oder gestrickte Kleidungsstücke. Von 1937 an nahm Kronprinzessin Ingrid häufig an diesem Ereignis teil. Auf Bitten I.P. Niensens hatte sie die Schirmherrschaft für den Sønderjysk Hjælpefond übernommen, eine Aufgabe, die sie mit großem Engagement bis zu ihrem Tod im Jahr 2.000 wahrnahm.

Ein besonderes Anliegen war es, Kindern aus beengten Verhältnissen in Sønderjylland Erholung und sinnvolle Freizeitgestaltung zu ermöglichen. Im April 1924 gründete I.P. Nielsen das Ferienkinder-Komitee, mit H.P. Hanssen und Emanuel Svendsen, Vorsitzender der Kopenhagener Stadtvertretung, als wichtigen Mitgliedern. Es ging darum, Kindern einen mehrtägigen Aufenthalt in Kopenhagen zu ermöglichen und so ihren Horizont zu erweitern. Zudem sollten enge Bande geknüpft werden zwischen Sønderjylland, das erst wenige Jahre zuvor mit Dänemark wiedervereinigt worden war, und der dänischen Hauptstadt. Anlässlich des 25jährigen Jubiläums 1949 konnte I.P. mitteilen, dass insgesamt 18.000 Kindern ein Aufenthalt in Kopenhagen ermöglicht wurde. Dies war umso wichtiger, als es der nach 1933 nazifizierten deutschen Minderheit gelungen war, viele nordschleswigsche Kinder in attraktive deutsche Feriengebiete zu entsenden – 1.100 Kinder allein 1937 –, in den Harz, das Riesengebirge und die Sächsische Schweiz etc.

Schloss Gravenstein: ein Tauziehen endet in wechselseitigem Respekt, Freundschaft und intensiver Zusammenarbeit

Am Anfang stand eine heftige Kontroverse um die künftige Nutzung von Schloss Gravenstein, das 1920 dänisches Staatseigentum geworden war. I.P. Nielsen protestierte heftig und mit drastischen Worten, als im Januar 1936 bekannt wurde, dass das Schloss dem neu vermählten Kronprinzenpaar übertragen werden sollte. Er meinte, das Schloss eigne sich perfekt als Heim für Kinder. Vergebens: I.P. hatte mit der Situation umzugehen, die er nicht ändern konnte. Als im August 1936 das Kronprinzenpaar Repräsentanten der Bevölkerung Sønderjyllands zum Empfang einlud, nahm auch I.P. trotz aller Vorbehalte daran teil. Tatsächlich war er beeindruckt von der Art und Weise, wie sehr es dem Kronprinzenpaar Frederik und Ingrid gelang, die Menschen in Sønderjylland für sich zu gewinnen. I.P. fasste sich ein Herz und bat Kronprinzessin Ingrid um ihre Teilnahme an der jährlichen Kleiderverteilung. Daraus entwickelte sich eine intensive Zusammenarbeit bei humanitären Vorhaben und ein freundschaftliches Verhältnis. I.P.'s Haus in Dynt Strand und das Gravensteiner Schloss liegen nur wenige Kilometer auseinander. Kronprinzessin Ingrid und auch Frederik waren dort häufige Gäste.

I.P. Niensens Problem war damit aber noch nicht gelöst. Er suchte eine feste Bleibe, um einer größeren Zahl von Kindern einen längeren Ferienaufenthalt zu ermöglichen. 1932 hatten dänische und deutsche Sozialdemokraten auf der Kleinen Ochsensinsel auf der dänischen Seite der Flensburger Förde in den Sommerferien eine „Kinderrepublik“ arrangiert, nach dem Vorbild der legendären Kieler Kinderrepublik Seekamp. 1933 musste sie umständehalber ohne offizielle deutsche Beteiligung stattfinden. 1935 konnte der dänische Staat die bislang private Kleine Ochsensinsel erwerben. Damit hatte I.P. zunächst die gewünschte Bleibe gefunden. Aber rein quantitativ war es nicht ausreichend, ebenso wie das dann als Alternative gefundene Ferienheim in Hejls am Kleinen Belt nahe Christiansfeld. Neben der primären sozialen Zielsetzung ging es darum, dem attraktiven (nazi-)deutschen Ferienangebot für nordschleswigsche Kinder etwas entgegenzusetzen. Sein dringender Wunsch war es, etwas Größeres zu realisieren.

Anfang 1939 gelang es I.P. Nielsen, Kronprinzessin Ingrid von seiner Idee zu begeistern. Innerhalb kurzer Zeit konnte die Stiftung Kronprinzessin Ingrid's Feriehjem for Sønderjyske Børn realisiert werden, mit einem wiederum sehr prominent besetzten Stiftungsrat. So konnten die erforderlichen Spenden eingeworben werden, in den folgenden Jahren, sogar während der Besatzungszeit, auch staatliche Mittel. Schon im September 1939 konnte das großzügige Ferienheim in Vejers, nördlich von Esbjerg und Blåvand, eingeweiht werden. Eine erste Gruppe von 52 Kindern verbrachte dort zwei schöne Wochen. Für das kommende Jahr 1940 war der Aufenthalt von insgesamt 590 Kindern fest eingeplant. Es kam anders. Nach der deutschen Besetzung Dänemarks am 9. April 1940 stand die exponiert gelegene Anlage nicht mehr zur Verfügung. Schlimmer noch: ungenutzt war sie dem Verfall anheimgegeben. Darüber hinaus wurde das Gelände gegen Kriegsende von der Wehrmacht vermint.

I.P. Nielsen gab jedoch nicht auf. Eine Alternative musste her, und es musste improvisiert werden. Sie fand sich in I.P. Nielsen Nachbarschaft in Dynt-Strand. Alle nahezu 590 Kinder konnten so 1940, fast wie geplant, einen Strandurlaub verbringen. Es gelang ihm zudem mit großzügiger privater und auch staatlicher Hilfe, zwei weitere größere Ferienheime in bevorzugter Lage zu schaffen: 1942 in Bøgebjerg bei Kerteminde (Nordostfünen), also noch während der Besatzungszeit und 1947 in Blåvand an der Nordsee. Vor allem wegen seiner freundschaftlichen und engen humanitären Zusammenarbeit mit der späteren Königin Ingrid ist der überzeugte Sozialist I.P. Nielsen in der dänischen kollektiven Erinnerung lebendig geblieben.



Abb. 4 Der 47jährige I.P. Nielsen als neu gewählter Folketingsabgeordneter 1920

1920: I.P. Nielsen wird erster sozialdemokratischer Abgeordneter für Sønderjylland im Folketing

Die Volksabstimmung in der Nordschleswig umfassenden Ersten Abstimmungszone im Februar 1920 hatte insgesamt ein überwältigendes Ergebnis für eine Vereinigung mit dem Königreich Dänemark erbracht. Deutsche Mehrheiten vor allem in Städten und größeren Orten änderten an diesem Gesamtergebnis nichts. Bis zur endgültigen formellen Grenzänderung Mitte Juni 1920 lag die Hoheit und damit die Letztverantwortlichkeit in allen öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten entsprechend den Bestimmungen des Versailler Vertrags bei der Internationalen Abstimmungskommission. Im September 1920 sollte in Dänemark die turnusgemäße Folketingswahl stattfinden. Für das neu hinzugekommene Sønderjylland verblieb somit nur wenig Zeit, sich auf die neuen politischen Verhältnisse einzustellen. Als Lösung hatte die dänische Sozialdemokratie eine Wahlverschiebung vorgeschlagen. Stattdessen sollte für einige Jahre eine Sonderregelung gelten. Dies gelang jedoch nicht und so musste innerhalb weniger Wochen der Wahlkampf organisiert werden. Unabhängig von

nationalen Gesinnung war das Gebiet bis 1920 integraler Teil der seit 1864/66 preußischen Provinz Schleswig-Holstein gewesen. Viele Arbeiter, die sich zur Sozialdemokratie bekannten, hatten sich in der SPD, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, und ihren jeweiligen Wahl- oder Ortsvereinen organisiert. 1902 hatte die SPD auf ihrem Provinzialparteitag in Flensburg zur Nordschleswigfrage ein fortschrittliches, internationalistisches Programm auf der Basis von nationalem Selbstbestimmungsrecht und Minderheitenschutz beschlossen. Initiator und Verfasser war der damals in Flensburg als Redakteur tätige und spätere langjährige Chefredakteur der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung Eduard Adler gewesen. (Adler war u.a. auch legendärer Gründervater bzw. Initiator von Kieler Arbeitersport und Arbeiterjugend.)

Ungeachtet dessen waren die nordschleswigschen SPD-Ortsvereine und Gewerkschaften stark deutsch geprägt. Viele ihrer oft führenden, politisch vergleichsweise geschulten und respektierten Mitglieder waren zugewanderte (Fach-)Arbeiter und Handwerksgesellen, die aus dem ganzen Reich (gar nicht einmal zuerst aus dem übrigen Schleswig-Holstein) zugewandert waren. Deutsche und dänische Sozialdemokratie waren nach eigenem Selbstverständnis der gleichen internationalistischen Zielsetzung verpflichtet. Wichtiger als alles Nationale war der gemeinsame Kampf für den sozialen Fortschritt und die Überwindung der bürgerlichen Klassengesellschaft. Danach organisierten sich sozialdemokratisch orientierte Arbeiter in der Partei des Landes ihres jeweiligen Wohnortes, unabhängig von ethnischer und nationaler Zugehörigkeit oder Gesinnung. Nach der Grenzänderung 1920 wurden die SPD-Ortsvereine in Nordschleswig quasi automatisch und einvernehmlich in die dänische Sozialdemokratie überführt, was, abgesehen von gelegentlichen Spannungen wegen des Gebrauchs der nun vorrangigen dänischen Sprache weitgehend konfliktfrei verlief. Ähnlich verhielt es sich bei den Gewerkschaften. Allerdings war dies die eher parteiorganisatorische und theoretische Seite. Tatsächlich hatte die SPD vor 1920 in den eher ländlichen Regionen Nordschleswigs, anders als in den Städten, einen schwereren Stand. In den Jahrzehnten preußischer Herrschaft, als die Bevölkerung hier um ihre nationale Identität und Zugehörigkeit rang, hatten sich viele Arbeiter nicht in der SPD, sondern eher im dänisch orientierten, mehr oder weniger sozialliberalen Sønderysk Arbejderforening (SAF) organisiert, verstärkt in den Jahren unmittelbar vor den Volksabstimmungen 1920. Umgekehrt war dadurch der eher deutsche Charakter der SPD-Ortsvereine indirekt weiter verstärkt worden.

Vor der Folketingswahl im September 1920 stand die Sozialdemokratie daher vor der Aufgabe, die deutschorientierten Arbeiter der Region bei der Stange zu halten und die dem SAF zuneigenden Arbeiter dafür zu gewinnen, dem sozialdemokratischen und nicht einem national-dänischen bürgerlichen Kandidaten

ihre Stimme zu geben. Die Kopenhagener Parteiführung um Thorvald Stauning sah dies mit Sorge. In Sonderburg konnte die Partei mit dem deutschen Sozialdemokraten (und Gewerkschafter) Richard Hempel eine starke und respektierte Person aufbieten. Aber würde man damit die dem SAF zuneigenden Arbeiter als Wähler gewinnen können? Stauning nahm Kontakt zu dem Sonderburger Parteivorsitzenden Christian J. Møller auf. Møller akzeptierte, den zunächst ortsfremden I.P. Nielsen als Kandidat vorzuschlagen. Unterstützung erhielt er von dem eigens nach Sonderburg zur entscheidenden Parteiversammlung am 4. September entsandten Frederik Borgbjerg, dem seinerzeit führenden sozialdemokratischen Intellektuellen und späteren Mitglied der Regierung Stauning. Für I.P. Nielsen war dies eine Herausforderung. Seine Wahl als Kandidat dürfte er seinem ausgezeichneten Ruf, seinen Erfahrungen, seiner Kenntnis der deutschen Verhältnisse und den vielfachen Kontakten zu deutschen Sozialdemokraten zu verdanken haben. Der anschließende Wahlkampf war kurz und heftig. Zusätzlich zur Kandidatur im Sonderburger Wahlkreis kam noch die Kandidatur im Wahlkreis Tondern. Die unmittelbar an der neuen Grenze gelegene Stadt Tondern hatte im Februar 1920 mit mehr als drei Viertel aller Stimmen für den Verbleib bei Deutschland gestimmt, auch die Mehrheit der Arbeiter. Entsprechend warb I.P. Nielsen hier mit deutschsprachigen Anzeigen. Der Erfolg blieb nicht aus. Am 21. September 1920 wurde er zum ersten und (in dieser Wahlperiode) einzigen nordschleswigschen sozialdemokratischen Mitglied des dänischen Folketings gewählt, eine Aufgabe, die er nunmehr mit großem Engagement wahrnahm. Als energischer Vertreter sozialer und regionaler Interessen gewann er rasch Respekt und Vertrauen über Parteigrenzen hinweg.

Anmerkungen

- 1 Frode Sørensen, *Det røde hjørne – I.P. Nielsen 1873 – 1952* (Hrsg.: Sprogforeningen und „Arbejderarkivet“, i.e. Lokalhistorisk Arkiv for Arbejderbevægelsen i Sønderborg Kommune), Sonderburg 2020, dort auch alle in diesem Aufsatz wiedergebenden und in deutsche Sprache übersetzten Zitate. Vergleiche im Übrigen auch Gerret Liebing Schlabers Buchhinweis in dieser Ausgabe der Grenzfriedenshefte.
- 2 Frode Sørensens, *Revolutionen og Magten – Sønderborg arbejderernes historie 1872 – 1922*. Sonderburg 2008.
- 3 I.P. Niensens Erinnerungen, die er in seinen letzten Lebensjahren niedergeschrieben hat, umfassen seine Kindheit und Jugendjahre und enden bevor er zu einer weiteren ausgedehnten Reise als Wandergeselle aufbrach mit dem Frühjahr 1895.
- 4 Die sozialliberale Radikale Venstre, die nicht zuletzt die Interessen der Häusler und Kleinbauern vertrat, wurde als Abspaltung von Venstre erst 1905 gegründet.

- 5 Hier irrt I.P. Nielsen in seiner Erinnerung ein klein wenig: Die von Trier und Petersen bzw. der von ihnen gegründeten Det Revolutionære Socialistiske Arbejderparti (RSAP) ab 1889 herausgegebenen Zeitung erschien unter dem Namen Arbejderens Socialisten war der ursprüngliche Titel der offiziellen 1871 gegründeten Zeitung der dänischen Sozialdemokratie, ab 1873 in Sozial-Demokraten umbenannt und ab 1951 in Aktuel. Auch die ab 1903 in Kopenhagen vom Karl-Marx-Club herausgegebene Monatszeitschrift erschien unter dem Titel Socialisten. I.P. Nielsen wirkte dort von 1905 bis 1918 als Redakteur mit, gemeinsam mit u. a. dem späteren Sozial- und Justizminister Karl Steincke und dem späteren Kopenhagener Oberbürgermeister Viggo Christensen. Zur Neuen Arbeiterschule und deren Gründer vgl. die umfangreiche, im Internet veröffentlichte Ausarbeitung von Hans-Norbert Lahme, Die Revolutionären. Gerson Trier, Nicolaj L. Petersen und die Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei Dänemarks (RSAP). Beschreibung und Ausblick, Exkurse, Briefe (1889 – 1918), 2019, www.hansnorbertlahme.eu (letzter Zugriff am 29. 3. 2021).
- 6 Vgl. dazu: Christiane Scheidemann, Ulrich Brockdorff-Rantzau (1869-1928). Eine politische Biographie, Frankfurt a.M. 1998.
- 7 Die ursprünglich aus Bayern stammende Freiin Freda von Schacky trat einige Jahre später dem Diakonissenorden bei. Das österreichische Diakonissen-Mutterhaus Gallneukirchen/Oberösterreich entsandte sie 1929 nach Rumänien ins siebenbürgische Kronstadt. Als Oberin leitete sie das Diakonissen-Mutterhaus Kronstadt von 1931 bis 1944, <https://www.siebenbuerger.de/zeitung/artikel/rumaenien/5649-diakonissenhaus-in-bukarest-vor-110.html> (letzter Zugriff am 29. 3. 2021).

Abbildungsnachweise

Abb. 1 Museum Sonderjylland Apenrade

Abb. 2 - 4 Arbejderarkivet i Sønderborg Kommune

Das deutsch-dänische Grenzland und das Minderheiten-Kompetenz-Netzwerk

von HELEN CHRISTIANSEN

Das Minderheiten-Kompetenz-Netzwerk Schleswig-Holstein/Süddänemark (MKN) wurde im Juli des vergangenen Jahres gegründet. Gründungsmitglieder sind der Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN), der Friesenrat Sektion Nord e.V., Sydslesvigsk Forening, der Verband Deutscher Sinti und Roma e.V. – Landesverband Schleswig-Holstein, das Europäische Zentrum für Minderheitenfragen (ECMI), die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) und die Europäische Akademie Schleswig-Holstein in Sankelmark, in deren Räumen das Sekretariat im November 2020 seine Arbeit aufgenommen hat. Im Mittelpunkt der Arbeit des Netzwerks steht die Stärkung des Verständnisses für die Belange der autochthonen Minderheiten, die Förderung der Sprache und Kultur und des Informations- und Erfahrungsaustauschs durch eine engere Zusammenarbeit. In dem folgenden Beitrag stellt die Koordinatorin des Netzwerks Helen Christiansen die generellen Strukturen in der Minderheitenpolitik vor und legt dar, vor welchen Herausforderungen die nationalen Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland stehen.

Die Redaktion

Das Minderheiten-Kompetenz-Netzwerk und seine Partner

Das Minderheiten-Kompetenz-Netzwerk Schleswig-Holstein/Süddänemark (MKN) ist als Netzwerk der nationalen und regionalen Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland 2020 gegründet und hat seine Arbeit im November aufgenommen. Ziel ist es, Aktivitäten von und für autochthone Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland und im Ausland zu fördern. Als nationale Minderheit verstehen sich die autochthonen Minderheiten/Volksgruppen, die im deutsch-dänischen Grenzland anerkannt sind. In Schleswig-Holstein zählen hierzu die dänische Minderheit, die Minderheit der deutschen Sinti und Roma und die friesische Volksgruppe, deren Schutz und Förderung in der Landesverfassung in Schleswig-Holstein verankert sind.¹ Des Weiteren ist auch die deutsche Minderheit in Nordschleswig in Dänemark Mitglied des MKN. Diese

Minderheiten sind jeweils mit ihren Organisationen (SSF, Verband deutscher Sinti und Roma SH, Friesenrat und Bund Deutscher Nordschleswiger) im Netzwerk vertreten.

Als Gründungsmitglieder sind jedoch nicht nur die Organisationen der Minderheiten selbst vertreten, sondern auch andere Partner, die in der Minderheitenarbeit tätig sind. Dazu zählen die FUEN (Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten), das ECMI (European Center for Minority Issues) und die Europäische Akademie Schleswig-Holstein. Seinen Sitz und Büro hat das MKN in der Europäischen Akademie Schleswig-Holstein in Oeversee-Sankelmark. Bei der Mitgliederversammlung im März 2021 wurden weitere Partner, wie die Stadt Flensburg, der Deutsche Grenzverein und die Region Syddanmark als Mitglieder aufgenommen. Partner auf beiden Seiten der Grenze sind von Bedeutung, um die deutsch-dänische Zusammenarbeit mit den Minderheiten zu verzahnen.

Unerlässlich ist es auch, die Minderheiten in die Netzwerke deutsch-dänischer grenzüberschreitender Zusammenarbeit einzubinden. Die 2007 veröffentlichte Kompetenzanalyse „Minderheiten als Standortfaktor in der deutsch-dänischen Grenzregion“ der Europäischen Akademie Bozen (Eurac) bemängelt, dass die Kompetenzen der Minderheiten bei Regionalentwicklungsstrategien kaum berücksichtigt wurden.² Hier möchte das MKN ebenfalls anknüpfen und die Kompetenzen der Minderheiten für die Zusammenarbeit im deutsch-dänischen Grenzland sichtbar machen.

Finanziert wird die Arbeit des MKN bisher im Wesentlichen durch eine institutionelle Förderung des Landes Schleswig-Holstein sowie durch Projektmittel. Auch die Region Syddanmark und das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat unterstützen das MKN finanziell. Die Projektmittel werden dazu verwendet, zusammen mit Partnerorganisationen Gruppen aus Deutschland und ganz Europa in das deutsch-dänische Grenzland einzuladen, um ihnen die Kompetenzen des deutsch-dänischen Grenzlandes und der Minderheiten vor Ort zu zeigen.

Wegen der Corona-Pandemie war es bisher nicht möglich, Präsenzveranstaltungen durchzuführen. Doch online konnte das MKN eine Veranstaltung zur Minderheitenpolitik auf europäischer Ebene (zu den Themen MinoritySafepack und Strategischer EU-Rahmen für Gleichstellung, Inklusion und Partizipation von Sinti und Roma für 2020-2030) anbieten. Ebenso online gelang am Tag des Biikebrennens, dem 21. Februar, ein Seminar in Zusammenarbeit mit der friesischen Volksgruppe, dessen Aufzeichnung auch online abrufbar ist.



Abb1. Das von der Mitgliederversammlung am 9. Februar 2021 bestätigte Logo des Minderheiten-Kompetenz-Netzwerks.

Minderheitenpolitik als Vorbildfunktion in Schleswig-Holstein?

Die Strukturen im Bundesland Schleswig-Holstein veranschaulichen, wie die Minderheitenpolitik Schleswig-Holsteins Vorbild für andere Länder und Staaten sein kann. Die Verankerung der autochthonen Minderheiten in der Landesverfassung, sowie ein zentraler Ansprechpartner für die Minderheiten in der Person des Minderheitenbeauftragten Johannes Callsen sind ein sehr starkes Fundament für den Minderheitenschutz in Schleswig-Holstein. Darüber hinaus ist auf Bundesebene der Beauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten ein zentraler Ansprechpartner für die nationalen Minderheiten in der Bundesrepublik. Im Vergleich mit anderen Nationalstaaten gibt es zum Beispiel in Dänemark oder in den Niederlanden keine zentrale Ansprechperson für nationale Minderheiten in Kopenhagen oder Den Haag, obwohl in den

Niederlanden die Westfriesen mit schätzungsweise 400.000 Sprechern stark vertreten sind. In Dänemark gibt es den „Sydslesvigudvalg“ als Ausschuss für die dänische Minderheit³, den „Kontaktudvalg“ als Ausschuss für die deutsche Minderheit sowie das Kopenhagener Sekretariat, das die deutsche Minderheit bei Regierung und Folketing vertritt.⁴ Jedoch hält kein Beauftragter für Minderheitenangelegenheiten die direkte Verbindung zum gesetzgebenden Parlament. Minderheitenschutz ist nicht allein eine Antwort auf die Zahlenstärke der Minderheitenangehörigen, sondern offenbart Strukturen und politischen Willen, der hinter den Minderheiten steht. Im internationalen Vergleich haben Schleswig-Holstein und Deutschland eine Vorbildfunktion, wobei die föderalen Strukturen in Deutschland nicht ohne weiteres auf andere Staaten übertragen werden können. Deswegen ist es Aufgabe jeden europäischen Staates, der sich verpflichtet hat, die nationalen Minderheiten zu schützen, eigene Strukturen aufzubauen. Dabei kann er durchaus die Strukturen in Schleswig-Holstein aufgreifen und diese als Maßstab in der Umsetzung der Minderheitenpolitik nehmen. Trotz alledem gibt es auch Herausforderungen für die autochthonen Minderheiten, die im nächsten Abschnitt anhand einiger Beispiele illustrieren werden sollen.

Sichtbarkeit der nationalen Minderheiten

Die Sichtbarkeit der nationalen Minderheiten ist das immerwährende Grundproblem jeglicher Diskussion über Minderheiten. Wie nehmen Besucher und Besucher des deutsch-dänischen Grenzlandes, aber auch die Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung die Minderheiten wahr? Wie und wo kommen sie mit diesem Thema in Berührung?

Touristische Broschüren präsentieren die friesische Volksgruppe zum Beispiel gerne in ihrer friesischen Tracht und mit ihrem Trachtentanz. Zweifelsohne ist die friesische Tracht ein Kulturgut, das zur friesischen Volksgruppe gehört, aber sie ist nicht das alleinige Merkmal. Die friesische Sprache hingegen bleibt im Hintergrund. Auch wenn es wenige Sprecher und Sprecherinnen gibt, sollte das Bewusstsein für die friesische Sprache gestärkt werden und diese sollte in der Öffentlichkeit präsenter sein.

Ein Meilenstein sind die zweisprachigen Ortschilder und Verkehrsschilder auf Friesisch.⁵ Auch die dänische Minderheit ist mit zweisprachigen Ortsschildern sichtbar, wie z. B. in Flensburg/Flensborg.⁶ Ferner ist die dänische Minderheit mit vielen Kindergärten und Schulen präsent. Mit der Zeitung „Flensborg Avis“ hat sie für sich ein stabiles Standbein im öffentlichen Raum aufgebaut. Die deutsche Minderheit in Nordschleswig ist mit ihrer Zeitung „Der Nordschleswiger“ medial stark vertreten und betreibt ebenfalls Kindergärten und Schulen, die in den lokalen Alltag hineinwirken. Bisher war es jedoch nicht möglich, zweispra-



Abb. 2 Zweisprachiges Verkehrsschild auf Deutsch und Friesisch in Bredstedt/Bräist

chige Ortsschilder in Nordschleswig umzusetzen.

Die deutschen Sinti und Roma sind auf eine ganz andere Weise herausgefordert. Im öffentlichen Raum sind sie struktureller Diskriminierung und Stigmatisierung ausgesetzt. In der Zeit der NS-Diktatur wurden sie verfolgt und ermordet. Zum Selbstschutz zogen sie sich in den privaten Raum zurück. Erst langsam und Schritt für Schritt kann eine unbelastete Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit erreicht werden. Das Wohnprojekt „Maro Temm“ ist hier ein positives Beispiel, da eine Wohn- und Lebensperspektive für die Angehörigen der deutschen Sinti und Roma in Kiel geschaffen wurde.⁷

Um die autochthonen Minderheiten präsender zu machen, bedarf es der öffentlichen Medien. Doch bisher räumen diese den nationalen und regionalen Minderheiten kaum oder gar keine Sendezeit ein. Hoffnung macht hier der neu ausgearbeitete NDR-Staatsvertrag⁸, der explizit Regional- und Minderheitensprachen im Sprachenportfolio des NDR fordert. Denn die Vielsprachigkeit der nationalen Minderheiten muss noch viel mehr an Raum in den Medien gewinnen als bisher. Dies gilt vor allen Dingen auch für die Internetpräsenz und die Präsenz in den

sozialen Medien. Klar ist: eine Sprache, die medial nicht existiert, ist eine tote Sprache. Das stellt besonders für Romanes, die Sprache der deutschen Sinti und Roma, und für Nordfriesisch eine große Herausforderung dar. Doch auch hier gibt es Fortschritte, wie zum Beispiel das kürzlich veröffentlichte Online-Wörterbuch für Nordfriesisch: friesisch.net. Das Wörterbuch kann als Vorbild dienen für Romanes oder regionale Sprachen wie Plattdeutsch oder Synnejysk. Für den Erfolg solcher Initiativen ist es aber auch erforderlich, dass auch die Politik es sich zur Aufgabe macht, die Digitalisierung im Bereich der nationalen Minderheitensprachen und regionalen Sprachen konsequent zu fördern.

Doch was macht das deutsch-dänische Grenzland aus?

Minderheiten sind im deutsch-dänischen Grenzland sichtbar in ihrer Vielfalt und ihrem Zusammenleben mit und Eingebundensein in der Mehrheit der Bevölkerung. Hier setzt die Kompetenz des MKN ein: Was können Angehörige europäischer Minderheiten oder Angehörige der Mehrheitsgesellschaft aus Regionen mit Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland für sich entdecken und erfahren?

Zum einen können sie sich die Strukturen zur Umsetzung der Minderheitenpolitik anschauen und diese als Rollenmodell hervorheben. Allerdings nutzen Strukturen nur etwas, wenn sie auch gelebt werden. Daher ist es wichtig, die Minderheiten des deutsch-dänischen Grenzlandes nicht nur in ihrer institutionellen Struktur kennenzulernen, sondern auch persönlich mit Angehörigen der Minderheiten ins Gespräch zu kommen. Erst dann lässt sich beantworten, ob und wie positive normative Regelungen auch in die Praxis umgesetzt werden. Nur durch Begegnungen und Gespräche vor Ort ist ein Bewusstsein dafür zu entwickeln, was die Identität und Kultur der Minderheiten ausmacht, wie sich das Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheit gestaltet und was Minderheitenleben im Alltag bedeutet. Diese Erfahrungen will das MKN nicht mit erhobenem Zeigefinger vermitteln. Sie sind auch nicht eins zu eins auf andere europäische Regionen zu übertragen. Aber Besucherinnen und Besucher des deutsch-dänischen Grenzlands können erfahren, wie und warum man den Weg von einem konfliktbelasteten Gegeneinander zu einem friedlichen Miteinander einschlagen kann.

Beispielhaft für dieses Miteinander mag mein Alltag sein: Mit meinem Nachbarn in Husum spreche ich Plattdeutsch. In der Fahrradwerkstadt treffe ich den ehemaligen Geschäftsführer vom Friisk Foriining und wir unterhalten uns auf Friesisch. Jeden Donnerstag kommt die „Flensborg Avis“, und natürlich schaue ich auch gerne die Tagesschau. Vielfalt und Zusammenhalt sind bezeichnend für das deutsch-dänische Grenzland. Jeder und jede kann und darf seine und



Abb. 3 Online-Veranstaltung über die nordfriesischen Volksgruppen am Biikettag am 21. Februar 2021 mit Helen Christiansen und den Gästen Ilse Johanna Christiansen (Frasche Rädj), Maren Jessen (Sölring Foriining), Dr. Bernd Fabritius (Bundesbeauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten) und die Musikerin Norma

ihre eigene Sprache und Kultur leben. Jeder und jede haben das Recht darauf. Das war allerdings nicht immer gegeben und selbstverständlich.

Abgesehen von den Coronarestriktionen und der Wiedereinführung von Grenzkontrollen während der Flüchtlingskrise war während meiner Lebenszeit die deutsch-dänische Grenze immer offen, und ich habe sie nie als eine harte Grenze wahrgenommen. Denn ich fühle mich als Teil der friesischen und dänischen Minderheit beider Kulturen zugehörig – der deutschen und der dänischen. Das geht nicht nur mir so, sondern auch den anderen, die Angehörige einer der nationalen Minderheiten sind.

Die Minderheitenangehörigen können zwischen den verschiedenen Kulturen vermitteln, weil sie mit Mehrsprachigkeit und mit mehreren Kulturen gleichzeitig aufgewachsen sind. Sie sind der Gegenentwurf zum nationalen Abgrenzungdenken und können nationale Grenzen auflösen. Das ist die wahre Kernkompetenz der nationalen Minderheiten. Denn diese Softskills, zwischen verschiedenen Kulturen zu vermitteln, also eine interkulturelle Kompetenz, sind nicht messbar und können deswegen nicht einfach konserviert oder übertragen werden. Insofern ist es wichtig, dass die nationalen Minderheiten weiter ein lebendiger Teil

der Gesellschaft im deutsch-dänischen Grenzland sind. Ihre Kernkompetenzen können dazu beitragen, die friedliche Gesellschaft, wie wir sie jetzt kennen, zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Anmerkungen

- 1 https://www.landtag.ltsh.de/export/sites/ltsh/service/downloadgallery/kurzinfos/06_Landesverfassung.pdf Seite 6.
- 2 Kompetenzanalyse: Minderheiten als Standortfaktor in der deutsch-dänischen Grenzregion „Miteinander, Füreinander“, Seite 5 (<https://docplayer.org/49998413-Kompetenzanalyse-minderheiten-als-standortfaktor-in-der-deutsch-daenischen-grenzregion-miteinander-fuereinander.html>)
- 3 <https://www.ft.dk/da/partier/kommissioner/sydslesvigudvalget>.
- 4 <https://www.bdn.dk/der-kopenhagener-kontaktausschuss.37487.aspx>, <https://www.bdn.dk/geschichte-des-sekretariats.8635.aspx>
- 5 <https://www.shz.de/lokales/husumer-nachrichten/der-verkehr-geht-in-richtung-zweisprachigkeit-id15188276.html>
- 6 <https://www.shz.de/regionales/schleswig-holstein/panorama/jetzt-sind-auch-die-ortsschilder-zweisprachig-id465076.html>
- 7 <http://www.sinti-roma-sh.de/wohnprojekt-marro-temm/>
- 8 <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/02800/drucksache-19-02816.pdf>

Abbildungsnachweise

Abb. 1, 3 Minderheiten-Kompetenz-Netzwerk

Abb. 2 Helen Christiansen

Minderheitenrechte in der EU und das Scheitern der Europäischen Bürgerinitiative

VON HARRO HALLMANN

Im Jahre 2013 lehnte die Europäische Kommission, welche in der EU-Gesetzgebung das alleinige Initiativrecht hat, die Forderung nach einer expliziten Verankerung klar definierter Minderheitenrechte ab. Begründet wurde dies u. a. damit, dass Anerkennung und Schutz kultureller Minderheiten bereits im Grundwertekatalog der EU festgeschrieben ist, und dass alle Mitgliedsstaaten auch die den Minderheitenschutz umfassende europäische Menschenrechtscharta ratifiziert haben, welche beim Europarat verankert ist. Diese vorgebliche Nichtzuständigkeit angesichts gravierender Probleme in mehreren EU-Ländern wollten die in der Föderation europäischer Volksgruppen zusammengeschlossenen Minderheitenorganisationen nicht hinnehmen. Sie starteten eine der ersten europaweiten Bürgerinitiativen. Die Unterstützung hierfür ging klar über die Mindestanforderungen hinaus und unterstrich eindrucksvoll den Wunsch und Bedarf nach klareren Vorgaben. Umso enttäuschender war für viele der abschlägige Bescheid der Kommission vom 15. Januar 2021. Im folgenden Beitrag stellt Harro Hallmann, Kommunikationschef des Bundes Deutscher Nordschleswiger (BDN) daher nicht nur den Verlauf des Projektes „Minority Safepack“ vor, sondern geht auch generell auf das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative ein.

Die Redaktion

Einleitung

Die Europäischen Gemeinschaft (EG, heute Europäische Union) wurde ursprünglich gegründet als friedenssichernde Organisation mit starker wirtschaftlicher Betonung. Daher wurde – nach eigener Einschätzung – keine Notwendigkeit für explizite Regeln betreffend der Achtung der Grundrechte gesehen.¹ Zudem berief die EU sich darauf, dass die Grundrechte „ohnehin als durch die 1950 von den Mitgliedstaaten unterzeichnete Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) garantiert galten.“ Da ein Beitritt der EU zur EMRK aus rechtlichen Gründen bisher nicht möglich gewesen ist,

hat die Union die Charta der Grundrechte in Verbindung mit dem Vertrag von Lissabon am 1. Dezember 2009 angenommen, wodurch diese zu einer verbindlichen Quelle des Primärrechts der EU wurde.

Die Charta der Grundrechte³ enthält in Artikel 21⁴ ein Diskriminierungsverbot, welches auch die Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit umfasst. Allerdings sind individuelle Rechte dieser Art – auch weil sie so generell abgefasst sind – nur mit großem Ressourcenaufwand im Einzelfall einklagbar und letzten Endes sehr schwer in konkrete Forderungen umsetzbar. Konkreter und kollektiv auf die gesamte Minderheit anwendbar sind die völkerrechtlich verbindlichen Konventionen des Europarates: das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen.⁵

Zwischen den schwer umsetzbaren Grundrechten der EU und den relativ konkreten, kollektiven Rechten der Europäischen Union klafft eine Lücke oder anders ausgedrückt: es gibt in der EU keine Programme und Rechte für den Schutz und die Förderung nationaler Minderheiten.⁶ Das liegt vor allem daran, dass viele Staaten kein Interesse daran haben, dass die EU sich mit dem Thema beschäftigt. Das gilt unter anderem und insbesondere für Länder wie Griechenland, Frankreich und Spanien. Die Lage in den osteuropäischen Staaten ist insofern besser, als das als Voraussetzung für den Beitritt in die EU die Kopenhagener Kriterien von 1993 wie die Achtung und der Schutz von Minderheiten erfüllt sein musste. Paradoxerweise waren die neuen Mitgliedsländer somit stärker gefordert als die Altmitglieder, die teilweise nicht einmal die Existenz nationaler Minderheiten innerhalb ihrer Staatsgrenzen anerkennen.

Es mag verwundern, dass das Thema nationale Minderheiten für die EU so problematisch ist, allerdings ist gerade die Geschichte der deutsch-dänischen Grenzregion ein Beispiel dafür, wie gefährlich das Thema nationale Minderheiten sein kann. Dass dies auch in Europa kein überstandenes geschichtliches Problem ist, zeigt ein kurzer Blick auf die Nachrichten der letzten Jahre: Krim, Katalonien, Schottland.

Die Minority SafePack Initiative (MSPI)

Um die oben beschriebene rechtliche Lücke des Minderheitenschutzes in der EU zu füllen, startete die europäische Minderheitenorganisation FUEN (Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten) auf ihrem Kongress 2013 in Bozen die Minority SafePack Initiative (MSPI). Mit dieser Initiative sollte die EU aufgefordert werden, durch Erlass einer Reihe von Rechtsakten den Schutz nationaler und sprachlicher Minderheiten zu verbessern und die kulturelle und sprachliche Vielfalt in der Union zu stärken. Mittel dafür war



Abb. 1 Ferienmesse in Herning (DK) im Februar 2018, BDN Koordinator Thore Naujeck hilft beim Registrieren der Unterschriften

das neue Instrument der Europäischen Bürgerinitiative (EBI). Seit Februar 2011 haben die Bürger*innen der Europäischen Union die Möglichkeit mittels der EBI Einfluss auf die Politik der EU zu gewinnen. Laut EU-Kommission ist die EBI „ein wichtiges Instrument der partizipativen Demokratie in der EU. Mithilfe dieses Instruments können eine Million Bürger, die in einem Viertel der Mitgliedstaaten wohnen, die Kommission auffordern, einen Rechtsakt vorzuschlagen, um die EU-Verträge umzusetzen.“⁷

Konkret ging es bei der Minority SafePack Initiative um die Umsetzung von neun Vorschlägen:

1. Annahme einer EU-Empfehlung zum Schutz und zur Förderung kultureller und sprachlicher Vielfalt in der Union
2. Anpassung von Förderprogrammen, um die Zugänglichkeit für Regional- und Minderheitensprachen zu erleichtern
3. Etablierung eines EU finanzierten Language Diversity Centre für Regional- und Minderheitensprachen
4. Anpassung der allgemeinen Regeln der Strukturfonds unter Berücksichtigung des Minderheitenschutzes sowie der Förderung kultureller und sprachlicher Vielfalt
5. Forschung über den Mehrwert der Minderheiten für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Europa
6. Annähernde Gleichstellung von Staatenlosen und Unionsbürgern (dies zielt insbesondere auf die Roma)
7. Einführung eines einheitlichen Urheberrechts, das es erlauben würde, die gesamte EU als einen Binnenmarkt für Urheberrechte zu betrachten, damit Dienstleistungen und Sendungen auch für Minderheiten in der Muttersprache zugänglich sind
8. Bereitstellung audiovisueller Mediendienste zwecks Gewährleistung des freien Dienstleistungsverkehrs und des Empfangs audiovisueller Inhalte in Regionen, in denen Angehörige nationaler Minderheiten wohnen
9. Freistellung von der Mitteilungspflicht an die Kommission bei staatlicher Förderung von Minderheiten und ihren Kulturen.⁸

Die MSPI mit ihren neun Vorschlägen wurde am 15. Juli 2013 der Kommission vorgelegt. Am 13. September 2013 lehnte die Kommission die Registrierung der geplanten EBI mit der Begründung ab, dass diese offensichtlich nicht in ihren Zuständigkeitsbereich falle. Die Organisatoren der EBI fochten die Entscheidung der Kommission vor dem Gericht der Europäischen Union an, welches diese Entscheidung mit Urteil vom 3. Februar 2017 mit der Begründung für nichtig erklärte, dass die Kommission gegen ihre Begründungspflicht verstoßen habe. Im Anschluss an das Urteil des Gerichts registrierte die Kommission die EBI mit Beschluss vom 29. März 2017 teilweise.⁹

Damit war der Weg frei für die Sammlung von einer Million Unterstützerbekundungen.



Abb. 2 Logo der Minority SafePack Initiative

Vom Bürgerausschuss zur Kommission

Der Weg zum erfolgreichen Abschluss einer Europäischen Bürgerinitiative ist lang und setzt ressourcenstarke Organisatoren voraus.¹⁰ Der erste Schritt ist die Gründung eines Organisationsausschusses, der in von der EU „Bürgerausschuss“ genannt wird. Diesem Ausschuss müssen mindestens sieben Personen angehören, die in mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten ansässig sein müssen. Aus der Grenzregion gehören die ehemalige Ministerin für Justiz, Kultur und Europa im Landtag Schleswig-Holstein Anke Spoorendonk und der ehemalige Hauptvorsitzende des Bundes Deutscher Nordschleswiger und ehemalige FUEN Präsident Hans Heinrich Hansen dem Bürgerausschuss an. Der Ausschuss muss die Initiative bei der EU-Kommission registrieren, woraufhin die Kommission innerhalb von zwei Monaten entscheiden muss, ob sie die vorgeschlagene Initiative registriert. Sobald die Initiative registriert worden ist, können die Organisatoren mit der Sammlung von Unterstützungsbekundungen beginnen. Der Ausschuss hat dann mit Startdatum spätestens sechs Monate nach der Registrierung zwölf Monate Zeit, um eine Million Unterstützungsbekundungen in Papierform oder elektronisch zu sammeln.

Um eine gewisse länderübergreifende Zustimmung zu garantieren, muss in mindestens sieben Mitgliedsstaaten ein Minimum an Unterstützungsbekundungen erreicht werden. Dieser Schwellenwert orientiert sich an der Größe der Bevölkerung und der Zahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments (siehe dazu die im weiteren Verlauf dieses Beitrages erstellte Tabelle).

Sobald sie die erforderliche Anzahl von Unterstützungsbekundungen in einer ausreichenden Anzahl von Mitgliedstaaten gesammelt haben, müssen die Organisatoren diese bei den zuständigen nationalen Behörden einreichen.¹¹ In der anschließenden Phase müssen die Organisatoren die Bescheinigungen der nationalen Behörden über die Anzahl der Unterstützungsbekundungen bei der Kommission einreichen. Nach einem Meinungs austausch mit der Kommission erhalten die Organisatoren Gelegenheit, die Initiative bei einer öffentlichen Anhörung im Parlament vorzustellen. Die Kommission hat daraufhin sechs Monate Zeit, um in einer Mitteilung die rechtlichen und politischen Schlussfolgerungen darzulegen und eine Liste der geplanten Maßnahmen und einen klaren Zeitplan für ihre Umsetzung vorzulegen.

Die von der FUEN koordinierte Sammlung von Unterstützungsbekundungen begann mit dem FUEN-Kongress in Klausenburg (Cluj-Napoca, Rumänien) vom 17. bis 21. Mai 2017. In mehr als einem Dutzend europäischer Länder fanden anschließend Kampagnen statt, um die benötigte eine Million Unterschriften vor Ablauf der Frist am 3. April 2018 zu sammeln, und in mindestens sieben Staaten den nationalen Schwellenwert zu erreichen.¹²

Die neun Vorschläge der MSIP sind notwendigerweise sehr konkret, aber auch so technisch und kompliziert, dass es selbst gegenüber engagierten Mitgliedern der betroffenen Minderheiten nicht leicht war, diese zu erklären. Aufgabe war somit auch, die Botschaft klar und deutlich zu vermitteln. So sagte BDN Hauptvorsitzender Hinrich Jürgensen in seiner Rede beim Informationsgespräch zum Deutschen Tag am 4. November 2017 unter anderem: „Die Minority SafePack Initiative (MSPI) will den Schutz für Angehörige nationaler Minderheiten und Sprachminderheiten verbessern, sowie die kulturelle und sprachliche Vielfalt in der Europäischen Union stärken. Wir müssen insgesamt in der EU bis April 2018 eine Million Unterschriften sammeln: in Dänemark mindesten 9.750 und in Deutschland mindestens 72.000.“ In den Aufrufen der deutschen Nord-schleswiger wurde von Anfang an darauf hingewiesen, dass die Initiative vor allem den Minderheiten in Osteuropa zu Gute kommen würde.

Die Sammlung der Unterschriften in Dänemark erwies sich als schwieriger als erwartet. Das lag vor allem daran, dass die Werbung über die sozialen Medien (insbesondere Facebook) kaum Unterschriften brachte. Um Unterstützer*innen zu bekommen war es in den meisten Fällen notwendig, Personen direkt anzusprechen: im Familienkreis, unter Kolleg*innen und Freund*innen sowie in Ver-

bindung mit Veranstaltungen wie zum Beispiel auch einer großen Ferienmesse in Herning (DK).¹³ Wichtig waren auch ein begleitender Informationseinsatz mit Pressemitteilungen, Leserbriefen und Anzeigen sowie die Unterstützung anderer Organisationen und Institutionen, in Dänemark unter anderem durch den dänischen Grenzverein (Grænseforening) und in Deutschland durch die Parlamente des Bundes sowie etlicher Länder.¹⁴

Zwar war der Schwellenwert für Dänemark auf 9.750 festgelegt, aber niemand wusste, wie viele der eingesammelten Unterstützungsbekundungen von den dänischen Behörden letztlich anerkannt würden. Am Ende wurden 12.194 Bekundungen eingereicht und davon 11.736 anerkannt. Damit wurde Dänemark das siebte Land, welches den Schwellenwert erreichte, und das zu einem Zeitpunkt, an dem feststand, dass die Gesamtzahl von einer Million Unterschriften erreicht worden war. Die folgende Tabelle zeigt die Anzahl der gültigen Unterstützungsbekundungen, die nationalen Schwellenwerte sowie den davon erreichten Anteil. Insgesamt wurden von den rund 1.320.000 gesammelten Unterschriften gut 1,1 Million anerkannt, und 11 Länder erreichten die Schwellenwerte, darunter Rumänien und Ungarn, wo der aktive Einsatz der dortigen Minderheiten entscheidend für den Gesamterfolg der europäischen Initiative war.¹⁵

Die Organisatoren einer EBI sind verpflichtet, die EU über die Quellen der Unterstützung und Finanzierung zu informieren. Nach diesen Angaben hat die FUEN die Kampagne mit insgesamt 348.500 € gefördert¹⁶. Dies ist allerdings nur ein Teil der realen Kosten.

Eine europäische Gesamtaufstellung gibt es nicht, aber basierend auf eigenen Erfahrungen ist es nicht unrealistisch, für das Einsammeln einer anerkannten Unterstützterbekundung zwischen 10 und 15 Minuten zu veranschlagen. Dies ist nicht nur der direkte Zeitverbrauch für die Anrede und Registrierung, sondern umfasst auch Transportzeit, Planung, Informationseinsatz etc. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes beträgt die jährliche Arbeitszeit in Deutschland im Schnitt 1.641 Stunden für die für den Arbeitgeber Kosten in Höhe von 35,90 € je Stunde entstehen.¹⁷ Legt man diese Zahlen zu Grunde, dann sind für die letztlich anerkannten 1.123.422 Bekundungen Ressourcen in Höhe von zwischen 6,7 und 10,1 Mio. € eingesetzt worden. Dies umfasst natürlich auch den bedeutenden ehrenamtlichen Einsatz, der geleistet wurde.

Die obenstehende Berechnung des Ressourceneinsatzes lässt sich sicher diskutieren, gewiss ist aber, dass dieser bedeutend ist. Das wird auch dadurch veranschaulicht, dass von den 76 registrierten Anträgen bisher nur sechs erfolgreich waren.¹⁸ Dies unterstreicht auch die große Leistung der Minderheiten und ihrer Unterstützter*innen.

Reaktion der EU-Kommission

Am 5. Februar 2020 stellten der Bürgerausschuss, das FUEN Präsidium und die Experten der FUEN ihre Vorschläge der EU-Kommission vor. Die Diskussion wurde von der FUEN als erfolgreich bewertet.¹⁹ Am 15. Oktober 2020 präsentierten die Organisatoren ihre Initiative und die darin enthaltenen Vorschläge bei einer öffentlichen Anhörung im Europäischen Parlament. Nach der Debatte im Plenum des Parlaments am 14. Dezember beschloss das Parlament am 17. Dezember 2020 mit 524 von 694 Stimmen eine Resolution zur Unterstützung der Minority SafePack Initiative. Damit wurde die MSPI die erste Europäische Bürgerinitiative, auf deren Grundlage eine Plenardebatte einberufen sowie eine Resolution vom Europäischen Parlament angenommen wurde.²⁰ Umso größer war die Enttäuschung in Bezug auf die Antwort, die am 15. Januar 2021 von der Europäischen Kommission vorgelegt wurde.²¹ Die Antwort ist mit 25 Seiten zwar voluminös, beschränkt sich im Großen und Ganzen aber darauf, die neun Vorschläge mit der Begründung abzuweisen, dass die bestehenden Rechtsvorschriften und Maßnahmen ausreichen, um den Minderheitenschutz zu gewähren. So heißt es einleitend beispielsweise: „Durch einen Rechtsrahmen wird sichergestellt, dass die Rechte von Personen, die Minderheiten angehören, gewahrt werden.“ Unterdessen stellt die Kommission jedoch fest: „Zugleich hat die EU keine allgemeine gesetzgeberische Kompetenz speziell für den Schutz nationaler Minderheiten.“²² Konkret wiederholte die Kommission zum Beispiel zum ersten Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zum Schutz und zur Förderung kultureller und sprachlicher Vielfalt in der Union, dass die Union „keine gesetzgeberische Kompetenz für Fragen wie die Verwendung von Regional- oder Minderheitensprachen [hat], sei es in der öffentlichen Bildung oder in anderen Bereichen. Diese Fragen fallen in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten.“²³ Die Kommission verweist stattdessen auf zwei „wichtige internationale Instrumente“: die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen des Europarats (1992) sowie das UNESCO-Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen (2005), dem die EU selbst sowie alle EU-Mitgliedstaaten beigetreten sind. Dabei wird darüber hinweggesehen, dass das Ziel der MSIP ja gerade die Schaffung eines Förderrahmens sowie der Schutz der nationalen Minderheiten innerhalb der EU-Regeln war. Dies kommt auch zum Ausdruck in der Antwort der Organisatoren der MSPI an die Kommission:²⁴ „Umso erstaunter waren wir über die völlige Ablehnung der Europäischen Kommission, die offenbar mehr Wert darauflegte, eine Liste von bestehenden Maßnahmen und Projekten zu erwähnen, die oft in keiner Weise mit den Zielen der EBI in Verbindung stehen, um die Vorschläge als überflüssig abzutun, statt die Initiative genau zu prüfen und auf die Anliegen

Anzahl der gültigen Unterstützungsbekundungen, nationale Schwellenwerte und davon erreichte Bekundungen

Land	Unterstützungsbekundungen	Schwelle	Erreicht %
Belgien	928	15.750	6
Bulgarien	20.544	12.750	161
Deutschland	17.493	72.000	24
Dänemark	11.736	9.750	120
Estland	587	4.500	13
Finnland	3.759	9.750	39
Frankreich	7.295	55.500	13
Griechenland	2.888	15.750	18
Irland	271	8.250	3
Italien	73.433	54.750	134
Kroatien	16.808	8.250	204
Lettland	6.661	6.000	111
Litauen	18.990	8.250	230
Luxemburg	95	4.500	2
Malta	36	4.500	1
Niederlande	3.213	19.500	16
Polen	25.422	38.250	66
Portugal	110	15.750	1
Rumänien	254.871	24.000	1.062
Schweden	1.795	15.000	12
Slowakei	63.272	9.750	649
Slowenien	6.168	6.000	103
Spanien	48.626	40.500	120
Tschechische Republik	635	15.750	4
Ungarn	527.686	15.750	3.350
Vereinigtes Königreich	1.664	54.750	3
Zypern	35	4.500	1
Österreich	8.401	13.500	62
Unterschriften insgesamt	1.123.422		

Anmerkung: Grün markierte Länder haben den nationalen Schwellenwert erreicht. Die Kommission geht in ihrer Antwort auf die MSPI vom Januar 2021 sogar von 1.128.422 anerkannten Unterstützungsbekundungen bis Januar 2020 aus.

der InitiatorInnen einzugehen. Die Reaktion der Kommission zeigt auch das fehlende Verständnis dafür, dass eine Europäische Bürgerinitiative, die für über eine Million BürgerInnen spricht, mehr bewirken muss als die Darstellung einer einfachen Bestandsaufnahme der laufenden Maßnahmen.“

Diese Auffassung wurde von vielen geteilt, stellvertretend hierfür ist der schleswig-holsteinische Minderheitenbeauftragte Johannes Callsen: „Diese Entscheidung der Kommission bedauere ich sehr. Für die Minderheitenrechte in Europa wäre es ein wichtiges Signal gewesen, wenn sich die EU klarer zu ihrer Verantwortung für die Wahrung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in Europa bekannt hätte.“²⁵

Bewertung

In einer Pressemitteilung der EU-Kommission hieß es vom Vizepräsidenten Maroš Šefčovič zum Start der Europäischen Bürgerinitiative 2012: „Ich freue mich, dass die Europäer nach all der Arbeit und langen Wartezeit endlich Bürgerinitiativen einleiten können, indem sie deren Registrierung auf der Kommissionswebsite beantragen. [...] Dies ist eine völlig neue Möglichkeit partizipativer Demokratie und in den Händen der Bürger ein wirksames Instrument, mit dem sie die politische Agenda bestimmen können. Ich hoffe, die Bürgerinitiative wird auch zur Entwicklung eines echten europäischen „Demos“ beitragen, da sich Bürger über die Grenzen hinweg zusammenschließen, um über Themen zu diskutieren, die ihnen allen am Herzen liegen.“²⁶

Nach dieser euphorischen Eröffnung ist die konkrete Reaktion der EU-Kommission neun Jahre später ernüchternd. Die Erfahrung mit der Minority SafePack Initiative zeigt zweierlei:

Erstens wird die EU sich im jetzigen Klima des erstarkten Nationalismus nicht mit Minderheitenrechten beschäftigen. Es ist kein Zufall, dass die Sprachcharta des Europarates 1992 verabschiedet wurde, zu einer Zeit, wo es einen generellen Glauben an die Überwindung nationaler Gegensätze gab.

Zweitens muss das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative als gescheitert angesehen werden. Der jahrelange Kampf und massive Ressourceneinsatz für die MSPI hat kein, auch noch so kleines, konkretes Ergebnis seitens der EU-Kommission gebracht. Auf dieser Grundlage lohnt es sich nicht, diesen langen und steinigen Weg zu gehen, um zu versuchen Einfluss auf die politische Agenda zu gewinnen.

Beides zeigt, dass von der EU für Minderheiten, die versuchen gegenüber ihren Herbergsstaaten Rechte zu erkämpfen und umzusetzen, zurzeit keine Hilfe zu erwarten ist. Das kann man – wie der Verfasser – bedauern, spiegelt aber die realpolitische Lage wider.



Abb. 3 Der Präsident der europäischen Minderheitenorganisation Loránt Vincze (Mitte, zwischen BDN-Generalsekretär Uwe Jessen, Koordinator Thore Naujeck, dem BDN-Hauptvorsitzenden Hinrich Jürgensen und FUEN-Vizepräsident Gösta Toft) besuchte die deutsch-dänische Grenzregion und das Haus Nordschleswig am 27. Februar 2018 um sich einen Überblick über die Kampagne zu verschaffen

Anmerkungen

- 1 So wörtlich: <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/146/der-schutz-der-grundrechte-in-der-eu>
- 2 Ebd., auch für die folgenden Bemerkungen.
- 3 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:12012P/TXT>
- 4 Artikel 21: Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten.
- 5 Näheres zum Beispiel in der Übersicht über die sprachpolitische Arbeit der deutschen Minderheit in Dänemark bei <https://www.nordschleswig.dk/sprache>
- 6 Ausnahmen sind umfassende Programme für die vor allem in den osteuropäischen Mitglieds-

- staaten lebenden Roma, wobei deren Lebensbedingungen vor allem als soziales Problem aufgefasst werden. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Fördermöglichkeiten für Sprachen, die – mit einer gewissen Kreativität – auch von den Minderheiten genutzt werden können.
- 7 <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/149/die-europaische-burgerinitiative> (im folgenden Factsheet EBI)
 - 8 Ausführlich: https://www.fuen.org/assets/upload/editor/docs/doc_Z1yBzXho_MSPI-Safepack-DE-mit-aufkleber_260215.pdf
 - 9 Zusammenfassend und im vorliegenden Artikel teilweise wörtlich übernommen aus: <https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2019-09/cp190120de.pdf>. Im dort besprochenen Urteil wird die Klage Rumäniens gegen den Beschluss der Kommission die MSPI zu registrieren abgewiesen. Von der Kommission wurden schließlich 9 von ursprünglich 11 Vorschlägen der MSPI angenommen.
 - 10 Zu den Regeln: Factsheet EBI sowie die Durchführungsverordnung: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32019R1799> (inzwischen leicht geändert im Vergleich zu den für die MSPI geltenden Regeln)
 - 11 In Deutschland ist dies das Bundesverwaltungsamt (BVA), in Dänemark das Innenministerium.
 - 12 Zum Verlauf: https://www.fuen.org/assets/upload/editor/docs/doc_MrGkCGzz_MSPI_album_DE.pdf sowie <http://www.minority-safepack.eu/>
 - 13 Bei der Ferienmesse gelang es, knapp 2.400 Unterschriften zu sammeln. Damit fehlten Ende Februar 2018 noch etwa 3.000 Unterschriften zu den in Dänemark benötigten 9.750, siehe auch BDN Interna März 2018.
 - 14 Unterstützung gab es vom Deutschen Bundestags, der Zweiten Parlamentskammer der Niederlande, dem ungarischen Parlament, der Landtage von Schleswig-Holstein, Sachsen und Brandenburg, des Landtags der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol und des friesischen Parlaments.
 - 15 Quellen: https://europa.eu/citizens-initiative/initiatives/details/2017/000004_de, https://europa.eu/citizens-initiative/thresholds_de#Mindestzahl-an-Unterzeichnern-fur-Initiativen-die-zwischen-dem-172014-und-dem-31122019-registriert-wurden.
 - 16 https://europa.eu/citizens-initiative/initiatives/details/2017/000004_de
 - 17 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4047/umfrage/entwicklung-der-jaehrlichen-arbeitszeit-pro-erwerbstaetigen/> & https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/12/PD20_489_624.html
 - 18 Factsheet EBI, die bisher erfolgreichen Initiativen sind: „Wasser ist ein Menschenrecht“, „Einer von uns“, „Stop Vivisection“, „Verbietet Glyphosat“, „Minority SafePack – one million signatures for diversity in Europe“, wobei erfolgreich allein bedeutet, dass die EBI die nötige Anzahl Unterstützerbekundungen erreicht hat.
 - 19 Ausführlich <https://www.fuen.org/de/article/Fruitful-discussions-at-the-presentation-of-the-Minority-SafePack-Initiative-to-the-European-Commission>
 - 20 <https://www.fuen.org/de/article/Das-Europaeische-Parlament-fordert-von-der-Kommission->

Rechtsakte-zu-Minderheitenrechten

- 21 Zusammenfassend: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_21_82,
ausführlich: <https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/3/2021/DE/C-2021-171-F1-DE-MAIN-PART-1.PDF>
- 22 Beide Zitate auf Seite 1 der ausführlichen Antwort.
- 23 Ebd. Seite 4.
- 24 https://www.fuen.org/assets/upload/editor/docs/doc_qYrLi88f_Statement_CitCom_DE.pdf,
Brief vom 20. Januar 2021.
- 25 https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/II/Presse/PI/2021/BM/210115_minority_safepack_entscheidung.html
- 26 https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_12_336

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1, 2 Harro Hallmann (Bund Deutscher Nordschleswiger)

Das Online-Archiv der Grenzfriedenshefte beim ADS-Grenzfriedensbund e.V.

<https://www.ads-flensburg.de/archiv.html>

Zur Zeit können Sie unter dieser Internetadresse auf alle Ausgaben, sortiert nach Jahren, der Grenzfriedenshefte ab 2006 zugreifen.

Wir sind dabei, alle Ausgaben seit Erscheinen 1953 zu digitalisieren und hoffen, bis Jahresende 2021 unser Archiv an dieser Stelle vervollständigen zu können.

Die Dokumente stehen im PDF-Format zur Verfügung und können zum Beispiel mit dem kostenlos erhältlichen Programm Adobe Reader geöffnet werden.



ECHO

Reaktion auf Gerret Liebing Schlaber „Das deutsch-dänische Abstandsjaahr 2020“, Grenzfriedenshefte 2/2020

Seit nunmehr 20 Jahren schreibt unser Redaktionsmitglied Gerret Liebing Schlaber in den Grenzfriedenshefte in loser Folge Beiträge aus der Sicht eines „Grenzgängers“, der sich auf beiden Seiten der deutsch-dänischen Grenze zu Hause fühlt. Zu den Grundzügen der Grenzfriedenshefte gehört es seit jeher, dass verschiedene Meinungen zum Tragen kommen und sowohl positive Entwicklungen wie auch Probleme und Herausforderungen angesprochen werden, die in der Tagespolitik und allgemeinen Medienberichterstattung oft wenig Aufmerksamkeit erfahren. Dabei soll auch die Suche nach Lösungen befördert werden. Mit Thede Boysen hat nun ein profiliertes Kenner deutsch-dänisch-friesischer Befindlichkeiten und Mitgestalter der Entwicklung der Region den Diskussionsfaden aufgenommen und sich kritisch mit einigen Aussagen von Gerret Schlaber aus dessen Beitrag im GFH 2/2020 auseinandergesetzt

Die Redaktion

Kommentar von Thede Boysen

Gerret Liebing Schlaber nimmt das Jubiläumsjahr 2020 zum Anlass, eine Bilanz des deutsch-dänischen Verhältnisses in der Grenzregion zu ziehen. Er sieht eine günstige Gelegenheit für „eine Neubewertung des damaligen Geschehens“ und gibt ehrlich zu, dass ihn die Dimension und die nationale Ausrichtung des „Wiedervereinigungsjahres“, in der die Dänen das Ergebnis beabsichtigten zu feiern, überrascht hat. Nun, dieses ehrliche Eingeständnis unterstreicht indirekt die Erkenntnis von Steen Bo Frandsen, dass sich Dänen und Deutsche – trotz anderslautender Sonntagsreden - einander doch recht fremd und egal geworden sind.

Eine kleine Nation wie Dänemark, deren exportorientierte Volkswirtschaft erfolgreich in die sich permanent wandelnden globalisierten Märkte integriert ist, reagiert - durchaus nachvollziehbar – gesellschaftlich mit einem starken Bedürfnis nach innerem Zusammenhalt u.a. in Form von Homogenität und folglich Abgrenzung nach außen. Die traditionell anti-deutsche Komponente

im nationalen Narrativ der Dänen hat sich in den letzten Jahrzehnten durchaus abgeschwächt, aber sie ist zu lange gepflegt worden und zu tief verwurzelt, als dass sie bereits in der zweiten oder dritten Generation nach dem Zweiten Weltkrieg völlig verschwunden sein könnte, so sehr man es sich auch von deutscher Seite wünschen mag.

Gerret Schlaber stellt völlig zu Recht mit Bedauern fest, dass Geschichte im Grenzland in erster Linie dazu genutzt (bzw. missbraucht) wird, um „Aufmerksamkeit und Vermarktungsmöglichkeiten“ zu schaffen, statt „Aufklärung und Neudenken“ zu befördern. Dabei wird er m.E. dem formulierten Anspruch des Aufklärens und des Neudenkens jedoch selbst nicht ganz gerecht. Er beschreibt die Geschichte Schlesiens aus der Perspektive der „Verlierer“; loblich, aber das ist weder neu noch an sich aufklärerisch. Letztlich bleibt er in der nationalen/nationalstaatlichen Grunderzählung gefangen. Er identifiziert die Grenze von 1920 ganz richtig als „wesentliche Ursache“ für eine Reihe Probleme der heutigen Grenzregion. Das, was 1920 die Lösung des Problems bei der Entstehung der Nationalstaaten in der Mitte des 19. Jahrhunderts war, eben die Grenze, ist heute jedoch das Problem.

Die Grenzziehung wurde auf der Grundlage demokratischer Prinzipien vollzogen und anschließend von (den Mehrheiten auf) beiden Seiten effektiv vollendet. So weit so gut. Gerret Schlaber identifiziert nun die Minderheiten einschließlich des sogenannten „schleswigschen Modells“ als mögliche Akteure bzw. Instrumente, die die trennende Wirkung der Grenze überwinden könnten. Hier zeigt sich, dass seine Analyse nicht radikal genug ist, um neue Erkenntnisse hervor zu bringen. Die Minderheiten sind nicht nur in ihrer Existenz ein Ergebnis der Grenzziehung, sondern sie sind auch in ihren Funktionsweisen grenzerhaltend. Essenziell für die Minderheiten ist ja gerade nicht eine „blakkede“ schleswigsche Identität, sondern die national-deutsche bzw. die national-dänische Identität in (ideologisch) klarer Abgrenzung zur jeweils anderen Nationalität. Das Trennende zeigt sich nicht nur theoretisch in der propagierten Nationalideologie (samt entsprechenden Hochsprachen), sondern auch praktisch in der dem sogenannten „Minderheitenmodell“ zugrunde liegenden Sozialtechnik. Die hoch subventionierten Einrichtungen der dänischen Minderheit sind nach offizieller Lesart selektive Güter für Angehörige der Minderheit¹. Es gibt also dänische Einrichtungen für Minderheiten-Dänen „von der Wiege bis zur Bahre“, d.h. das Modell beruht auf der Segregation von Minderheit und Mehrheit. Dieses ist zwar im Unterschied zu den Südstaaten der USA bis in die 1960'er Jahre eine freiwillige Segregation, aber theoretisch letztlich doch ein auf strikter Trennung basierendes Modell. Im Unterschied zu Minderheitenfunktionären und hiesigen Politiker*innen dürfte dieses Außenstehenden sehr schnell auffallen und letztlich erklären, warum dieses „Modell“

kein Exportschlager geworden ist. Zudem ist das hiesige Minderheitenarrangement mit seinen Doppelstrukturen ein relativ teures Unterfangen, was das so erhoffte Kopieren des Modells in anderen Teilen der Welt zudem als sehr unwahrscheinlich erscheinen lässt. Dass vor allem Dänemark relativ viele Ressourcen in das Modell steckt, liegt wiederum am starken Nationalbewusstsein des kleinen Landes (s.o.).

Die Minderheiten sind somit nicht die Lösung für die randständige Grenzregion, sie sind vielmehr Teil des Problems. Sie müssen die Grenze, das Trennende, in den Köpfen ständig reproduzieren, um schließlich ihre Existenz- und Zuschussberechtigung zu erhalten. Die Minderheiten sind genauso Teil der symbolischen Politik und Grenzlandfolklore wie die von Gerret Schlaber zu Recht kritisierten leeren Sonntagsreden der Politiker*innen und die strukturelle Ignoranz der öffentlichen Verwaltungen für das, was auf der anderen Seite der Grenze passiert. Schlabers Lösungsvorschlag, neue Anlässe zu suchen, um noch mehr Jubiläen zu feiern und „Heldengedenktage“ zu begehen, kann daher auch nicht wirklich überzeugen.

Die Grenze in den Köpfen ist das Ergebnis zielgerichteter Politik von hundert Jahren mit einem nicht geringen Einsatz von Ressourcen und konsequenter institutioneller Einbindung des Grenzlandes in die jeweiligen Staatsadministrationen. Bevor sich diese materiellen Rahmenbedingungen nicht ändern bzw. bewusst an neue Herausforderungen angepasst werden, wird sich auch in den Köpfen, weder bei den Minderheitenangehörigen noch bei der Mehrheitsbevölkerung etwas Entscheidendes ändern und letztlich wird die provinzielle Selbstzufriedenheit obsiegen.

Antwort von Gerret Liebing Schlaber

Thede Boysen hat in seiner Stellungnahme einige meiner Äußerungen im Beitrag „Das deutsch-dänische Abstandsjaahr“ aufgenommen, kritisch kommentiert und hinterfragt. Dafür möchte ich ihm sehr danken, denn eine offene Diskussion zu aktuellen Angelegenheiten der Grenzregion ist schon immer ein zentrales Anliegen der Grenzfriedenshefte und auch meiner eigenen Beiträge gewesen. Weitere Diskussionen sind selbstverständlich hochwillkommen.

Den ironischen Seitenhieb, dass meine Irritation über das Ausmaß der nationalen Genforenings-Manifestation indirekt die von Steen Bo Frandsen festgestellte deutsch-dänische Entfremdung bestätige, kann ich durchaus gelten lassen. In der Tat versuche ich in meinen Grenzgänger-Artikeln stets, über Entwicklungen in der Grenzregion zu diskutieren, die mich befremden, und dazu gehören die wieder verstärkte Rückbesinnung auf nationale Abgrenzungen (nicht nur hier) und das Nichterkennen(-Wollen?) der Chancen von mehr

grenzüberschreitender Gemeinsamkeit. Dass man im Zuge immer stärkerer globaler Verbindungen und Einflüsse und immer schnellerer Veränderungen Halt in etwas Vertrautem sucht, kann ich selbstverständlich nachfühlen. Dass dies aber ausgerechnet nationale Abgrenzung sein soll, die nicht nur keine Antworten auf aktuelle Herausforderungen bietet, sondern ganz im Gegenteil längst verlandete Gräben wieder aufreißt, ist gerade aus Grenzlandsicht keine gute Perspektive.

Thede Boysen schreibt, dass ich die Geschichte aus der Perspektive der „Verlierer“ beschreibe. Das sehe ich nicht so, denn neben dem Blickwinkel der Minderheiten von damals habe ich sehr wohl weitere regionale und lokale Zugangsmöglichkeiten benannt. Im Umgang mit der Geschichte müssen stets verschiedene Perspektiven in Betracht bezogen werden. Umso ärgerlicher ist es, wenn wie im Fall von „Danmarks Genforening“ praktisch nur eine Lesart zum Tragen (und Feiern) kommt und differenzierte Betrachtungsweisen bestenfalls am Rande Platz finden.

Sicherlich hat Thede Boysen nicht ganz unrecht, wenn er kritische Worte für das Abgrenzungs-Narrativ der Minderheiten und deren Beteiligung an „der symbolischen Politik und Grenzland-Folklore“, speziell bei den dänischen Südschleswigern findet.² Aber es sind m. E. die Minderheiten, die am stärksten die Verbindung über die Grenze hinweg erhalten, nicht nur wegen ihrer Sprach- und Kulturkompetenz. Und zum anderen unterscheiden sich die offizielle Lesart der von der Mehrheitsgesellschaft segregierten Minderheiten und die Lebenswirklichkeit und Denkweise vor allem der meisten mir bekannten jüngeren Angehörigen der Minderheiten stark voneinander. Die „klare Abgrenzung“ ist im Alltag keineswegs klar. Die Allermeisten zählen auch wesentliche Teile ihrer Mehrheitsumgebung zu ihrer persönlichen Identität und isolieren sich nicht von dieser, auch wenn sie Minderheitsschulen besuchen und zahlreiche weitere Angebote ihrer Organisationen nutzen. Hingegen sehe ich trotz sicherlich zahlreicher privater und geschäftlicher deutsch-dänischer Kontakte viel zu selten, dass ein solches grenzüberschreitendes und kulturverbindendes Bewusstsein bei der einsprachigen Mehrheitsbevölkerung zu beobachten ist. Hier erlebt man trotz mancher guten Initiative und Verbindung leider – wie nicht nur von mir festgestellt – allzu oft Unwissenheit und Gleichgültigkeit.

Mit seiner Kritik an den relativ hohen materiellen Kosten des „hiesigen Minderheitenarrangements mit seinen Doppelstrukturen“ steht Thede Boysen nicht allein da. Aber was wäre, wenn es diese Einrichtungen der Minderheiten nicht gäbe? Sicherlich basiert ein wesentlicher Teil der Erfolge des „Schleswigschen Modells“ darauf, dass beide Nachbarländer sehr wohlhabend sind und dass die Angehörigen der Minderheiten durch ihr „Anderssein“ keine wirtschaftlichen Nachteile erleben. Ganz im Gegenteil: Allein schon durch ihre Kultur- und

Sprachkompetenz sind Absolvent*innen der Minderheitsschulen in beiden Ländern im Vorteil und die Sichtbarkeit der Minderheiten macht die Region als Ganze interessanter. Im Übrigen geht ein wesentlicher Teil der Zuschüsse für die Minderheiten in den Schulbetrieb und müsste ohnehin fließen, dann allerdings ohne den genannten Kompetenz-Mehrwert als Ergebnis.

Abschließend meint Thede Boysen, dass die „Grenze in den Köpfen“ das Ergebnis zielgerichteter Politik sei. Das sehe ich genauso; die von mir kritisierte jüngste dänische Geschichtspolitik in Bezug auf 1920 zählt für mich ebenso als Fortsetzung dieser Politik wie auch weitere Maßnahmen wie der Wildschweingrenzzaun, die nicht existente gegenseitige Abstimmung in der Corona-Politik inklusive der Grenzschließungen und die offenbar auf Dauerhaftigkeit angelegten Grenzkontrollen seit Februar 2016. Die vielen positiven Beispiele guter regionaler Zusammenarbeit und des harmonischen Miteinanders aus den letzten Jahrzehnten können diese provinzielle nationale Abstandspolitik bisher nicht aufwiegen.

Meine von Thede Boysen kritisierte Idee, in den kommenden Jahren Jubiläumsfeiern zu Ereignissen zu begehen, die Deutsche und Dänen anders als die Grenzziehung 1920 einander nähergebracht haben, war nicht ganz ohne Ironie gemeint, zumal eine ähnliche Mobilisierung wie für 1920-2020 kaum realistisch erscheint. Dennoch bin ich überzeugt davon, dass ein angemessenes öffentliches Erinnern an die Einführung z.B. der freien Grenzpassage, der harmonisierten Minderheitenordnungen und des gemeinsamen Marktes die Menschen eher zusammenbringen kann als künstliche Grenzfriedensshows am Rande von nationalen Veranstaltungen zu etwa 1864 und 1920. Statt der ständig wiederholten „Von-Feindschaft-zu-Freundschaft“- und „Vorbildliche-Minderheitenlösung-Rhetorik“, mit der unterschwellig ein deutsch-dänischer „Urkonflikt“ gezeichnet und dessen Überwindung zur besonderen Leistung hochstilisiert wird, ist es an der Zeit, endlich auch einmal die vielfältige und lange „gute“ Geschichte der Region für sich sprechen zu lassen. Noch viel mehr wünsche ich mir aber, dass man im Hier und Jetzt die Herausforderungen, aber eben auch Chancen, Möglichkeiten und Vorzüge dieser gemeinsamen Region Schleswig erkennt, nutzt und ausbaut - und zwar ganz selbstverständlich.

Antwort Thede Boysen:

Meine kritischen Anmerkungen zum Beitrag von Gerret Schlaber sind als klassische Anti-These zu verstehen. Während Schlaber mit feinem Gespür die von ihm beobachteten Verhältnisse aus normativer Sicht kritisiert, stellen meine Aussagen den Versuch dar, „realpolitisch“ zu erklären, warum die Verhältnisse im Grenzland so sind, wie sie sind, denn das ist kein Zufall. Um die von uns beiden – mit Bedauern – konstatierte weitgehende Stagnation der Region zu überwinden, bedarf es nach einer zutreffenden Analyse adäquater politischer Maßnahmen, um Verbesserungen zu erreichen. Vielleicht trägt unser Diskurs zu einer entsprechenden Meinungsbildung bei.

Anmerkungen:

- 1 Die Funktionsweisen und Machtpositionen in Bezug auf die sozialen Schließungs- und Zugangsmechanismen der Minderheiten sind ein eigenes – bisher weitgehend unbeachtetes – Thema
- 2 In der Tat gibt es dort - vor allem in Flensburg Avis - seit mindestens 20 Jahren eine Dauerdebatte darüber, wie das „Dänentum“ (danskheden) zu interpretieren sei - sowohl in Bezug auf den Zusammenhang mit Dänemark als auch hinsichtlich des Umgangs mit (und der Abgrenzung zu) dem deutschen Umfeld, dem sich die Minderheitenangehörigen nicht entziehen. Während der Fertigstellung dieses Beitrags staune ich über einen aktuellen Aufmacher in Flensburg Avis, wonach der Jugendverband (SdU - Sydslesvigs danske Ungdomsforeninger) die Zuschüsse an die Mitgliedsvereine davon abhängig machen wolle, wie dänisch diese seien. Vgl. Camilla Sørensen: Ny tilskudsmodel vil belønne klubber efter danskhed, Flensburg Avis, 23.4.2021.

Abkürzungen: BDN: Pressemitteilung des Bundes Deutscher Nordschleswiger; B.T: Boulevardausgabe von Berlingske Tidende unter diesem Kürzel; DR: Danmarks Radio; FLA: Flensburg Avis; FT: Flensburger Tageblatt; GFH: Grenzfriedenshefte; JP: Morgenavisen/Jyllandsposten; JV: Jydskke Vestkysten; MLSH: Medieninformationen der Landesregierung Schleswig-Holstein; NDR: Norddeutscher Rundfunk; NFI: Pressemitteilung des Nordfriisk Instituut; NOS: Der Nordschleswiger; Pol: Politiken; SHZ: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag; SN: Schleswiger Nachrichten; SSF: Pressemitteilung des Sydslesvigsk Forening.

15. Juni 2021

Deutsch-dänische Beziehungen

Starke Einschränkungen durch fortwährende Corona-Pandemie

2020 ist auch in der Region beiderseits der deutsch-dänischen Grenze in erster Linie als das Jahr der Corona-Pandemie in die Geschichte eingegangen. Doch die Hoffnung, dass diese 2021 schnell überwunden werden könnte, hat sich in den ersten Monaten des Jahres keineswegs erfüllt. Während es im Spätsommer 2020 eine gewisse Atempause gegeben hatte, in welcher allerdings nach wie vor Kontaktbeschränkungen gelten mussten, setzte im Herbst die von vielen Experten befürchtete zweite Infektionswelle ein. Bereits Ende November (kurz nach dem Redaktionsschluss der letzten GFH-Ausgabe) mussten die Kontaktbeschränkungen und Reisewarnungen beiderseits der Grenze verschärft werden. In Dänemark wurde die in Deutschland seit Monaten bestehende Maskenpflicht in öffentlichen Gebäuden und Geschäften eingeführt. Die Infektionszahlen stiegen indessen weiter. Schließlich

blieb nichts anderes übrig, als einen neuen Lockdown zu verhängen. Mitte Dezember schlossen in Deutschland wie in Dänemark alle nicht für den unmittelbaren täglichen Bedarf notwendigen Geschäfte und Institutionen, wobei der Einzelhandel allerdings in Dänemark noch bis zum 23.12. geöffnet blieb. Die persönlichen Kontakte mussten schrittweise noch weiter eingeschränkt werden.

De facto kam es auch erneut zu einer Grenzschließung, allerdings mit einigen Unterschieden zur Situation ab März 2020. Während die deutschen Behörden sich nur punktuell an der Grenze zeigten, gab es in Richtung Dänemark – anders als noch zunächst im November – ebenfalls für Schleswig-Holsteiner nur noch mit Nachweis triftiger Gründe und negativen Corona-Testergebnissen ein Durchkommen. Dies betraf auch die Arbeitspendler, die ab Anfang Januar einen höchstens eine Woche alten negativen Test vorlegen mussten. Dies führte wegen der sehr kurzfristigen Anordnung zu chaotischen Zuständen an den Testzentren mit langen Warteschlangen während des Winter-

einbruchs. Wer mit Wohnsitz in Dänemark kurzfristig wieder einreisen wollte, konnte hingegen zügig passieren. Dänische Staatsbürger, die in Deutschland ansässig sind, mussten sich zunächst gar nicht testen lassen, während andere Reisende einen nicht mehr als 24 Stunden alten Negativtest vorweisen mussten (NOS 11.1.). Zudem war eine zehntägige Quarantäne für Einreisende vorgesehen.

Während die schleswigsche Region bis dahin vergleichsweise glimpflich durch die Pandemie gekommen war, spitzte sich die Lage im Winter zunächst in Nordfriesland, ab Mitte Januar aber vor allem in Flensburg zu. Noch Mitte März lagen die Fallzahlen hier so hoch, dass sich die Wiederöffnung der meisten Geschäfte und die Lockerung der Kontaktverbote im Vergleich zum übrigen Land deutlich verzögerte. In Dänemark blieb der Großraum Kopenhagen am stärksten betroffen. Aber auch die grenznahen Kommunen erlebten zeitweise immer wieder steigende Infektionszahlen. Immerhin gab es anders als beim ersten Lockdown von Beginn an einige Ausnahmeregelungen für Grenzlandbewohner*innen, auch bei den dann einsetzenden Lockerungen wurde ihnen meist etwas mehr Freiheit zugestanden als Menschen von außerhalb der Region.

Nur die wichtigsten Grenzübergänge blieben rund um die Uhr geöffnet. Die meisten kleineren waren nur tagsüber (meist erst ab 10 Uhr) zugänglich, die kleinsten wurden ganz abgesperrt,

aber auch wieder mittelgroße wie Rutebüll/Rosenkranz. Deutsche Staatsbürger ohne Wohnsitz oder Arbeitsplatz konnten sehr lange überhaupt nicht nach Dänemark einreisen. Auf deutscher Seite wurde hingegen nur sehr selten kontrolliert, obwohl Dänemark auch aus deutscher Sicht Risikogebiet war. Mitunter kam es zu dabei grotesken Situationen. Ein in Flensburg mit der Bahn gestrandeter 29-jähriger Däne musste im Freien übernachten, da kein Hotel und keine Gaststätte geöffnet werden durfte und selbst der Bahnhof nachts geschlossen bleiben musste (FLA 3.3.). Erst kurz vor Ostern kam es dank sinkender Infektionszahlen wieder zu vorsichtigen Öffnungen in Flensburg. Eine erste vorsichtige Lockerung auf dänischer Seite betraf zunächst nach dem 7.2. die Grundschul Kinder bis Klasse 4. Ab 1. März änderte sich angesichts nur langsam fallender Infektionszahlen nur wenig. Erst kurz vor den Osterferien konnten die Abschlussklassen zeitweise zurückkehren, doch blieb Online-Unterricht noch lange dominant. Erst ab dem 24. Mai konnten alle Jahrgänge wieder durchgehend in die Schule kommen, in Schleswig-Holstein geschah dies nach langem Lockdown eine Woche später.

Möglich wurden die Lockerungen auch durch immer mehr Impfungen zunächst der älteren Jahrgänge und des medizinischen Fachpersonals. Zudem wurden Schnelltests so weit entwickelt, dass sie flächendeckend

eingeführt werden konnten. Auch an Schulen mussten sich alle Anwesenden zweimal wöchentlich testen lassen, die Vorlage eines höchstens drei Tage alten negativen Testergebnisses war ebenso für viele andere Einrichtungen Zutrittsvoraussetzung. Die Testpflicht blieb auch bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe weiterhin bestehen.

Ab April entwickelte sich Schleswig-Holstein und namentlich Südschleswig wieder zu dem Gebiet mit den deutschlandweit niedrigsten Infektionszahlen. Diese Tendenz setzte sich im Mai fort. Auch Dänemarks Südwesten wurde immer seltener getroffen. Und endlich sanken die gesamten Fallzahlen in beiden Ländern und in ganz Europa, so dass Ende Mai wieder einigermaßen Normalität einkehrte und z. B. die Gastronomie wieder öffnen konnte. Dennoch blieb beiderseits der Grenze die Maskenpflicht in Geschäften und öffentlichen Einrichtungen bestehen.

Angesichts der bevorstehenden Lockerungen zog der Chefredakteur des Nordschleswigers Gwyn Nissen allerdings auch eine kritische Bilanz; in seinem Leitartikel „Stillschweigende Trennung“ führte er u.a. aus: „Das deutsch-dänische Grenzland hat während der Corona-Pandemie nicht wirklich eine Sonder-Regelung bekommen – außer dass Schleswig-Holstein nun bei der Einschätzung der Corona-Lage unabhängig von Deutschland isoliert betrachtet wird und dass es einige wenige triftige

Gründe für den Grenzübertritt gibt. Für die große Mehrheit (und unsere Minderheit) in Nordschleswig war Deutschland fast ein halbes Jahr geschlossen. Schlimm ist, dass das Grenzland diese Situation inzwischen stillschweigend akzeptiert hat. Wir haben aufgegeben, weil die Regierung in dieser Frage nicht zu bewegen war, und die Zusammenhänge einer Grenzregion bis heute einfach nicht verstanden hat. In den vergangenen Wochen gab es keinen Aufstand von Politikern, Bürgermeistern, Minderheiten oder in der Mehrheit in Nordschleswig. In der Zwischenzeit konnte man von Dänemark aus nach Kreta, Mallorca oder Portugal fliegen – aber nicht nach Flensburg oder Leck fahren, wo die Inzidenzen in jüngster Zeit geringer waren als in den meisten dänischen Kommunen. Die Regierung hat wieder einmal das Grenzland vergessen und einfach im Stich gelassen.“ (NOS. 18.5.)

Auch die dänischen Einreisekontrollen blieben unverändert bestehen. Größere Veranstaltungen waren weiterhin nicht möglich. Zudem blieb die Lage in anderen Teilen der Welt dramatisch, ein Ende der Pandemie ist bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe trotz vieler positiver Entwicklungen in Europa und gerade in der schleswigschen Region beiderseits der Staatsgrenze nicht in Sicht.

Zweimal Impfstoff aus Dänemark nach Schleswig-Holstein

Am 10. Mai wurden aus Dänemark 55.000 Impfdosen des Herstellers AstraZeneca gegen Covid19 nach Schleswig-Holstein geliefert und am Rastplatz Ellund von Ministerpräsident Daniel Günther und Generalkonsul Kim Andersen symbolisch in Empfang genommen. Bis zum 7. Juli sollte Schleswig-Holstein seinerseits eine entsprechende Impfstoffmenge eines anderen Herstellers nach Norden liefern. Am 31. Mai wurde die Lieferung weiterer fast 60.000 Impfdosen aus Dänemark vereinbart, für die keine Gegenlieferung erwartet wurde. Für Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) sei der Vertrag „ein weiteres Beispiel für die gute Zusammenarbeit und das vertrauensvolle Verhältnis“ mit dem nördlichen Nachbarn. Wegen der Berichte über mögliche Nebenwirkungen hat Dänemark den Impfstoff von AstraZeneca ausgesetzt; in Schleswig-Holstein sollte dieser nun v.a. an Haus- und Betriebsärzte verteilt werden (alle, 10. und 31.5.).

Dänischer Geheimdienst unterstützte NSA beim Ausspionieren deutscher Spitzenpolitiker

Nach Recherchen von DR-Journalist*innen in Zusammenarbeit mit NDR, WDR, SZ und norwegischen, schwedischen und französischen Medien unterstützte Dänemarks militärischer Abschirmdienst und Auslandsgeheimdienst FE (Forsvarets Efterretningstjeneste) die US-amerikanische NSA (National Security Agency) beim Ausspionieren mehrerer Spitzenpolitiker in Norwegen, Schweden, den Niederlanden, Frankreich und Deutschland, darunter Bundeskanzlerin Angela Merkel, den damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier und den SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück. Auch wichtige Behörden in Dänemark wurden ausspioniert. Die Machenschaften der NSA waren seinerzeit durch den Whistleblower Edward Snowden bekannt gemacht worden. Die Beteiligung des FE wurde bereits im Mai 2015 in der „Operation Dunhammer“ (Rohrkolben) festgestellt, deren Ergebnisse allerdings geheim gehalten wurden und die offenbar nicht zum Ende der Zusammenarbeit geführt hatten. Im August 2020 legte jedoch die Aufsichtsbehörde für die Geheimdienste Verteidigungsministerin Trine Bramsen einen Bericht mit vernichtender Kritik am FE vor, was personelle Konsequenzen für einige hochrangige FE-Mitarbeiter hatte; dessen früherer Chef

Thomas Ahrenkiel wurde nicht wie vorgesehen Botschafter in Deutschland. Doch erst die aktuellen journalistischen Recherchen brachten an die Öffentlichkeit, dass FE der NSA bei der Spionage auch deutscher Politiker massiv unterstützt hatte. Die Betroffenen erfuhren erst jetzt von den Machenschaften des FE, obwohl die politisch Verantwortlichen in Dänemark seit langem hiervon gewusst hatten, die Verbündeten jedoch nicht informierten. Unmittelbar vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe gab es von Seiten der Betroffenen, aber auch innerhalb Dänemarks heftige Kritik, die Folgen der Affäre waren nicht abzusehen (alle, v.a. DR ab 28.5.).

Deutsch-dänische Freundschaftserklärung

Am 16.3. verkündeten die beiden Außenminister Jeppe Kofod und Heiko Maas bei einem Online-Treffen eine Freundschaftserklärung. Diese hätte bereits ein Jahr vorher als ein Höhepunkt des „kulturellen Freundschaftsjahres“ veröffentlicht werden sollen, was der Corona-Pandemie zum Opfer fiel. Die Reaktionen auf die Erklärung, die im Internet u.a. unter der Adresse <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/deu-dnk-freundschaftserklaerung/2448016> gelesen werden kann, waren eher verhalten (NOS 17.3., FLA 18.3.).

Deutsche und dänische Politik

Weiterhin keine Ausnahme für deutsche Predigten

Die Gesetzesinitiative, dass künftig alle in Dänemark gehaltenen Predigten auch in dänischer Übersetzung vorliegen müssen (vgl. GFH 2/2020, S. 246f.), steht weiterhin in der Kritik. Sowohl die Haderslebener Dompropstei als auch die Gesellschaft für dänische Sprache Sprogforeningen machten in TV2 darauf aufmerksam, dass eine solche Ordnung einen Bruch mit sowohl der Tradition in der Region als auch mit der seit Jahrzehnten vertrauensvollen deutsch-dänischen Zusammenarbeit bedeuten und den betroffenen Geistlichen der deutschen Nordschleswiger*innen eine Menge Mehrarbeit und Bürokratie aufbürden würde. Die verantwortliche Kirchenministerin Joy Mogensen wollte sich hierzu erst äußern, wenn die Gesetzesvorlage vorgestellt wird, was nach Stand bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe im Oktober 2021 der Fall sein soll (TV2, 3.5.).

Asylspray-Urteil aufgehoben

Vier Männer, die in Hadersleben imitierte Pfefferspraydosen mit Aufschriften verteilt hatten, auf denen Migranten pauschal der Belästigung dänischer Mädchen bezichtigt wurden, waren sowohl vom Byret (entspricht einem Amtsgericht) in Sønderburg als auch von Landesgericht in Viborg wegen Verstoß gegen § 266 b („Rassismusparagraph“) verurteilt worden. Dieses Urteil gegen u.a. den damaligen Vorsitzenden der kurzlebigen Rechtsaußenpartei „Danskernes Parti“, Daniel Stokholm (damals Carlsen), wurde vom Højesteret (oberster Gerichtshof) aufgehoben, da nach Auffassung der dortigen Richter zwar eine pauschale Beschimpfung von Menschen vorgelegen habe, nicht aber zielgerichtet eine Menschengruppe nach den im Paragraphen genannten Kriterien wie Hautfarbe, nationale Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung herabgewürdigt worden sei (FLA 23.1.).

Neue Verschärfungen in der Integrationspolitik

Auch unter der seit 2019 amtierenden sozialdemokratischen Regierung wird die Integrationspolitik weiter verschärft. Für Aufsehen sorgte zunächst die Ankündigung von Minister Mattias Tesfaye, dass Menschen mit nordafrikanischem, nahöstlichem oder türkischem Hintergrund künftig als eigene statistische Gruppe geführt werden sollen. Zeitlich bemerkenswert kurz nach dem medienwirksamen Parteaustritt der früheren, für ihre ständigen Regelverschärfungen bekannten – und dafür auch weit außerhalb des rechtspopulistischen Wählerspektrums populären – Ministerin Inger Støjberg aus der Venstre-Partei im Zuge eines anstehenden Reichsgerichtsprozesses wegen möglicher Rechtsbeugung in ihrer Amtszeit forderte Venstre erneute Hürden für die Erlangung der dänischen Staatsbürgerschaft. Dem folgten auch die regierenden Sozialdemokraten (FLA 11.2.). Internationale Aufmerksamkeit erregte jedoch vor allem die Initiative des Innenministeriums, die bisherige – in Europa einmalige – „Ghetto-Regelung“ durch eine verbindliche Obergrenze des Anteils an Bewohnern mit nicht-westlichem Hintergrund in Wohnvierteln zu ersetzen. Als „Ghetto“ klassifiziert wurden Wohngebiete, in denen mindestens zwei der folgenden vier Punkte zutrafen: über 40% Arbeitslosigkeit, durchschnittliches Bruttoeinkommen der Bewohner un-

ter 55% des regionalen Mittelwerts, über 60% der 39-50jährigen ohne höheren Bildungsabschluss und Kriminalitätsrate dreimal höher als im Landesdurchschnitt. Dies betraf landesweit zuletzt 15 Viertel, 25 standen auf der Vorwarnliste. Im „Ghetto“ sollten viele Strafen höher geahndet werden und Kinderbetreuung in öffentlichen Institutionen für alle mindestens ein Jahr lang verbindlich sein. Laut Bauministerium sollen unter den Bewohnern nun ausdrücklich nicht mehr als „Ghetto“ zu bezeichnende Wohnviertel künftig höchstens 30% mit nicht-westlichem Hintergrund sein, um „das Risiko der Entstehung religiöser und kultureller Parallelgesellschaften“ zu mindern (u.a. Spiegel, 18.3.).

Dänische Asylpolitik weiter verschärft

Auch das im europäischen Vergleich äußerst restriktive Asylrecht wurde erneut verschärft und hat eine ganz neue Dimension erreicht: Nach Beschluss einer deutlichen Mehrheit im Folketing können Asylsuchende künftig vor dem Verfahrensbeginn in ein Drittland abgeschoben und dort in einem Auffanglager interniert werden, bis das Asylverfahren abgeschlossen ist. Dänemark verhandelt mit u.a. Ägypten, Tunesien, Äthiopien und Ruanda über die Einrichtung solcher Lager, deren Finanzierung noch im Einzelfall vom Folketing gutgeheißen werden muss. Im übrigen

Europa wird diese Politik als weiterer Bruch mit den Bemühungen der EU gewertet, eine einheitliche Asyl- und Migrationspolitik aufzubauen. Auch Menschenrechtsorganisationen und das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR kritisierten die dänische Gesetzesnovelle scharf und als nicht mit der UN-Flüchtlingskonvention vereinbar (u.a. Spiegel, 3.6.).

Strafanzeigen durch Aufnahmebehörde

Die für die Betreuung künftiger Zuzügler zuständige Behörde „Styrelse for international rekruttering og integration“ (SIRI) hat innerhalb eines Monats 191 Strafanzeigen wegen angeblicher Nichteinhaltung von aktuellen Quarantäneregeln gegen ihre Klienten bei der Polizei eingereicht. Allein in Apenrade, wo die SIRI-Abteilung vor allem für Zuzügler aus Schleswig-Holstein zuständig ist, geschah dies in 29 Fällen – wie etwa bei einem dänischen Staatsbürger, der mit aktuellem negativen Test einreiste, in Apenrade nur seine Bewerbung einreichte und gleich wieder nach Schleswig-Holstein zurückfuhr. Fast alle Fälle wurden, als das mediale Interesse zunahm, umgehend wieder eingestellt (FLA 18.3.).

Dänische Regierung für mehr nationale Selbstbestimmung bei Grenzkontrollen

Mit einer breiten Mehrheit im Folketing wurde beschlossen, die Grenzkontrollen beizubehalten. „Die Regierung möchte die Grenzkontrollen aufrechterhalten, so lange das notwendig ist, um Dänemark vor Terror und organisierter Kriminalität zu schützen“, erklärte Justizminister Nick Hækkerup (NOS 10.12.). Im Mai wurden die Kontrollen erwartungsgemäß – von der Öffentlichkeit kaum noch bemerkt – für ein weiteres Halbjahr verlängert. Angesichts einer von der EU-Kommission geplanten Neufassung der Regeln des Schengener Abkommens zum freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen in Europa hat Dänemarks Integrationsminister Mattias Tesfaye gefordert, mehr Flexibilität und nationale Selbstbestimmung in Bezug auf die Einführung von Grenzkontrollen festzuschreiben (NOS 17.5.).

Kein Steuerabkommen für Grenzpendler im Homeoffice

Deutschland hat mit vielen Nachbarländern, mit denen Doppelbesteuerungsabkommen bestehen, angesichts der wegen der Corona-Pandemie zahlreichen Verlegungen von Arbeitsprozessen in das heimische Büro Konsultationsvereinbarungen abgeschlossen, wonach die Betroffenen ihre Einkommenssteuer nach wie vor am Sitz ihres Betriebes abführen sollen. Dänemark wollte eine solche Übereinkunft nicht eingehen. Steuerminister Morten Bødskov führte hierzu aus: „Es wurde keine besondere Absprache mit Deutschland getroffen, weil diese nach geltenden Bestimmungen auch dazu geführt hätte, dass Dänemark einseitig das Recht aufgeben würde, die Homeoffice-Tage dänischer Grenzpendler zu besteuern.“ (Üb. NOS). Zwar lagen keine Zahlen vor, wie viele Grenzpendler tatsächlich zeitweilig im Homeoffice der eigenen Wohnung arbeiten mussten. Angesichts der realen Grenzpendlerzahlen sowohl in Schleswig (2019: über 12.500 von Süd nach Nord, nur 605 von Nord nach Süd) und ebenso am Öresund (auch hier gut zehnmals mehr Pendler*innen nach Dänemark als nach Schweden) kann dies eher ein Nachteil für Dänemark gewesen sein; zudem sorgte es für viel Verunsicherung unter den Betroffenen (NOS 18.12.).

Volksgruppen und Minderheiten

Jahrestreffen unter Corona-Auflage

Nach dem pandemiebedingten Ausfall 2020 konnten die traditionsreichen Jahrestreffen der dänischen Minderheit 2021 zumindest mit kleinem Publikum veranstaltet werden. Besonders bemerkenswert war die Veranstaltung in der Flensburger Idrætshalle, bei der Folketingspräsident Henrik Dam Kristensen, Landtagspräsident Klaus Schlie (der teilweise dänisch sprach) und Regionspräsidentin Stephanie Lose die Ansprachen hielten und die Bedeutung von Minderheiten und Grenzregion hervorhoben. Die legendäre Schauspielerin Gिता Nørby und der bekannte Musiker Sigurd Barrett (GFH 1/2020, S. 113) sorgten für hochkarätige Unterhaltung vor einem pandemiebedingt sehr übersichtlichen Publikum. Im Hof von Flensborghus bestätigten u.a. Außenminister Jeppe Kofod, Ministerpräsident Daniel Günther und Oberbürgermeisterin Simone Lange das trotz der Schwierigkeiten der jüngsten Zeit ausgezeichnete deutsch-dänische Verhältnis, was Kofod und Günther bei einem Arbeitstreffen bei dieser Gelegenheit nochmals bekräftigten. Letzterer sprach sich dafür aus, sich weiter unermüdlich für die Ziele von Minority SafePack (s.o.) einzusetzen (FLA 31.5.)

Weiterhin keine zentrale EU-Gesetzgebung zum Minderheitenschutz

Nachdem sich eine Mehrheit im EU-Parlament (alle, 17.12., vgl. a. GFH 2/2020, S. 248) für einen gesetzlich im EU-Recht verankerten Minderheitenschutz gemäß den Forderungen aus der europäischen Bürgerinitiative Minority SafePack ausgesprochen hatte, lehnte die EU-Kommission dies wie schon 2013 ab. Für eine neue Gesetzesordnung sehe die Kommission, bei der nach EU-Recht die alleinige Initiative für neue Gesetzesvorhaben obliegt, keine Notwendigkeit, zumal seit 2013 einige Verbesserungen vorgenommen worden seien. Diese Reaktion löste nicht nur bei den Minderheiten Entrüstung aus (alle, ab 15.1.). Mehr hierzu im Beitrag von Harro Hallmann im vorliegenden Heft.

Lösung für Schülerbeförderung

Der langwierige Streit um einen gleichberechtigten Zuschuss für Beförderung von dänischen Minderheitenschülern im Kreis Schleswig-Flensburg ist beigelegt worden. Rückwirkend ab dem 1.1. erhalten nun auch die Schulen der dänischen Minderheit den gleichen Betrag wie die öffentlichen Schulen. Der Minderheitenbeauftragte des Landes, Johannes Callsen drückte seine Erleichterung über die gefundene Lösung aus (FLA 21.1.).

Nordschleswiger nur noch online und vierzehntägig

Genau 75 nach seinem ersten Erscheinen wurde der Nordschleswiger wie bereits 2019 beschlossen als Tageszeitung eingestellt. Nur noch alle 14 Tage erscheint eine Papireausgabe mit den wichtigsten aktuellen Berichten. Dafür wurde das Online-Angebot ausgeweitet: unter nordschleswiger.dk erscheinen täglich neue Berichte und Kommentare.

Wirtschaft und Soziales

Studie über grenzüberschreitendes Bewusstsein

Die Menschen, die nördlich und südlich der deutsch-dänischen Grenze leben, sind mehrheitlich der Auffassung, dass sie viele Gemeinsamkeiten haben. Aus der Analyse „Grænselandet på tværs – Identitet, sprog og bevægelse over grænsen“, die die Region Süddänemark in Auftrag gegeben hatte, geht hervor, dass 83 Prozent der Dänen und 75 Prozent der Deutschen im Grenzland in hohem oder mäßigem Grad der Ansicht sind, dass es unter anderem in Kultur und Mentalität viele Gemeinsamkeiten gebe. Diese Auffassung ist in allen Altersgruppen vertreten. Rund 1.000 Befragte – je zur Hälfte nördlich und südlich der Grenze – gaben im Februar und März Auskunft zu einer Reihe von Fragen zu Identität,

Gemeinschaft, Sprachverständnis und grenzüberschreitenden Kontakten. Demnach werden die Stärken der Region allerdings zu oft übersehen, zudem waren die Ergebnisse bei den gegenseitigen Sprachkenntnissen und (v.a. nördlich der Grenze) in puncto Unzufriedenheit mit dem Wohnsitz weniger erfreulich. Die Studie kann unter folgender Adresse eingesehen werden: <https://fremtidensyddanmark.regionsyddanmark.dk/publikation/graenselandet-paa-tvaers-identitet-sprog-og-bevaegelse-over-graensen/>. (NOS 10.12.).

Sprachkenntnisse wichtig für Erfolg

Zum wiederholten Mal (vgl. u.a. GFH 1/2020, S. 251) bestätigen deutsche wie dänische Arbeitgeber anhand vieler Beispiele, dass Angehörige der Minderheiten nicht zuletzt wegen ihrer Sprach- und Kulturkompetenz es für Firmen erleichtern, im Nachbarland Fuß zu fassen. Englisch als Hilfssprache ist hierfür nicht ausreichend (FLA 17.12.).

Infrastruktur

Fehmarnbelttunnel in Bau

Nach der Abweisung der letzten Klagen durch das Bundesverwaltungsgericht im November 2000 (GFH 2/2020, S. 252) wurde zum Jahresbeginn bei Rødby auf Lolland mit dem Bau der festen Fehmarnbeltquerung begonnen (alle, 1.1.f.).

Neue Chance für Hauptbahn und Alsen-Fünen-Brücke

In ihrem Entwurf für einen umfassenden Infrastrukturplan für ganz Dänemark hat das Verkehrsministerium unter Benny Engelbrecht die baldige Rekonstruktion des zweiten Gleises auf der Hauptbahn zwischen Pattburg und Tingleff sowie eine Machbarkeitsstudie für eine feste Querung zwischen Alsen und Fünen berücksichtigt (FLA/JV 8.4., vgl. u.a. GFH 2/2020, S. 253). Selbst die oppositionelle Venstre-Partei, die in ihrem Plan von 2019 beides nicht erwähnt hatte, signalisierte Zustimmung, wenn der Plan im Spätsommer im Folketing beschlossen werden soll (JV 10.5.). Damit rückt die schon 1993 grundsätzlich beschlossene Beseitigung des 13 km langen Engpasses auf der wichtigsten Bahn der Region in greifbare Nähe. Das Brückenprojekt hingegen wird zunächst nur als Autobahnverbindung untersucht.

Sprache, Bildung und Kultur

Geld für Sprachprojekte verfügbar

Im Rahmen des Interreg-Projektes KursKultur 2.0 stand im März noch viel Geld für grenzüberschreitende Sprach- und Kulturprojekte zur Verfügung (FLA 11.3.). Auch kultKIT läuft bis Ende März 2022, weitere Förderungen sind möglich.

Unterstützung durch Auswärtiges Amt

Mit insgesamt 44.600 € unterstützt das Auswärtige Amt mehrere Projekte zur Förderung der deutschen Sprache in Nordschleswig. Zu den zuvor konkret beschriebenen Projekten zählen u.a. Bühnenveranstaltungen und sprachliche Frühförderung (NOS 3.3.).

Mehr Raum für Minderheitensprachen beim NDR

Ein neuer Staatsvertrag für den öffentlich-rechtlichen NDR und dessen Fernseh-, Rundfunk- und Online-Angebote sieht mehr potenzielle Sendezeit für die Sprachen der Minderheiten vor. Bisher gibt es nur wenige kurze Sendungen wie z.B. „Frasch för Enarken“ im regionalen NDR1-Hörfunk. Der SSW-Landtagsabgeordnete Lars Harms wertete dies als Erfolg, führte aber an, dass die sorbische

Sprache in der Lausitz medial ein viel besseres Angebot habe und bei anderen europäischen Minderheiten wie z.B. den Finnlandschweden eine weit stärkere Präsenz in den öffentlich-rechtlichen Medien erkennbar sei (FLA 4.2.).

Geschichte und Erinnerungsorte

Mehr Wissen über 1920

Laut einer im Auftrag des dänischen Kulturministeriums erstellten Umfrageuntersuchung des Meinungsforschungsinstituts Epinion nannten im November 2020 24% aller Befragten in Dänemark bei der Aufforderung, spontan geschichtliche Ereignisse zwischen 1800 und 2000 aufzuzählen, die im Land als „Genforeninger“ (Wiedervereinigung) bezeichnete Grenzverschiebung von 1920. Im September 2019 waren dies nur 8%. Gibt man das Thema auf einer Auswahlliste vor, können 75% der Befragten das Thema einordnen. Auch wenn die Kenntnis bei den bis zu 35-jährigen am stärksten zugenommen hat, ist das Thema nach wie vor bei den über 56-jährigen und in der Region am meisten bekannt (FLA 24.12.).

Nachgeholte Veranstaltungen zu 1920

Von Anfang Mai bis Mitte Juni sollten noch einige der zahlreichen wegen der Corona-Pandemie abgesagten Veranstaltungen zu 100 Jahren Grenzziehung nachgeholt werden (vgl. u.a. GFH 1/2020, S. 102f. u. 2/2020, S. 198f.). Ein Höhepunkt soll (unmittelbar nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) der Besuch von Königin Margrethe II., Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Staatsminister Mette Frederiksen und Ministerpräsident Daniel Günther in Hadersleben, Apenrade und Sonderburg am 13. Juni werden. Viel Aufmerksamkeit bekam „Den Sønderjyske Ambassade“ als Botschaft des Landesteils in einem eigens errichteten Gebäude in unmittelbarer Nähe zum Parlaments- und Regierungssitz Christiansborg. Hier gab es ein täglich wechselndes Kulturprogramm und einen mittels Wissenstest zu erwerbenden „Pass“. Von Lotte Hansen, Sprecherin der Veranstalter-Agentur „Golden Days“, konnte man im Zuge der von Kulturministerin Joy Mogensen und dem Vorsitzenden des Sønderjyske Præsidium Thomas Andresen vorgenommenen Eröffnung erfahren, dass die dänisch gesinnten Bewohner*innen des Landesteils gegenüber den deutsch gesinnten Hassliebe empfanden: „Du weißt, dass du Sønderjyde bist, wenn dir bei dem Lied ‚Det haver så nyligen regnet‘ (vgl. hierzu GFH 1/2020, S. 113 - Anm. d. Red.).

Tränen in den Augen steigen.“ Auch Kronprinz Frederik besuchte die sechs Tage lang bis zu einer „Wiedervereinigung“ existierende „Botschaft“ (NOS/JV u.a. 10. u. 12.6.).

Altbau auf dem Knivsberg umbenannt

Nach jahrzehntelangen Kontroversen bekam das 1931 als Jugendhof für die deutschen Nordschleswiger errichtete bisherige „Langbehnhaus“ einen neuen Namen und heißt fortan schlicht „Haus Knivsberg“. Im Zuge einer umfassenden Renovierung, bei welcher das ursprüngliche Erscheinungsbild des in den 1970er Jahren im Stil der damaligen Zeit modernisierte, später aber eher vernachlässigten Gebäudes rekonstruiert wurde, legte sich die Knivsberggesellschaft als Trägerin auf den neuen Namen fest. August Julius Langbehn (1851-1907) war als kulturpessimistisch-nationalistischer Publizist, der zudem in seiner Kritik der Moderne mit zunehmendem Alter immer mehr antisemitische Töne anschlug, schon lange als Namenspatron umstritten. Zudem hatte er abgesehen vom zufälligen Geburtsort Hadersleben keinen Bezug zu Nordschleswig bzw. der dortigen deutschen Minderheit (NOS 28.5.).

Personalien

Ulf von Hielmcrone gestorben

Am 14. Dezember 2020 verstarb in Husum im Alter von 76 Jahren der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Grenzfriedensbundes, Jurist, Autor und Politiker Ulf von Hielmcrone. Er war seit 1972 Mitglied der SPD, wurde 1989 Mitglied der Husumer Stadtverordnetenversammlung und amtierte nach einem Jahr Zugehörigkeit für sechs Jahre als Bürgervorsteher. Dem schleswig-holsteinischen Landtag gehörte er als Abgeordneter des Wahlkreises Husum-Eiderstedt von 1996 bis 2005 an und war dort u. a. Vorsitzender des Kultur- und Bildungsausschusses. Von 2008 bis 2013 war er erneut in Husum kommunalpolitisch aktiv und wurde stellvertretender Bürgervorsteher und ab 2013 Vorsitzender des Umwelt- und Planungsausschusses. Darüberhinaus bekleidete Ulf von Hielmcrone zahlreiche Ehrenämter, vor allem in seiner nordfriesischen Heimat, so u. a. als Präsident der Nissenstiftung, der er bis zu seinem Tod angehörte, und als Vorsteher des Museumsverbundes. Im Grenzfriedensbund engagierte er sich ab 1997 als stellvertretender Vorsitzender und gehörte in dieser Funktion von 1999 bis 2006 auch der Redaktion der Grenzfriedenshefte an. Besonderes Interesse entwickelte er für die regionale Kunst- und Kulturgeschichte und veröffentlichte zahlreiche Bücher, Aufsätze

und Zeitungsartikel. Für seine Verdienste erhielt er 2007 das Bundesverdienstkreuz und 2014 den Ehrenring der Stadt Husum.

**Forschungspreis des
dänischen Kulturministeriums
für Henrik Skov Kristensen**

Der Leiter des Frøslev-Museums, der dänische Historiker Henrik Skov Kristensen hat im Dezember vergangenen Jahres eine besondere Auszeichnung erhalten. Für seine beiden dies- und jenseits der Grenze mit großem Interesse aufgenommenen Werke „Straf-felejren“ und „Gerningsmænd eller Ofre“, die sich mit der Besatzungszeit und der Kollaboration der deutschen Nordschleswiger in den Jahren 1940 bis 1945 beschäftigen, erhielt er den Forschungspreis des dänischen Kulturministeriums, den „Julius-Bomholt-Preis“ (NOS, 15.12.20).

Unterschiedliche Geschichten zum Danewerk

Lars Erik Bethge / Nis Hardt
Danewerk. Bauwerk der
Superlative und Erbe der Welt
Danevirke. Danmarks fødselsattest
og verdens kulturarv
Danneverk/Dannevirke:
Danevirke Museum 2020.
98 S., ill.

Vom Geheimtipp zum Weltkulturerbe – so ließe sich das Geschick des Danewerks im beginnenden 21. Jahrhundert umreißen. Wobei es in mancher Hinsicht auch als Weltkulturerbe noch ein Geheimtipp bleibt. Die Partneranlage Haihabu ist längst eine gut eingeführte „Marke“, während das an sich spektakulärere, im nachrömischen Europa ja einzigartige Wallsystem zwischen Hollingstedt und Windebyer Noor eher im Verborgenen bleibt, jedenfalls südlich der Grenze.

Das 1990 vom SSF eingerichtete Ausstellungshaus „Danevirkegården“ ist inzwischen als „Danevirke Museum“ umfassend erneuert und erweitert worden und sieht nach der Aufnahme des Ensembles „Hedeby and the Danevirke“ in die UNESCO-Weltkulturerbeliste 2018 in den nächsten Jahren einem kompletten Neubau entgegen. Dazu passt die neue Publikumsdarstellung zum Danewerk, verfasst vom langjährigen Leiter des Museums Nis

Hardt und seinem Nachfolger Lars Erik Bethge. Äußerlich wie designernisch ansprechend gemacht, ist es genau die Art Publikation, die in einem Museumsshop vorhanden sein soll. Das Buch stellt die Geschichte der Teilwälle und -anlagen des Danewerk-Ensembles vom 5. Jahrhundert bis in die Gegenwart dar, einschließlich der militärischen Umnutzungen 1861–64 und 1944/45, und zeichnet ausführlich die Geschichte seiner Erforschung nach. Archäologisch ist es auf dem aktuellen Stand. Es muss dabei mit der großen Informations- und Interessenasymmetrie umgehen, die unterschiedliche Nationalhistorien am Danewerk verursacht haben. In der dänischen Geschichtskultur ist es untrennbares Element eines Geflechts von Geschichtsmynthen um die überzeitliche Grenze gegen Bedrohungen aus dem Süden. Außerhalb Dänemarks ist es nichts als ein mäßig bekanntes Bodendenkmal.

Schon die Titel der beiden Sprachversionen unterscheiden sich daher auffällig: Hier „Bauwerk der Superlative“, dort „Dänemarks Geburtsurkunde“ (Danmarks fødselsattest), in deutlicher Anspielung auf die gängige Bezeichnung der Runensteine von Jelling als „Dänemarks Taufschein“: das Danewerk ist noch älter und ursprünglicher. Zugleich ist das Wort auch problematisch, denn anders als die Runensteine ist das Danewerk keine Schriftquelle, und in dem Maße,

wie Grabungsfortschritte eine immer frühere Datierung nahelegen – das Buch datiert die ersten Schichten ins 5. Jahrhundert –, wird immer undeutlicher, welches Dänemark denn hier wann „geboren“ worden sein könnte. Hardt und Bethge greifen diese Unsicherheit in vorbildlicher Weise auf. Fürs erste Jahrtausend ist statt von „Dänen“ stets von „Danen“ die Rede; was auf Deutsch zunächst befremdet, gibt das Wortpaar „danere“/„danskere“ wieder, das darauf abzielt, die Identifikation der „Dänen“ mit ihren Vorgängern vor 1.500 Jahren zu hintertreiben. Wie in Rezensionen mehrerer Neuerscheinungen zum Jubiläumsjahr 2020 in den letzten Nummern der Grenzfriedenshefte zu verfolgen war, ist es in Dänemark nach wie vor nicht unüblich, auch für die Eisenzeit bereits von „uns“ zu reden, und damit sind auch „die anderen“ immer schon dieselben gewesen. Das neue Danewerk-Buch ist weitgehend frei davon. Gelegentlich mag man nachfragen wollen, ob zum Beispiel mit der schauenburgischen Expansion nach Wagrien um 1170 wirklich „die Machtbalance im Grenzland eindeutig zu deutschen Gunsten kippte“ (67), aber für den dänischen Kontext, in dem das Buch sich ja verortet, sind solche Proto-Nationalisierungen vergleichsweise selten. Dass das Buch mit seinem leise ironischen Sprachduktus zunächst dänisch-südschleswigisch ist, macht aus schleswig-holsteinischer Sicht auch seine Stärke aus: Deutsche Leser*innen können so

die ihnen meist unvertraute enorme Bedeutung des Danewerks für Dänemarks Geschichtskultur erfahren, und in mehreren ausführlichen Passagen werden die Geschichtsmysmen des 19./20. Jahrhunderts auch direkt thematisiert und problematisiert. Gerade indem es dieselbe Geschichte in zwei Sprachen erzählt, werden es zwei sehr unterschiedliche Geschichten. Und die muss man im Grenzland beide kennen. Es ist zu hoffen, dass sich das Bewusstsein für diese Vermittlungsleistung, das das jetzige Danevirke Museum prägt, auch in der Konzeption des künftigen fortsetzen wird.

Jan Rüdiger

Die Friesen in Nord-, Ost- und Westfriesland

Thomas Steensen
Die Friesen. Menschen am Meer.
Geschichte, Landschaft,
Kultur & Sprache
Kiel: Wachholtz Verlag 2020.
280 S., ill.

Der ehemalige Direktor des Nordfriisk Instituuts, Prof. Thomas Steensen, stellt sich in seinem neuen Buch die Frage, was die Friesen charakterisiert. Es ist seiner Einschätzung nach das erste Buch, das seit Generationen alle drei Frieslande gleichberechtigt darstellt. Inspiriert von der Anfrage nach einem Vortrag über die ebenso skurrilen wie originellen

Friesen schwingt sich Thomas Steensen in den Fahrradsattel, um sich vor Ort selbst ein Bild zu machen. Dabei führt ihn der Weg nicht nur in seine unmittelbare Nachbarschaft, zu den Halligen oder an die graue Stadt am Meer, sondern auch zu den Orgeln Ostfrieslands und den Kanälen Westfrieslands.

Das Buch richtet sich an alle Interessierten, die wenig oder gar nichts über die friesischen Verflechtungen mit Ost- bzw. Westfriesland wissen. Sprache, Küstenschutz, Sozialstruktur, Wirtschaftsform, friesisches Recht und nicht zuletzt die Friesische Freiheit (S. 49) verbänden die drei Frieslande. Ähnlich einem Nachschlagewerk werden viele Facetten des friesischen Lebens erläutert und beschrieben: König Redbad, das friesische Tuch und die sieben Seelande sind dabei nur einige wenige Stichworte, die für viele Leser*innen neue, unbekannte Facetten friesischer Geschichte enthüllen.

Die Themen Landschaft, Küste, Friesische Freiheit, Handel, Geschichte, Sprachen und Wirtschaft werden kapitelweise diskutiert und geben einen Einblick in vergangene Jahrhunderte. Im Anschluss folgen tagebuchartige Berichte über die Fahrradtouren durch die drei Frieslande, die mit Fotos von Denkmälern, Häfen oder Landschaften illustriert werden. Am Ende des Buches bleibt über 50 Seiten Platz für „Fallstudien“ und „Lebensläufe“ wichtiger Fries*innen.

Steensen kündigt im Vorwort einen Gesamtüberblick aus einem Guss (S. 7) an, was im Widerspruch zu seinem Befund steht, dass die drei Frieslande seit dem Mittelalter (S. 52) getrennte Wege gehen. Einen Gesamtüberblick kann es gar nicht geben, sondern allenfalls drei Überblicke nebeneinander. Wie löst er das Problem? Thomas Steensen präsentiert eine Mischung aus Reiseführer, Lexikon, historischer Auseinandersetzung und Bildband. Wie Karteikarten stapelt er Befunde und Anekdoten. So entsteht ein kaleidoskopischer Eindruck vieler Einzelteile, von denen einige vertiefend behandelt werden. Dieses Nebeneinander spiegelt sich in Steensens Leitmotiv: er verwendet als Beschreibung dutzende Male das Wörtchen „seltsam“. Seine Frage, was die Friesen so seltsam macht, bleibt aber offen.

Auf seinen Fahrradtouren findet Thomas Steensen immer wieder Belege für eine tiefe Verbundenheit mit einer friesischen Identität. Er flaniert durch eine wunderschöne Landschaft am Meer und spricht mit Zufallsbekanntschaften. Die titelgebenden Menschen am Meer, also die Friesinnen und Friesen, kommen auf diese Weise aber kaum zu Wort; Funktionär*innen der friesischen Verbände, Wissenschaftler*innen oder andere Expert*innen fehlen fast gänzlich als Gesprächspartner*innen. So wirkt die friesische Identität zweidimensional und wenig lebendig.

Das trübt die Lesefreude an einem Buch, das gerade Lust machen möchte auf die friesische Vielfalt.

Karin Haug

Festschrift mit grenzüberschreitender Prägung

**Peter Fransen, Jørgen Mikkelsen,
Leif Hansen Nielsen (Red.)
Over grænser. Festskrift til
Hans Schultz Hansen
Udgiven af Rigsarkivet og Historisk
Samfund for Sønderjylland
Nr. 120. Apenrade 2020.
420 S., ill.**

Anlässlich seines 60. Geburtstags im Jahr 2020 wurde der Historiker und Forschungsleiter des dänischen Reichsarchivs, Hans Schultz Hansen, mit einer Festschrift geehrt. Schultz Hansen, der seit über 30 Jahren im Apenrader Archiv tätig ist und darüber hinaus Ämter wie den Vorsitz der sehr aktiven Geschichtsgesellschaft nördlich der Grenze, Historisk Samfund for Sønderjylland, bekleidet, kann auf ein ausgedehntes Forschungs- und Interessengebiet blicken, in dessen Mittelpunkt die schleswigsche Regionalgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts steht. So sind es vor allem regionalgeschichtliche Themen, überwiegend mit Bezug auf Schultz Hansens Forschung, die den 18 Beiträgen von Fachkollegen und Weggefährten aus Archiven, Museen und universitären Einrichtungen zugrunde liegen.

Hervorzuheben ist, dass die Autoren nicht nur aus Dänemark, sondern auch aus Schleswig-Holstein und Hamburg stammen, und die in deutscher Sprache verfassten Texte kommen ohne eine Übersetzung ins Dänische aus. Dies zeugt von Hans Schultz Hansens starker Vernetzung in der Region, was sich auch in dem am Ende befindlichen bibliographischen Verzeichnis seines wissenschaftlichen Schaffens niederschlägt, das durch viele grenzüberschreitende Kooperationen geprägt ist. Dass die Grenzregion eine gemeinsame Geschichte habe und deren Erforschung durch den Austausch und die Zusammenarbeit von Historikern nördlich wie südlich der Grenze befördert werde, unterstreichen die Autoren Detlev und Gerhard Kraack im ersten Beitrag über die Korrespondenz des Geistlichen Johannes Berndes, der im 16. Jahrhundert im nördlichen Schleswig wirkte.

Die meisten Aufsätze beschäftigen sich mit Aspekten des Nationalitätenkonflikts und dem Verhältnis zwischen Deutschen und Dänen in Schleswig, beginnend mit Themen aus dem frühen 19. Jahrhundert und endend in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Für den Beitrag von Mogens Rostgaard Nissen, der beleuchtet, welchen Druck schleswig-holsteinische Amtsträger und Behörden in den 1950er Jahren auf Personen in Schleswig-Holstein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur dänischen Minderheit ausübten, hätte man sich eine ausgewogenere

Einordnung der Thematik in den historischen Kontext gewünscht.

In zwei abschließenden archivgeschichtlichen Beiträgen von Rainer Heering bzw. Leon Jespersen und Christian Larsen wird die Zusammenarbeit zwischen den Archiven in Schleswig-Holstein und Dänemark seit dem 19. Jahrhundert thematisiert sowie die Bedingungen der Forschung im staatlichen Archivwesen Dänemarks untersucht.

Insgesamt bietet das Buch breitgefächerte Einblicke in die Geschichte der Region, dessen Beiträge sich teilweise auf bisher noch nicht verwendetes Quellenmaterial stützen. Alles in allem wird deutlich, dass der mehrdeutige Titel der Festschrift Programm und gelebte Praxis zugleich ist.

Ruth Clausen

Das Entstehen einer Nation am Beispiel der Färöer

**Charlotte Langkilde
Færøerne**

**En moderne nation fødes
[Kopenhagen]: Lindhardt og
Ringhof 2018.
553 S., illustr.**

Die Färöer-Inseln waren im 19. Jahrhundert wie das Herzogtum Schleswig Teil der Rigsfællesskab im dänischen Gesamtstaat. Das Interesse an und die Kenntnisse über beide Gebiete war und ist in Dänemark ausbaufähig (S. 13, 35).

Charlotte Langkilde beschreibt anschaulich den fast revolutionären Prozess einer Nationenbildung im Nordatlantik in der Mitte des 19. Jahrhunderts unter außergewöhnlichen Umständen. Die Autorin hat dafür u. a. Archivmaterialien wie Protokolle, Listen und Briefe analysiert und eine detaillierte, umfangreiche Analyse des Verhältnisses der Färöer zu Dänemark vorgelegt, inklusive einer Aufklärung über Mythen und Fehler in Geschichtsauffassungen, die durch die äußerst harschen Lebensbedingungen auf den Inseln entstanden sind. Die Menschen waren in ihrem Alltag Not und Armut, extremen körperlichen Belastungen, sehr schlechter Infrastruktur sowie fehlender Bildung ausgesetzt. Sie litten über eine große Abgeschiedenheit und Rückständigkeit im Vergleich zur dänischen Kolonialmacht.

Die siebzehn Inseln sind in wenigen Jahren von einer mittelalterlichen Gesellschaft in eine mehr oder weniger moderne Nation transformiert worden, was nicht ohne Probleme ablief. Zentrale Figur war dabei der dänische Amtmann Carl Emil Dahlerup, der mit großem Einsatz und Geduld die Inseln modernisieren und selbständiger (aber nicht zu selbstständig) machen sollte und dabei nicht nur den o. g. Hindernissen gegenüber stand, sondern sich auch im Spagat zwischen lokalen Machtstrukturen und Kopenhagener Beamten in weit entfernten Ministerien wiederfand.

Das empfehlenswerte und erkenntnisreiche Buch beschreibt nicht nur die politischen und strukturellen Entwicklungen, sondern auch auf beeindruckende und lesenswerte Weise den Alltag der Menschen, u. a. Handel und Arbeit, Armutswesen, Lebensmittel- und Medizinversorgung, Familien- und Sozialstruktur, Kirche, Walfang und Schiffsstrandungen, Feste, Konflikte und Abhängigkeiten.

Sehr deutlich zieht sich die existentielle Bedeutung von Bildung, und hier insbesondere Grundbildung wie Lesen und Schreiben, für die Bildung eines Staates nach europäischem, bzw. dänischem Vorbild wie ein roter Faden durch das ganze Buch. Ohne Lese- und Schreibkenntnisse, ohne dänische Sprachkenntnisse und ohne färöische Schriftsprache können Protokolle und Gesetze weder er- noch verfasst werden (so z. B. S. 184), ohne Infrastruktur und Kommunikationswesen und ohne Expert*innen gibt es keine Administration, keine Rechtsprechung, keine Ausbildung, keine Beteiligung der Menschen an politischen Entscheidungen, keine sachorientierte Meinungsbildung, stattdessen entstehen Geschichtsmymen (z. B. S. 238f.).

Langkilde beschreibt eindrücklich, dass Entscheidungen aus Kopenhagen Monate, zum Teil anderthalb Jahre brauchten, bis sie auf den Färöern des 19. Jahrhunderts ankamen, da es im Winter zeitweise keine Schiffs-, sprich Postverbindungen gab.

Am Ende des Werkes liefert die Autorin einen kurzen Abriss über die nachfolgenden historischen Entwicklungen der Inseln bis in das 21. Jahrhundert hinein. Es gibt auch eine Reihe von Hinweisen und kurzen Vergleichen mit dem Herzogtum Schleswig, die für GFH-Lesende von Belang sein könnten (z. B. S. 37, 48–50, 67, 93,) sowie ein Personenregister.

Levke Bittlinger

Auseinandersetzung mit dem Heimatbegriff im „echten Norden“

**Carsten Dürkob
Heimat fühlen in
Schleswig-Holstein
Raum – Zeit – Kultur – Alltag
Heide: Boyens Buchverlag 2019.
160 S., illustr.**

Verschiedene Auffassungen von und Auseinandersetzungen mit Heimat in Schleswig-Holstein in Bezug auf Landschaft, Geschichte, Sprachenvielfalt und kulturelle Angebote sowie den Alltag mit Festen und Lebensformen werden in diesem Buch beleuchtet. Dürkob problematisiert die Konjunkturen, „Umdeutungen und Inanspruchnahmen“ (S. 15) des Heimatbegriffs und der Heimatkunde im Laufe der Zeit. Er befragt Menschen aus Schleswig-Holstein, u. a. den Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes, den Landtagspräsidenten, einen Museumsleiter

und eine Bürgervorsteherin zum Thema Heimat, einem ambivalenten und sich verändernden Begriff zwischen negativen und positiven Konnotationen, verknüpft mit starken Emotionen und Erinnerungen.

Im Kapitel zum Thema Raum beschreibt der Autor die spezielle Lage des Landes zwischen den Meeren mit besonderem Klima. Im Abschnitt über Geschichte geht es u. a. um die Bedeutung der Regional- und Landesgeschichte für die Entstehung von Zugehörigkeitsgefühlen sowie um die Heterogenität der Entwicklung der auch geologisch unterschiedlichen Regionen im Lande. Auch die Bedeutung der Grenzlage sowie Wanderungsbewegungen zwischen Slawen und Friesen, zwischen Dänen und Hanseaten werden thematisiert. Im Kulturkapitel geht es um Literatur und Künstler sowie die Fernsehserie „Der Landarzt“. Abschließend gibt Dürkob einen Überblick über das Alltagsleben (inkl. eines Schnüschr Rezepts) sowie die Themen Tourismus und Integration.

Für Kenner*innen der Geschichte Schleswig-Holsteins sowie der Geografie, Kultur und dem Alltag bietet das Buch nicht viel Neues. Wer aber eine Übersicht über das Land aus verschiedenen Perspektiven sucht, wird hier in der streckenweise politisch-kommentierenden Veröffentlichung inkl. der Literaturhinweise des ehemaligen Journalisten fündig. Sein Plädoyer für ein neues Verständnis des Begriffs Heimat, weg von exklusivem

Konservatismus, von nationaler Ideologie und von Kommerzialisierung ist begrüßenswert.

Levke Bittlinger

Geschichte des Sprachvereins

Lis Mikkelsen

Kampen om sproget

Apenrade: Sprogforening 2020. 160 S., durchgehend farb u. sw. III.

Das vorliegende Buch zeichnet die Geschichte des Kampfes für die Sicherung der dänischen Sprache im nördlichen Schleswig unter der preußisch-deutschen Herrschaft 1864–1920 nach, geht aber auch auf die Entwicklung davor und danach ein. Die Sprachenfrage war bereits von Beginn des nationalen Konflikts im Herzogtum unmittelbar mit diesem verbunden, zumal sich das Dänische als Volkssprache (v. a. in Angeln) deutlich auf dem Rückzug befunden hatte und Sprachreskripte zur Stärkung derselben (v. a. jene von 1851, die selbst H.P. Hanssen später kritisierte, S. 43) den Unmut vieler Deutschsprachiger auf sich gezogen hatten. Nach 1864 war die dänische Sprache wieder in der Defensive, erst recht als im Deutschen Reich ab 1889 allein das Deutsche Schulsprache sein sollte. Dennoch blieb das Dänische in weiten Teilen der bis dahin mehrheitlich dänischsprachigen Landesteile als Volkssprache dominant.

Dies ist nicht zuletzt dem Engagement des dänischen Sprachvereins zu verdanken, der sich vor allem um den Auf- und Ausbau frei zugänglicher dänischer Buchsammlungen bemühte. An vielen Orten gelang dies vor allem auch dank der zahlreichen Unterstützung aus dem Königreich. Auch nach 1920 wurde die Arbeit fortgesetzt, und zwar sowohl im nun wieder dänischen Landesteil als auch in Südschleswig. Leider ist das Buch nicht besonders übersichtlich strukturiert. An einigen Stellen erscheinen lange Quellenwiedergaben u. a. von Buchlisten. Zwischen den einzelnen Kapiteln gibt es immer wieder Zeitsprünge. Es gibt wenig Orientierung über die politischen Hintergründe des jeweiligen Zeitraums. Die deutsche Seite erscheint nur diffus als Widerpart im Hintergrund. Mitunter wird zu viel Pathos verbreitet, etwa wenn behauptet wird, dass die 150.000 Dänischgesinnten sich gegen 60 Millionen Deutsche durchsetzen mussten (S. 19). Optisch ist das Buch mit zahlreichen, ansprechend aufbereiteten Abbildungen versehen, wenn auch der Zusammenhang mit dem umgebenden Text nicht immer deutlich wird. Ungünstig ist der weitgehende Verzicht auf genaue Quellenangaben. Gerade bei den nicht wenigen kleinen Anekdoten im Text wäre dies wichtig gewesen, beispielsweise wenn „man davon gehört“ habe, dass Lehrer mitgebrachte dänischsprachige Bücher ihrer Schüler gleich in den Ofen geworfen hätten (S. 24) oder wenn der Kopenhagener

Buchhändler Erslev seine Unterstützung der Dänen damit begründete, dass die Deutschen „Dänemarks gefährlichste Feinde“ seien, die schon „im Altertum“ Angriffe auf „unser kleines Land [durchgeführt hätten], das sich beständig gegen die Übermacht gewehrt“ hätte (S. 39). Trotz der genannten Schwächen gibt das Buch aber einen interessanten Einblick in viele Aspekte von Sprach- und Kulturarbeit und vor allem über die Bedeutung des Lesens.

Gerret Liebing Schlaber

Festschrift über das deutsch-dänische Verhältnis

**Rasmus Mariager, Niklas Olsen
Venskab og fjendskab. Danmark
og Tyskland i det 19. og
20. århundrede
Festskrift til Karl Christian
Lammers i anledning af hans
75-års fødselsdag 4. september
2018 [Kopenhagen]:
Den Danske Historiske
Forening 2018.
335 S.**

Seit seiner Studienzeit an der Kopenhagener Universität ist die deutsche Zeitgeschichte das Fachgebiet des Historikers Karl Christian Lammers. Von 1969 bis zu seiner Pensionierung 2013 war Lammers am Saxo-Institut in Kopenhagen tätig, unterbrochen durch Professuren an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 1994–

1995 bzw. 2008–2009 sowie an der Eberhard Karls Universität in Tübingen 1999–2000. Auf diese Weise hat er sich über die Länge einer Generation hinweg mit der Erforschung und Vermittlung der deutschen Geschichte in Skandinavien und der skandinavischen Geschichte in Deutschland befasst. Nun haben 18 Kolleg*innen und Studierende seinen 75. Geburtstag mit einer Festschrift gefeiert, die allen empfohlen wird, die sich für das deutsch-dänische Verhältnis interessieren. An dieser Stelle sollen nur einige wenige der vielen hervorragenden Beiträge genannt werden.

Johnny Laursen leitet mit einer Übersicht über Karl Christian Lammers' wissenschaftliches Schaffen ein, das zu Beginn besonders von einer undogmatischen Neugier geprägt war, Faschismus zu definieren und das „Dritte Reich“ zu verstehen.

Uffe Østergaard stellt in seinem Beitrag über die deutschen und nordischen Länder in Europa die Frage: „Wer sind die Deutschen?“ – und beantwortet diese sowie die parallele Fragestellung: „Wer sind die Skandinavier oder Nordländer?“

Das Verhältnis zwischen Dänisch und Deutsch im langen 19. Jahrhundert (ca. 1770–1920) macht sich Jes Fabricius Møller in seinem Beitrag zum Thema, indem er anhand einer Reihe von Beispielen aufzeigt, wie Deutschland und Deutsche in der dänischen Öffentlichkeit dargestellt wurden. Mit Entstehung der Schleswig-Holstein-Frage in den 1830er Jahren wurde

in Dänemark auch der Widerwille gegen Deutschland und das Deutsche (wieder)erweckt. Diese Abneigung nährte sich sowohl von der dänischen Furcht, von einem zukünftig geeinten Deutschland verschlungen zu werden, als auch von dem Widerstand einer regionalen deutschsprachigen Elite, der dänischen Sprache eine Gleichberechtigung in Schleswig einzuräumen.

Palle Roslyng-Jensen analysiert die Darstellung Deutschlands und der Deutschen in den Geschichtslehrbüchern dänischer Gymnasien in den Jahren 1903–1960. Zu großen Teilen dominierte die Weltgeschichte, die von Peter Munch verfasst worden war. Munch war ebenfalls als dänischer Verteidigungsminister 1913–1920 und Außenminister 1929–1940 bekannt. Seine sehr vorsichtige Politik gegenüber Deutschland spiegelt sich in seiner Weltgeschichte wider.

Die großen ländlichen Protestbewegungen, die in den 1920er Jahren nördlich wie südlich der Grenze (Landvolk und Bondens Selvstyre [Bauernselbstverwaltung]) stattfanden, werden einer interessanten komparativen Analyse von Allan Borup in seinem Artikel „Die Dynamiken des Populismus“ unterzogen. Borup betrachtet die beiden Bewegungen sowohl in regionaler als auch in nationaler Perspektive und weist darauf hin, dass die Bewegung nördlich der Grenze weniger Erfolg gehabt habe, weil Dänemark nicht von so tiefen sozialen Gräben wie Deutschland

geprägt gewesen sei. Zudem habe es in Dänemark mit dem König eine national einende Persönlichkeit gegeben, und die dänischen Regierungen seien den politischen Wünschen der Unzufriedenen erfolgreicher entgegengekommen als die deutschen.

Julie Lindholm argumentiert in ihrem Artikel, dass die dänischen Regierungen nach 1945 ungeachtet ihrer Parteifarbe in ihren Friedensforderungen gegenüber Deutschland zwei Priorisierungen hatten: Zum einen solle die militärische Bedrohung durch Deutschland eliminiert werden, zum anderen solle Deutschland mit Rücksicht auf dänische Handelsinteressen ökonomisch stabilisiert werden. Die Frage nach Entschädigungen für Kriegsschäden hatte andererseits keine besondere Priorität. Die Verhältnisse der dänischen Minderheit hingegen waren von Bedeutung.

Poul Villaumes Beitrag über den langen (west-)deutsch-dänischen Entspannungsprozess analysiert auf der Grundlage neuester Forschung die Entwicklung im sicherheits- und verteidigungspolitischen Verhältnis zwischen Dänemark und Deutschland während des Kalten Krieges. Noch in den 1960er Jahren konnte der im Grunde deutschfreundliche Außenminister Per Hækkerup (Sozialdemokratische Partei) erklären, dass Dänemark drei außenpolitische Probleme habe: Deutschland, Deutschland und Deutschland! Doch in den folgenden Jahrzehnten entwickelte sich sukzessive ein deutsch-dänischer

sicherheitspolitischer Paarlauf. Abschließend schreiben Thorsten Borring Olesen und Niels Wium Olesen über Dänemark und die deutsche Wiedervereinigung 1989–1993. Nach einem recht skeptischen Anfang gelangten sowohl die dänischen Politiker als auch die öffentliche Meinung in Dänemark zu einer positiven Einstellung. Die beiden Historiker stellen jedoch die interessante Frage, ob die dänische Grundangst, vom starken Deutschland verschlungen zu werden, durch die Furcht abgelöst worden sei, innerhalb der Europäischen Union zu verschwinden.

René Rasmussen

Übersetzung: Ruth Clausen

Jubiläum einer Gedächtnisinstitution

Martin Rackwitz

125: Von Archiv bis Zukunft

125 Jahre Schleswig-Holsteinische

Landesbibliothek in

125 Stichworten

Kiel: Wachholtz 2020.

140 S., zahlr. Ill.

Anlässlich ihres 125-jährigen Bestehens hat die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek, der „zentrale Kulturspeicher des Landes“ (S. 124), ein Buch mit Texten zu 125 Stichworten herausgegeben, die nicht nur die Geschichte der Einrichtung und die Vielfalt ihrer Bestände beleuchten, sondern auch Aufgaben, Arbeitsweisen

und künftige Herausforderungen der Landesbibliothek hervorheben. Dass die Bezeichnung „Bibliothek“ eigentlich nur teilweise auf diese Institution zutrifft, da zu deren Leistungsspektrum auch archivische und museale Kernaufgaben gehören und neben Büchern auch Archivgut und Musealien in ihren Beständen bewahrt werden, wird den Leser*innen im Laufe der Lektüre verdeutlicht.

Zu den Schlagworten zählen die Namen von Persönlichkeiten, von denen Dokumente oder Werke in der Landesbibliothek zu finden sind, darunter der Physiker Albert Einstein, der Autor Klaus Groth oder der Komponist Carl Maria von Weber. Ferner dürfen typische Begriffe der schleswig-holsteinischen Geschichte mit Bezug zu den Beständen, wie „Dänemark“, „meerumschlungen“, „Nordschleswig“ oder „Up ewich ungedeelt“ nicht fehlen. Dem Historiker Martin Rackwitz, der die meisten Texte verfasst hat, gelingt es hervorragend, auch komplexe Sachverhalte knapp, kurzweilig und bisweilen humorvoll zu vermitteln, wobei er stets eine Verbindung zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft schafft. Dieser zeitliche Aspekt spiegelt sich auch in den Illustrationen wider: In den künstlerischen Fotografien von Tom Körber wird das Kulturgut und auch die Arbeitsweise der Landesbibliothek zeitlich versetzt abgelichtet und mittels verschiedener Farbauszüge übereinandergelegt. Ein besonderer Schwerpunkt des Buches ist das Thema Digitalität, das die

Landesbibliothek als künftige Herausforderung begreift, um als Einrichtung „traditionsbewusst und zeitgemäß zugleich“ (S. 7) in die Zukunft gehen zu können. Dazu zählt das in der Entstehung begriffene Digitale Haus der Landesgeschichte sowie die Etablierung eines Zentrums für Digitalisierung und Kultur. Das Vorhaben, Tradition und Innovation miteinander zu verbinden, trug vermutlich auch zu der Entscheidung bei, zur Markierung des Jubiläums ein Buch herauszugeben anstatt andere, breitenwirksamere Medienformen zu wählen, mit denen man beispielsweise auch jüngere Zielgruppen angesprochen hätte.

Die spielerische Anordnung der Texte nach den Buchstaben des Alphabets macht Lust auf die weitere Erkundung der Landesbibliothek, doch für mehr Übersichtlichkeit im Sinne der Benutzerorientierung trägt sicherlich die zukünftigen digitalen Präsentationsformen dieser spannenden, facettenreichen Einrichtung bei.

Ruth Clausen

Kriegsschauplatz im Ersten Weltkrieg

Mogens Jessen
Zeppelinbasen i Tønder
V. Marine-Luftschiff-Detachement
Tøndern – en tysk luftskibsbase
in Sønderjylland 1914–1918
Historisk Samfund for
Sønderjylland
Aabenraa: 2020.
108 S., zahlr. Ill.

Im Verlauf des Ersten Weltkriegs blieb Schleswig-Holstein vom unmittelbaren Kampfgeschehen so gut wie verschont. Das einzig wirklich bemerkenswerte kriegerische Ereignis war der Angriff britischer Kampfflugzeuge auf die Zeppelinbasis bei Tøndern am 19. Juli 1918, die dabei vollständig zerstört wurde. Hier hatte die kaiserliche Marine vier Luftschiffhallen mit einer Länge von 180 bis 240 Meter, ein eigenes Gaswerk und die sonstige, für den Betrieb eines Luftschiffhafens notwendige Infrastruktur errichtet. Die Basis Tøndern war neben den Stationen in Namur (Belgien) und Hage in Ostfriesland die dritte Bastion, von der Zeppeline im Weltkrieg gegen Großbritannien eingesetzt wurden. Über die Geschichte dieser Militäranlage hat der dänische Ingenieur und Historiker Mogens Jessen ein überaus interessantes und reichlich illustriertes Buch vorgelegt. Grundlage der 104 Textseiten und einen Anhang umfassenden Schrift sind bisher nicht ausgewertete Quellen und Fotos vor

allem dänischer und deutscher Provenienz. Zwar merkt man dem Autor seine Vorliebe für Technikgeschichte an. Dennoch ist das Buch spannend zu lesen, enthält viele, bisher unbekannt Details und ordnet die Zeppelingeschichte in den historischen Zusammenhang ein. So macht Jessen darauf aufmerksam, dass die Zeppeline eine militärische Vergangenheit hatten und für die deutsche Marine gerade im Ersten Weltkrieg eine wichtige strategische Bedeutung besaßen. Sie dienten als Luftaufklärer beim Aufspüren britischer Handels- und Kriegsschiffe in der Nordsee. Mit Bomben bestückte Zeppeline waren zudem an Luftangriffen auf England beteiligt, konnten dort aber wegen ihrer Langsamkeit gegenüber den britischen Kampffägern wenig ausrichten. Im Zentrum des Buches steht indes die Luftschiffbasis und der Bau der großen Luftschiffhallen, in welche die über 200 Meter langen Flugobjekte zu Wartungs- und Reparaturarbeiten hineinbugsiert werden konnten und die weiteren Funktions- und Erweiterungsbauten. Ebenso beschreibt er das Leben der Matrosen des Marinekommandos und deren Arbeits- und Wohnverhältnisse. Das Buch ist in dänischer Sprache erschienen. Eine deutsche Übersetzung wäre wünschenswert.

Matthias Schartl

Institutionengeschichte im Bildungssektor

Martin Rackwitz
Identität, Austausch, Bildung
100 Jahre Deutscher Grenzverein
Husum: Husum Druck- und
Verlagsgesellschaft 2020.
136 S., einzelne sw. u. farb. Abb.

Zu den wichtigsten Vereinen, die im Zuge der Grenzfrage ab Ende des Ersten Weltkrieges entstanden, zählt ohne Zweifel der 1919 in Sonderburg gegründete „Wohlfahrts- und Schulverein für Nordschleswig“, der ab 1949 als „Deutscher Grenzverein für Kulturarbeit im Landesteil Schleswig“ benannt wurde und heute vor allem als Träger wichtiger Bildungseinrichtungen wie der Nordseeakademie Leck, dem Akademiezentrum Sankelmark und dem Jugendhof Scheersberg von Bedeutung ist. In der nun vorliegenden, kurz nach dem 100. Jahrestag der Erstgründung erschienenen Studie wird auf der Grundlage gründlicher Quellenstudien der lange und wechselvolle Weg dieses wichtigen Kulturvereins nachgezeichnet. War der Verein zunächst vor allem Träger von Heimvolkshochschulen beiderseits der Grenze, wurde er in der NS-Zeit – geführt vom später als NS-Täter verurteilten Ernst Schröder – in erster Linie zu einem Büchereiverein. Nach 1946 stand der neu etablierte Grenzverein für einen heute kaum noch vorstellbaren Ausbau des Büchereiwesens im Landesteil

und betrieb mehrere Bildungs- und zeitweise sogar Forschungseinrichtungen. Das Abflauen des deutschen „Kulturkampfes“, die abnehmende Bedeutung des Büchereiwesens und sinkende Bundes- und Landeszuschüsse zwangen den DGV letztlich zu massivem Abbau (u. a. 1993 Trennung von den verbliebenen Büchereien) und Neuorientierung. Heute steht der Verein mit seinen drei Bildungsstätten vor allem für regional wie international ausgerichtete Bildungsarbeit.

Insgesamt beschränkt sich diese Jubiläumsschrift auf die eigentliche politische Geschichte des Vereins und die Entwicklung seiner wichtigsten Institutionen. Die letzten Kapitel erscheinen hauptsächlich als Darstellung von Personalien, Ereignissen, Haushaltsfragen und Leistungen des Vereins und seiner verbliebenen Bildungsstätten. Andere als vereinsinterne Quellen wurden leider kaum genutzt. Es wäre sicherlich interessant gewesen, etwas mehr über die Wahrnehmung des Grenzvereins, seiner Arbeit, seiner bestimmenden Persönlichkeiten (z. B. des langjährigen Vorsitzenden Hartwig Schlegelberger) und seiner Einrichtungen durch Personen zu erfahren, welche die Angebote genutzt haben oder aber den Verein als Partner oder auch Widersacher erlebt haben. Die Ausstattung des Buches ist spärlich. Vergleichsweise wenige und kleine Fotografien beleben die kleinschriftig aufgesetzten Seiten nur wenig. Auf ein Personen-, Orts- und

Sachregister wurde leider verzichtet. Trotz der genannten Schwächen bietet diese Studie ein interessantes und abgerundetes Porträt einer der wichtigsten Vereinigungen für Kultur- und Bildungsarbeit in der Region seit nunmehr über 100 Jahren.

Gerret Liebing Schlaber

Jubiläumsband zur dänischen Minderheit

Merete Bo Thomsen
Sydslesvig – en dansk fortælling
Sydslesvigsk Forening
1920–2020 Flensburg:
Forskningsafdelingen ved
Dansk Centralbibliotek for
Sydslesvig 2020.
296 S., ill.

Im Grenzjubiläumsjahr 2020 wurde auch die dänische Minderheit in Südschleswig und ihr kultureller Dachverband Den Slesvigske Forening, ab 1946 Sydslesvigsk Forening (SSF), 100 Jahre alt. Aus diesem Anlass hat Merete Bo Thomsen von der Forschungsabteilung der dänischen Zentralbibliothek für Südschleswig diesen Jubiläumsband herausgegeben und größtenteils auch verfasst. Über die dänische Minderheit ist ja schon viel geforscht und publiziert worden, aber Merete Bo Thomsen schafft es, auf Basis der existierenden Forschung und noch nicht publiziertem Quellenmaterial eine lesenswerte, lebendige Geschichte nicht nur des SSF, son-

dern auch der dänischen Minderheit im Laufe von 100 Jahren vorzustellen. Der Jubiläumsband ist in 10 Dekaden gegliedert, durch die jedoch keine willkürliche Periodeneinteilung erfolgt. Die Autorin wählt zu jeder Dekade ein Leitthema, welches dann konkrete Herausforderungen der Minderheit diskutiert. Interessanterweise steht nicht unbedingt die Perspektive des Dachverbandes im Vordergrund. Jedes Kapitel veranschaulicht Geschichte des täglichen Lebens mit interessanten Erzählungen über Personen aus der Minderheit. Im Gegensatz zu den doch recht Männer-fokussierten bisherigen Veröffentlichungen kommen die weiblichen Mitglieder diesmal nicht zu kurz. Zum Schluss wird einer Reihe Personen aus der Minderheit die Gelegenheit gegeben, kurz ihre Vorstellung von der Zukunft der Minderheit darzustellen.

Eine Kontinuität der Herausforderungen der Minderheit ist erkennbar. Der Vorwurf mancher älterer Minderheitsmitglieder und dänischer Politiker, „Früher war alles dänischer“, wird überzeugend entkräftet. Die Minderheit war seit 1920 ein Projekt, Schleswiger zu Reichsdänen zu machen. Es drehte sich um die heute, aber auch schon in den 1920er Jahren diskutierten Herausforderungen wie der mangelnden Sprachkompetenz, der Tendenz der Jugend, Südschleswig zu verlassen, der Frage, was es bedeutet, Minderheit zu sein, und wie dänisch man sein muss. Das Buch lädt dazu ein, den Minderheitenbegriff

zu diskutieren. Aber auch, warum es immer noch so schwerfällt, ein Grenzland zwischen zwei Nationalstaaten als solches anzuerkennen. Als eine Region mit eigener Geschichte, losgelöst vom nationalen Paradigma und der Vorstellung, dass man unbedingt einer Nation voll und ganz angehören muss, um glücklich zu sein.

Martin Klatt

Regionalgeschichte mit interessanter Perspektive

Politischer Neuanfang ab 1920

Frode Sørensen

Det røde hjørne

I. P. Nielsen 1873–1952

Apenrade/Sonderburg:

Sprogforeningen & Arbejde

Arkivet 2020.

304 S., zahlreiche, meist sw. Abb.

Zu den weniger stark beachteten Aspekten der deutsch-dänischen Grenzlandgeschichte vor und nach 1920 zählt die Geschichte der Arbeiterschaft in der Region. Dabei ist diese besonders interessant, denn das Wirken und Dasein ihrer Vertreter passte nicht zu den deutsch-dänischen Schwarz-Weiß-Klischees, die im allgemeinen Bewusstsein über jene Zeit vorherrschen. Mit seinem neuen Buch „Det røde hjørne“ hat Frode Sørensen eine wichtige Lücke hierzu geschlossen. Zwar steht laut Buchtitel der 1920 ins Folketing gewählt und endgültig 1924 in die Region gezo-

gene Sozialdemokrat I. P. Nielsen im Mittelpunkt der Betrachtung, aber die Studie geht weit über die Biografie des bald auch bei vielen Deutschen (v. a. als „Kindervater“) hoch angesehenen Sozialpolitikers hinaus. Dem Verfasser gelingt es gut, ein Gesamtbild sowohl der Kommunalpolitik als auch wesentlicher Aspekte der „großen Politik“ in der Sundstadt in den ersten Jahren nach der Grenzziehung zu zeichnen. Der Blickwinkel ist dabei ein deutlich sozialdemokratischer. Anhand vielfältiger Beispiele weist Frode Sørensen nach, dass I. P. Nielsen und seine Parteifreunde von Beginn an auch die deutschsprachigen und -gesinnten Arbeiter ansprachen. Auch darüber hinaus gab es immer wieder eine ganz pragmatische Zusammenarbeit mit den deutschen Abgeordneten, während konservative dänische Kräfte mit Andreas Grau (Chefredakteur der bürgerlichen Tageszeitung Dybbøl-Posten) an der Spitze häufiger als Widerpart dargestellt werden. Ebenso zeigt Frode Sørensen auf, wie gut die Beziehungen zwischen den sozialdemokratischen Schwesterparteien auch nach 1920 waren, zumal die SPD die neue Grenze früh akzeptierte. Dies änderte sich sehr schnell nach der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933, als die SPD nicht mehr legal arbeiten durfte und das Deutsche Reich erneut zur ernststen Bedrohung wurde. Während sich weite Teile der organisierten deutschen Minderheit der NS-Ideologie zuwandten und die Ge-

gensätze verschärften, wandten sich viele ohnehin wenig national orientierte deutschgesinnte Arbeiter von der Minderheit ab. Auch nach überstandener deutscher Besatzung, die wie an vielen Beispielen dargestellt, gerade auch für die organisierten Arbeiter viele Gefahren mit sich brachte, wandte sich I. P. Nielsen als immer noch prominentester sozialdemokratischer Landespolitiker vor Ort gegen Pauschalisierungen und gegen die Abstrafung der „kleinen Leute“, die sich mit der Besatzungsmacht eingelassen hatten.

Insgesamt ist Frode Sørensen eine gute Darstellung eines Teils der regionalen Geschichte um und ab 1920 gelungen, die in den meist auf den nationalen Gegensatz fokussierten Geschichtsdarstellungen oft zu kurz kommt. Auch optisch ist das Buch sehr schön aufgemacht. Zwar wirkt die Strukturierung mitunter etwas unübersichtlich, dafür erleichtert ein ausführliches Personenregister die Orientierung. Sprachlich ist das Buch gut verständlich, spannend und sachlich geschrieben, nur selten stören national einseitige Begriffe wie z. B. die Deklaration des örtlichen Sozialdemokraten August Wilhelm, dessen Vater 1874 aus Bayern zugezogen war, als „andengenerationsindvandrer“ (Einwanderer der zweiten Generation) (S. 250).

„Det røde hjørne“ beinhaltet bei weitem nicht nur die Biografie eines wichtigen Politikers, sondern ist – trotz des deutlichen Schwerpunktes auf

Sonderburg – mit dem Blick auf viele, in der sonstigen Geschichtsdarstellung oft viel zu kurz gekommenen Aspekte ein wichtiges Stück Regionalgeschichte. Nicht nur deshalb ist es auch südlich der Grenze unbedingt zu empfehlen.

Gerret Liebing Schlaber

Wichtige Kirchen- und Regionalgeschichte

**Werdegang eines Pastors
zwischen Deutsch und
Dänisch ab 1920**

**Martin Schwarz Lausten
Den kirkelige genforening i 1920
og grænselandspræsten**

**Martin Schwarz
Kopenhagen: Kristeligt Dagblads
Forlag 2020**

426 S., einzelne sw. Abb.

Was dem Titel nach zunächst wie ein biografisches Werk zu einem nicht unbedingt zentralen Teilaspekt der regionalen Geschichte um 1920 aussieht, erweist sich beim Lesen schnell als eine der wichtigsten neuen Buchpublikationen überhaupt zu eben jener Zeit.

Der emeritierte Kopenhagener Professor für Kirchengeschichte Martin Schwarz Lausten gibt mit Hilfe von Studien zur Biografie seines Großvaters Martin Schwarz, 1916–1940 Pastor im seit 1920 unmittelbar an der neuen Staatsgrenze gelegenen Kirchspiel Buhrkall, einen äußerst

interessanten Einblick in das Leben und die Herausforderungen im deutsch-dänischen Spannungsfeld in der späten Kaiserzeit, in den ersten Jahren nach der Grenzziehung und angesichts des Vordringens des Nationalsozialismus. Der gebürtige Dithmarscher Schwarz, der zunächst ein lutherisches Pfarramt in der damaligen, mehrheitlich katholischen Provinz Posen angestrebt hatte, versuchte ab 1906 zunächst in Kipleff südlich von Apenrade und dann ab 1916 im Geestkirchspiel Buhrkall Pastor für die gesamte Gemeinde unabhängig von der nationalen Gesinnung der einzelnen Mitglieder zu sein. Einerseits gelang es dem von der Inneren Mission geprägten Theologen, den Kirchenbesuch deutlich zu steigern und sich durch seine ausgleichende Art Anerkennung zu verschaffen. Auf der anderen Seite blieb sein Dasein und Wirken bis zuletzt teilweise heftigen Anfeindungen ausgesetzt, und zwar sowohl aus nationalistisch-dänischen Kreisen, welche 1920 auch die deutschen Pastoren ebenso wie viele andere bisherige deutsche Amtsträger pauschal absetzen wollten, als auch von einem sich zunehmend dem Nationalsozialismus zuwendenden deutschen Teil der lokalen Bevölkerung, der sich als „Nordschleswische Gemeinde“ von der Amtskirche löste. Schwarz blieb jedoch seinen Prinzipien treu, auch als ihm 1935 auf Initiative national-dänischer Politiker der grundtvigianisch gesinnte Pastor N. P. Nielsen vorgesetzt wurde, der

– in allen Fällen gegen den Willen der Gemeinderäte – auch in einigen benachbarten, ebenfalls von deutsch ausgebildeten Pastoren geführten Kirchspielen die dänischsprachige Gemeindearbeit übernehmen sollte (S. 302f.).

Lausten überzeugt mit überaus gründlicher Quellenarbeit, die hoffentlich zu weiteren ähnlichen Studien anregt. Er ist sich jedoch auch der Lücken bewusst, die sich durch mangelnde Quellen (vor allem aus Schwarz' eigener Provenienz) ergeben. Obwohl der eigene Großvater im Mittelpunkt der Forschung steht und viele hochemotionale Angelegenheiten angesprochen werden, bleibt der Verfasser immer bei einer gleichermaßen sachlichen, anspruchsvollen und gut verständlichen Ausdrucksweise. Er durchbricht die leider auch 2020 in vielen Geschichtspublikationen immer noch zu beobachtende Verengung auf rein nationale Perspektiven, indem er anhand eines äußerst interessanten Beispiels aufzeigt, dass es auch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Lebenswirklichkeit zwischen, mit und auf Deutsch und Dänisch gegeben hat – und nicht nur das ewig betonte Entweder-Oder, auch wenn dieses das Prinzip „eine Gemeinde über alle Gegensätze hinweg“ (S. 303) letztlich doch untergrub. Martin Schwarz Laustens gründlich recherchiertes und gut lesbares Buch ist weit über die Kirchengeschichte hinaus von Bedeutung und kann allen, die sich für die regionale Geschichte

in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts interessieren, unbedingt empfohlen werden.

Gerret Liebing Schlaber

Biographie eines fanatischen Eugenikers

**Maja Hagerman
Herman Lundborg
Rätsel eines Rassenbiologen
Berlin: Berliner Wissenschafts-
verlag 2020.
490 S.**

Herman Lundborg, Jahrgang 1868, studierte in Stockholm Medizin und wurde nach seiner Promotion an der Universität in Lund Dozent für Psychiatrie, Neurologie und ab 1915 für Rassenbiologie und medizinische Genetik an der Universität Uppsala. Über das Leben und Wirken des Nestors der schwedischen Eugenik legte die Schriftstellerin Maja Hagerman 2015 eine exzellent geschriebene und jetzt auch in deutscher Sprache vorliegende Biographie vor.

Inspiziert von Arthur de Gobineau und Houston Stewart Chamberlain war Lundborg vom Niedergang der „nordischen Rasse“, deren Verkörperung er in hochgewachsenen, blonden und blauäugigen Menschen sah, überzeugt. Die Ursache dafür lag für ihn in der „Vermischung“ des reinen schwedischen Volksstammes mit minderwertigen Rassen wie dem „Lappischen oder dem Finnischen

Typ“, was nur durch die Förderung einer gesunden Landbevölkerung, der „Trockenlegung sozialer Sümpfe“ und einer strikten Einwanderungskontrolle unterbunden werden konnte.

Seine 1914 veröffentlichte Schrift „Rassenbiologie und Rassenhygiene“ und die 1919 mit großem Erfolg präsentierte Ausstellung „Schwedische Volkstypen“ führten 1922 zu der mit Regierungsunterstützung erfolgten Gründung des von ihm geleiteten Rassenbiologischen Instituts in Uppsala, von dem aus seine Theorien in ganz Europa Verbreitung fanden. Auf breiter Quellengrundlage zeigt Hagerman den Aufstieg Schwedens zu einem von der damaligen Rassenbiologie faszinierten Land. Auf eindrucksvolle Weise gelingt es ihr, die internationalen Netzwerke und deren Zusammenarbeit in den Hochzeiten der Rassenforschung bis in die 1940er Jahre hinein darzustellen.

Während Lundborgs Ruf in Schweden bald verblasste, wobei die Sterilisation aus „rassehygienischen Gründen“ sogar noch bis 1975 gesetzlich erlaubt war, fand er in Deutschland zahlreiche Anhänger. Seine Forschungsergebnisse stellten gleichsam den theoretischen Hintergrund der auf Aussonderung und Vernichtung zielenden nationalsozialistischen Volksgemeinschaftsideologie dar. Nicht nur in Hitler fand er einen glühenden Verehrer, auch Himmlers Entwürfe zum Aufbau der SS als eine germanische Rassenelite bediente sich seiner theoretischen Grundla-

gen. Darüber hinaus macht Hagerman auf die Widersprüchlichkeit im Leben Lundborgs aufmerksam. Er war nicht nur ein fanatischer Eugeniker, sondern pflegte außerhalb seiner „reinrassigen“ Ehe heimliche Liebesbeziehungen zu Frauen „minderwertiger Rassen“. Gerade vor dem Hintergrund weltweit wieder aufflammender ausländerfeindlicher und rechtsradikaler Bewegungen, deren Erfolge eng mit den abstrusen „Rasstheorien“ der Vergangenheit verknüpft sind, ist Hagermans Lundborg-Biographie ein wichtiges und zugleich leicht verständliches Buch, denn, wie sie in der Einleitung schreibt, „die Tabus, mit denen diese Ideen belegt waren, (werden) immer kleiner“. Eine nicht immer nachvollziehbare Zitierweise sowie die Fokussierung auf zumeist ältere Fachliteratur bei der Darstellung historischer Zusammenhänge können den positiven Gesamteindruck nicht schmälern.

Matthias Scharf

Deutsch-dänische Familiengeschichte im Zweiten Weltkrieg und der Nachkriegszeit

Kirstin Deckert
Kaleidoskop
Ein deutsch-dänisches
Familienschicksal
1939–1949
Steinbergkirche:
Novalis-Verlag 2018.
289 S., ill.

Laut dem Etymologischen Wörterbuch bedeutet Kaleidoskop im übertragenen Sinne „bunter Wechsel, buntes Allerlei“. Genau dieses deckt den Inhalt und Aufbau dieser deutsch-dänischen Familiengeschichte, bestehend aus einem deutschen Vater, seiner dänischen Frau und ihren sechs Kindern.

Die ursprünglich in Hamburg ansässige Familie zieht kriegsbedingt immer wieder aus der Hansestadt weg, um dann wieder ihre Wohnung in der ausgebombten Stadt aufzusuchen. 1947 kommt die Familie endlich nach insgesamt acht Umzügen in Glücksburg zur Ruhe. Eingeleitet wird der Bericht mit einer Übersicht („Wissenswertes“) über die Familie und die einzelnen Familienmitglieder. Um das Leben der jeweiligen Personen verfolgen zu können, ist es notwendig die Übersicht vor Augen zu haben. Die Erzählerin ist das zweitjüngste Kind der Familie, 1939 geboren.

Zwei Themen ziehen sich durchgängig durch das Buch: der christliche Glaube und die musikalische Erziehung. So sind die Eltern in verschiedenen evangelischen Kirchengemeinden engagiert. Die Mutter erteilt zudem Religionsunterricht und Bibelstunden. Sie gestaltet außerdem aktiv die Gottesdienste in den jeweiligen Gemeinden mit. Die Kinder genießen alle eine musikalische Ausbildung. Die drei Ältesten werden im Alter von 12–13 Jahren auf ein musikalisches Internat in Frankfurt geschickt. Als Erwachsene bestimmt die Musik auch ihren beruflichen Werdegang. Der Bericht über die Kriegs- und Nachkriegsjahre der Familie stützt sich auf die Tagebücher der Mutter, den Memoiren des Vaters, eigenen Erinnerungsbruchstücken der Erzählerin und ihrer Geschwister sowie einen Teil Fiktion, die u. a. in referierten Träumen zum Ausdruck kommt. Das deutsch-dänische Familienschicksal wird durch die Polarität der beiden Länder dargestellt: auf der einen Seite das kriegszerstörte Deutschland, auf der anderen Seite das behütete Dänemark der Sommerferien mit Sonne, Strand und reichlich Lebensmittel. Die Familie ist in den zehn Berichtsjahren oft bedingt durch Krieg, Umzüge, Arbeits- und Ausbildungsteilen getrennt, trotzdem zieht die Verfasserin ein positives Fazit ihrer Kindheit: „Es klingt paradox, wenn ich behaupte, dass unsere Kindheit eine geborgene Kindheit war. Wir fühlten uns beschützt von der Liebe unse-

rer Eltern, vom Rhythmus des Tages, den Bibelstunden, dem Musizieren...“. Alles in allem liegt hier ein sehr persönlicher Lebensbericht vor.

Ilse Friis

Dänemark am Vorabend der deutschen Besetzung

Steen Andersen

„Der er intet foruroligende for Danmark“. Danmark mellem stormagterne frem mod 9. april 1940 Odense: Syddansk Universitetsforlag 2020. 304 S., ill.

Kein historisches Thema ist in Dänemark so gründlich bearbeitet worden wie der Zweite Weltkrieg. Die Bibliografie der Königlichen Bibliothek verzeichnete bis 2016 etwa 14.000 Titel zu diesem Thema. Gibt es noch mehr dazu zu sagen oder zu schreiben? Diese Frage muss sich wohl der Historiker am dänischen Nationalarchiv, Steen Andersen, notwendigerweise gestellt haben, bevor er sich an eines der traumatischsten Einzelereignisse heranwagte, nämlich den Einmarsch der Wehrmacht am 9. April 1940 in Dänemark. Die Befürchtung des Aufwärmens alter Geschichte(n) durch Andersen wird jedoch bei dessen Lektüre gründlich entkräftet. Durch tiefgründiges Archivstudium und eine ausgesprochen rationale Herangehensweise gelingt es dem Verfasser, diesem

Thema neues Leben einzuhauchen. Obwohl heranrückende deutsche Truppen auf der Brücke über den kleinen Belt auf dem Buchdeckel abgebildet sind, bildet die eigentliche Invasion keinen Schwerpunkt der Geschichte. Tatsächlich gelingt es Andersen, das militärische und politische Geschehen weiträumig – aber stilistisch sehr geschickt – zu umgehen, indem er von den dänischen Regierungsverhandlungen am späten Abend des 8. April direkt zum nächsten Tag um 9:00 Uhr springt, also etwa fünf Stunden nachdem die Operation „Weserübung Süd“ angelaufen war. Zu dieser Stunde empfängt Hermann Göring den dänischen Diplomaten Prinz Aksel, Cousin des dänischen Königs Christian X, in Berlin und berichtet dem zutiefst schockierten dänischen Vertreter, dass sich sein Land jetzt in deutschen Händen befinde (S. 276).

Andersen beschäftigt sich vor allem mit Dänemarks Position zwischen Frühling 1939 und dem 9. April 1940. Er begeht dabei nicht den Fehler, ständig die Vergangenheit mit dem Maßstab der viel klügeren Nachwelt zu messen. Bezeichnend hierfür ist der Titel „Es gibt für Dänemark nichts Beunruhigendes“, der die Position des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Thorvald Stauning und seines sozialliberalen Außenministers P. Munch am Vorabend der Invasion widerspiegelt, als sich deutsche Truppen schon im Grenzland formierten. Statt dieser Aussage spöttisch zu be-

gegnen, die am nächsten Morgen um 4:15 Uhr gründlich widerlegt wurde, bemüht sich Andersen um ihre Hintergründe. Sachlich belegt er, wie die politische und militärische Führung aus politischer Überzeugung, militärischer Logik, diplomatischen Gepflogenheiten, persönlicher Eitelkeit sowie aus den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs trotz der heranrückenden Besetzung des Landes dieser Sichtweise bis zuletzt anhängen.

Die Sachlichkeit des Verfassers lässt ihn auch andere Phänomene in einer Art und Weise behandeln, die vom politischen Bias der Nachkriegszeit befreit sind. Dem sogenannten Nichtangriffspakt Dänemarks mit dem „Dritten Reich“ aus dem Frühjahr 1939, der am Ende dem Land ganz offensichtlich nichts nutzte, bringt Andersen Verständnis statt Verachtung entgegen. Dabei hebt er die bis dahin nicht anerkannte deutsch-dänische Grenze von 1920 vor, was der Kopenhagener Führung ernste Sorgen bereitete. Aus der Perspektive des dänischen Gesandten in Berlin, Herluf Zahle, stellte der Pakt eine Art de facto Anerkennung der Grenze dar (S. 37).

Ähnlich unvoreingenommen behandelt Andersen die Rollen der Sowjetunion und Großbritanniens, die im ersten Kriegsjahr von der dänischen Regierung missgünstig verfolgt wurden. Die Verbrechen des NS-Regimes und die positive Aura um die Siegermacht Großbritannien überschatten oft, dass gerade letztere

als größere Gefahr für die nordischen Staaten erachtet wurde.

Jede Generation schrieb und schreibt ihre Geschichte aufs Neue. Das Werk von Andersen ist ein gelungenes Beispiel dafür. Durch einen offenen Zugang zu den Akteuren und eine entsprechende Auseinandersetzung mit diesen gelingt es ihm, sich einfühlsamer in deren damalige Lage hineinzusetzen, als vergangene Generationen von Historikern es vermochten. Das Buch besticht im Wesentlichen durch einen fließenden sprachlichen Stil, auch wenn ein Zick-Zack zwischen Dänisch, Englisch, Schwedisch und sogar Deutsch das Auge etwas irritieren mag. Dies mag ein Nebenprodukt der großen Quellenarbeit sein, die insgesamt eine der großen Leistungen dieses soliden Werkes darstellt.

Thomas Wegener Friis

Farbfotografien aus dem besetzten Dänemark 1943

**Morten Brink Iwersen
Hitlers Danmarksbilleder
Da Førerens fotograf Walter Frentz
rejste gennem Augustoprøret
Kopenhagen: Gyldendal 2020.
228 S., zahlr. großformatige,
meist farb. Abb.**

Im August 1943 reiste Walter Frentz, einer der wichtigsten Kameramänner und einer der ersten Farbfotografen im nahen Umfeld des Hitler-Regimes

in das besetzte Dänemark, wohl in erster Linie zwecks Dokumentation des Aufbaus des „Atlantikwalls“. Viele der zuvor unbekannteren Farbfotografien, die von Frentz' Sohn Hanns Peter in Berlin verwahrt werden, erstaunen durch die auf den ersten Blick ausgesprochen friedlichen Szenerien u. a. vom bunten Treiben in Kopenhagen, von offenbar unbekümmerten Menschen am Strand, auf Fahrradtour oder in Straßencafés. Selbst im Angesicht der wenigen schon betriebsfertigen, zum Teil stacheldrahtbewehrten Beton-Ungetüme der deutschen Nordseebefestigung an der Westküste sieht man friedliche Badegäste. Auch die deutschen Soldaten wirken auf den meisten Bildern entspannt. Zudem zeigte sich Frentz an damals moderner Architektur interessiert. Allerdings muss Frentz auch mitbekommen haben, dass sich in jenen Tagen Sabotageakte des dänischen Widerstandes mehrten und die relative Ruhe im besetzten Land zunehmend schwand. Im optisch hochwertig aufgemachten Buch wie in der zugehörigen dreiteiligen DR-Fernsehserie „Hitlers hemmelige danmarksbilleder“ wird gemutmaßt, dass Frentz' folgender Bericht an Hitler maßgeblich zum Ende der bis dahin eher zurückhaltenden Besatzungspolitik geführt habe. Dies ist angesichts der Eskalation der Lage in den Tagen danach und der dann durch Hitler angeordneten Stärkung der Macht des Militärbefehlshabers von Hanneken gegenüber dem zivilen Reichsbevollmächtigten Best,

welcher geschönte Berichte von der Stimmung im besetzten Land nach Berlin übermittelt hatte, durchaus möglich. Genauere Quellen fehlen allerdings und Frenzts' Bilder geben über die Richtigkeit dieser Mutmaßung keinen Aufschluss. Bei der Fernsehserie wird allerdings auch ausdrücklich erwähnt, dass eine gewisse Dramatisierung und nicht eine genaue Rekonstruktion Teil der Darstellung sein sollte.

Während Mikkel Frey Damgaard in TV-Folge 2 sogar am Beispiel eines eigenen Urgroßvaters, dessen Selbstdarstellung als Widerstandskämpfer sich später als Vertuschung einer eher gegenteiligen Geschichte erwies, auch kritische Fragen stellt, vermittelt Buchautor Morten Brink Hansen in seiner Rekonstruktion der Verhältnisse in Dänemark im Sommer 1943 weitgehend eine Geschichte des Widerstands, insbesondere aus der Sicht des Journalisten und Kriegstagebuchschreibers Vilhelm Bergström und verschiedener Widerstandsblätter. Noch interessanter als diese bekannte Geschichte, die sich in den Bildern zudem nirgendwo widerspiegelt, wäre es allerdings gewesen, mehr als hier geschehen auf den tatsächlichen Inhalt der Bilder einzugehen. Sie zeigen Menschen (auch die deutschen Soldaten), die auch unter widrigen Zeitumständen einfach nur leben wollten und die Möglichkeiten dazu auch nutzten. Ein stärkerer Fokus auf sozialgeschichtliche Fragen nach dem Alltag unter der Besatzung hätte den

Wert dieses Buches deutlich gesteigert. Doch auch die hier vorgenommene Rekonstruktion der Reise des Walter Frenz und deren Einordnung in die Geschichte von Besatzungspolitik und Widerstand zu genau jener Zeit bietet, verbunden mit den sehr gut wiedergegebenen Farbfotografien, einen überaus interessanten Einblick in eines der schwersten Kapitel deutsch-dänischer Geschichte.

Gerret Liebing Schlaber

Neue Erkenntnisse über die Bernadotte-Aktion

**Bernd Philipßen,
Fred Zimmak (Hg.)
Wir sollten leben**

**Am 1. Mai 1945 von Kiel mit
Weißen Bussen nach Schweden
in die Freiheit
Steinbergkirche:
Novalis Verlag 2020.
282 S., zahlr. sw. Abb.**

Mit dem hier vorzustellenden Buch haben der Flensburger Journalist Bernd Philipßen, sein Mitherausgeber Fred Zimmak und weitere renommierte Autor*innen eine herausragend recherchierte Dokumentation vorgelegt, der eine große Aufmerksamkeit und Verbreitung zu wünschen ist. Es handelt von der Rettung von 153 jüdischen Häftlingen des Rigaer Ghetto, die über Hamburg-Fuhlsbüttel und das Arbeitserziehungslager Nordmark in Kiel im Rahmen der Bernadotte-Akti-

on mit den Weißen Bussen des dänischen Roten Kreuzes über die Grenze bei Krusau nach Schweden gebracht wurden. Das Buch ist ein die Herzen berührender Lesestoff und zugleich wichtiges zeithistorisches Dokument über das glanzlose, von unzähligen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gekennzeichnete Ende der NS-Herrschaft in unserer Region.

Dem grundlegenden Beitrag von Bernd Philipsen über die Hintergründe der von dem aus Friedrichstadt stammenden Vertreter des jüdischen Weltkongresses Norbert Masur mit SS-Reichsführer Heinrich Himmler mühsam ausgehandelten Rettungsaktion, in denen dieser in der surreal anmutenden Atmosphäre des Gutshofes Hartzwalde mit der eklatanten Lüge aufwartete, dass es niemals Massenmorde an Juden gegeben habe (siehe dazu auch GFH 2/2019, S. 101 ff.), berichten die Autoren in den anschließenden Aufsätzen über den Leidensweg der von der SS, Gestapo und deren Mithelfern verschleppten und misshandelten Menschen, die ihre Befreiung im Mai 1945 wie ein Wunder empfanden. Dafür haben die Herausgeber und Autoren in akribischer Kleinarbeit eine Vielzahl biographischer Daten, Zeitzeugenberichte und Fotografien aus Archiven und privaten Nachlässen zusammengetragen und ausgewertet. In einzigartiger Weise gelingt es ihnen, die hinter den Personen und deren Familien stehenden individuellen Schicksale lebendig werden zu lassen.

Diese Biographien stehen exemplarisch für Millionen andere Lebensgeschichten der in den NS-Konzentrationslagern misshandelten und ermordeten Juden. Sie unterscheiden sich von diesen nur, weil das Martyrium mit der Rettungsaktion ins sichere Schweden endete und den Betroffenen dadurch eine unerwartete Zukunft eröffnet wurde, in der die traumatische Erinnerung an die erlittenen körperlichen und seelischen Qualen aber nie verblasste.

Matthias Schartl

Das Ende des Zweiten Weltkriegs im Roman

Karsten Skov

Under samme måne

Gjern: Forlag Hovedland 2020.

392 S.

Der Roman „Under samme måne“ von Karsten Skov, der auf einer wahren Begebenheit basiert, behandelt vor allem zwei Schicksale während der letzten Monate des Zweiten Weltkrieges: Erika, einer fliehenden Deutschen, und Karl, der Teil der deutschen Minderheit in Dänemark ist.

Während der Anfang des Romans im Jahre 1976 spielt, liegt sein Fokus auf den Monaten zwischen Januar bis Oktober des Jahres 1945. Während dieser Zeit muss die junge Erika mit ihrer Mutter und ihrem kleinen Bruder Markus aus ihrem Heimatort Königsberg vor den nahenden rus-

sischen Truppen fliehen, gegen die ihr Vater mit dem deutschen Heer kämpft. Dabei erlebt sie selbst, wie grausam diese Zeit sein kann, in der es an fast allem mangelt. Erst nach ihrer Ankunft in Dänemark, als Erika den jungen Karl kennenlernt, stellt sie fest, dass das Leben auch noch schöne Seiten haben kann. Gemeinsam versuchen sie, eine gemeinsame Zukunft zu errichten

Mit diesem Roman behandelt Skov nicht nur die Erlebnisse seiner beiden Protagonisten, sondern fokussiert auch auf die Behandlung der Deutschen und den Angehörigen der deutschen Minderheit in Dänemark während der letzten Kriegsmonate und einer kurzen Phase danach. Dabei scheut er nicht davor zurück, auch die dunkelsten Kapitel dieser Zeit anzusprechen. Trotzdem gelingt es ihm, eine ständige Spannung aufrecht zu halten, sodass es schwerfallen kann, dieses Werk aus den Händen zu legen. Wer sich für historische Romane mit romantischen Elementen interessiert, wird auch dieses Werk in seiner Sammlung haben wollen.

Charlotte Jagusch

Deutsche Flüchtlinge in Dänemark

Thomas Harder
De Uønskede
De tyske flygtninge i Danmark
1945–1949
Kopenhagen: Gyldendal 2020.
479 S., ill.

75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs und der damit zusammenhängenden Flüchtlingsproblematik hat Thomas Harder, seines Zeichens Journalist, Verfasser und Übersetzer, ein umfangreiches Buch zum Schicksal der deutschen Flüchtlinge in Dänemark vorgelegt.

Der Titel des Buches „De Uønskede“ (Die Unerwünschten) verrät bereits, wie die überwiegend ostpreußischen Flüchtlinge, die 90 % der Gesamtzahl ausmachten, in Dänemark in Empfang genommen wurden. Für das Herbergsland stellte sich die Frage nach dem Umgang mit den Flüchtlingen. Während die dänischen Widerstandskämpfer der Regierung vorwarfen, den Flüchtlingen zu vorteilhafte Verhältnisse zu bieten und in ihrer Argumentation immer wieder auf die Zustände in den Konzentrationslagern verwiesen, mahnten dänische Kirchenvertreter einen humaneren Umgang mit den deutschen Flüchtlingen an. Die Flüchtlinge waren überwiegend Frauen, Kinder, Kranke und ältere Männer. Insgesamt kamen im Frühjahr 1945 rund 250.000 Flüchtlinge nach Dänemark.

Harder beschreibt verschiedene Unterkünfte der Flüchtlinge und verweist auf die sehr unterschiedliche Qualität der Unterbringung, Verpflegung, Freiheiten und ärztlichen Versorgung. Es ist zum Teil erschütternd zu lesen, wie Ärzte den Kindern und Kranken medizinische Hilfe verweigerten.

Dänemark wollte die Unerwünschten so schnell wie möglich loswerden. Die britische Besatzungsmacht stellte jedoch klar, dass zunächst die chaotischen Verhältnisse im besetzten Deutschland geregelt werden mussten, bevor Dänemark die Flüchtlinge nach Deutschland zurückschicken konnte. So mussten sich die Dänen auf einen längeren Aufenthalt der Flüchtlinge einstellen. Die vielen kleinen Lager in Schulen, Sporthallen und Hotels wurden aufgelöst und die Flüchtlinge in größeren Lagern (z. B. Oksbøllejren bei Varde) gesammelt. Die Dokumentation beruht auf ausführlichem Archiv- und Quellenmaterial, die deutschen Flüchtlinge kommen durch Tagebücher und Briefe zu Wort. Das Buch wird durch ein ausführliches Register mit Quellenangaben abgerundet.

Es ist ein sehr interessantes Buch, das gerade in dieser Zeit eine aktuelle Problematik in einem historischen Rahmen behandelt und das auch in Verbindung mit der Errichtung des neuen Museums „Flugt“ (Flucht) im ehemaligen Oksbøllejr im Herbst des nächsten Jahres wichtiges Wissen vermitteln kann.

Ilse Friis

Lotse durch die Gedenkstätten

Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (Hg.),

Harald Schmidt (Red.)

Gedenkstätten und Erinnerungsorte zur Geschichte des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein.

Wegweiser und Bildungsorte

Husum: Husum Druck- und

Verlagsgesellschaft 2020.

111 S. farb. ill.

Mit der kürzlich von der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinischer Gedenkstätten herausgegebenen Broschüre liegt jetzt ein neuer und überaus informativer Wegweiser zu den im Lande befindlichen Gedenkstätten, Denkmälern und Mahnmalen vor, mit denen an die Zeit des Nationalsozialismus erinnert wird. In kompakter Form erfährt der*ie Leser*in alles Wissenswerte über diese historischen Orte, an denen zwischen 1933 und 1945 Zehntausende nicht als systemkonforme Menschen deklarierte ihrer Freiheit beraubt und gequält, gedemütigt oder ermordet wurden. Orte wie Ladelund, Husum-Schwesing, Ahrensböök, Kaltenkirchen-Nützen, Glückstadt und Wedel, sie sind im Vergleich mit den großen NS-Vernichtungslagern zwar weniger bekannt, doch auch hier hat das nationalsozialistische Terrorregime mit brutaler Gewalt zugeschlagen. Umso erfreulicher ist es, dass sich in den letzten Jahren ein dichtes Netzwerk herausgebildet hat, das die

Erinnerung an diese Zeit aufrechterhält und das der für die heutigen wie auch für die künftigen Generationen wichtigen Achtung der Menschenrechte neue Impulse verleiht.

Nach einer kurzen, von Harald Schmidt verfassten Einführung über die Entwicklung und Ziele der Gedenkstättenarbeit stellt die Broschüre die 17, über das ganze Land verteilten Gedenkorte und Einrichtungen in Einzelporträts vor. In alphabetischer Reihenfolge enthalten diese alle für einen Besuch erforderlichen Informationen, zum historischen Hintergrund und zur Entstehungsgeschichte sowie Hinweise auf die vorgehaltenen Bildungsangebote. Ebenso wie in den vorgestellten weiteren 34 Erinnerungsorten (S. 94 ff.) ist alles klar gegliedert und ansprechend aufbereitet, wozu nicht zuletzt die attraktive Bebilderung mit aktuellen Farbaufnahmen gehört. Zu jedem Ort erfolgen Literaturhinweise und am Ende findet der*ie interessierte Leser*in weitere Literaturtipps. Bedauerlich ist, dass das wenige Kilometer nördlich der deutsch-dänischen Grenze gelegene Internierungslager Frøslev ausgespart wurde. Zumindest eine Erwähnung wäre im Sinne einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wohl angebracht gewesen. Irritierend ist zudem der in der Einführung befindliche Absatz zu Orten, die an die deutsch-deutsche Teilung erinnern (S. 18), deren Sinnzusammenhang mit dem Thema sich nicht erschließt. Dennoch: die 111 Seiten umfassende Broschüre ist lesenswert

und kann im Buchhandel oder über die Geschäftsstelle der Bürgerstiftung in Rendsburg bezogen werden.

Matthias Schartl

Umgang mit der NS-Vergangenheit der deutschen Nordschleswiger

**Henrik Skov Kristensen
Gernigmænd eller ofre?
Erindringen i det tyske mindretal
om nazismen, verdenskrigen og
retsopgøret i komparativ belysning
Apenrade: Historisk Samfund for
Sønderjylland 2019.
400 S., einzelne sw. Abb.**

Nachdem der Leiter des zum dänischen Nationalmuseum gehörenden „Frøslevlejrens Museum“, Henrik Skov Kristensen, vor einigen Jahren ein wichtiges Werk zur bis dahin kaum erforschten Geschichte der Internierung zahlreicher Angehöriger der deutschen Minderheit ebendort im dann als Faarhuslejren bekannten Polizeigefangenenlager ab 1945 vorgelegt hatte (vgl. GFH 4/2011, 1/2012), folgte nun eine nicht minder bedeutende Forschungsarbeit zur Geschichte des Umgangs mit dieser Geschichte durch die deutschen Nordschleswiger. Hierbei weist er deutlich nach, wie sehr die Erinnerung an die NS-Zeit bei der deutschen Minderheit in erster Linie auf die Erfahrung der Rechtsabrechnung ab 1945 und damit eine gefühlte Opferrolle fokussier-

te, während eine Auseinandersetzung mit der eigentlichen NS-Geschichte und der individuellen und kollektiven Verstrickung in dieselbe über lange Zeit bestenfalls punktuell stattfand. Henrik Skov Kristensen zeichnet vor allem auf der Grundlage eines überaus gründlichen Studiums des BDN-Hauptvorstandsarchivs und der Tageszeitung *Der Nordschleswiger*, aber auch vieler anderer Quellen und Darstellungen nach, wie lange das Opfernarrativ dominant blieb. Letzteres umfasste nicht nur die „Rechtsabrechnung“, sondern auch den Tod von 700 Angehörigen an der Front und die Auffassung, von der NS-Führung „verführt“ worden zu sein. Erst die Konfrontation mit Fakten über eine aktive Verstrickung nicht nur der „Volkgruppenführung“ in die NS-Politik bis hin zur „Wiederentdeckung“ von Kriegsverbrechen durch deutsch-nordschleswigsche SS-Leute führte nicht nur bei jüngeren Angehörigen zu einer Neubewertung. Die Tatsache, dass der BDN diese Publikation mitfinanziert hat und dass Henrik Skov Kristensen für die jüngere Zeit zunehmend mehr Aktivitäten zur Aufarbeitung registriert hat, belegt ein deutlich zunehmendes Interesse an der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit.

Zu den vielen Stärken dieser Studie zählt, dass Henrik Skov Kristensen über den Tellerrand hinausschaut und Vergleiche zur NS-Geschichte und dem späteren Umgang mit derselben bei den Deutschbelgiern und bei den

deutschgesinnten Elsässern zieht. Etwas lang und trotzdem eher oberflächlich ist der in erster Linie auf Beiträgen aus dem „Lexikon der ‚Vergangenheitsbewältigung‘ in Deutschland“ (hg. v. Torben Fischer und Matthias N. Lorenz) beruhende Durchgang durch den Umgang mit der NS-Vergangenheit selbst in (West-)Deutschland; hier hätten die ohnehin in die Studie eingearbeiteten Verweise zu diesen Entwicklungen bei der Analyse der deutsch-nordschleswigschen Geschichtsbehandlung ausgereicht. Überzeugend gelingt dies z. B. beim Vergleich mit Harald Welzers sozialpsychologischen Studien („Opa war kein Nazi“), welche die Diskrepanz zwischen öffentlicher und privater Geschichtswahrnehmung verdeutlichen. Der Titel „Täter oder Opfer“ als reine Entweder-Oder-Frage verdeutlicht ein wesentliches Problem für die Aufarbeitung dieser schwierigen Geschichte. Vermutlich hat die Internierung und individuelle Verurteilung vieler einfacher Mitläufer als Täter die Frage nach einer tatsächlichen Mitverantwortung erst recht in den Hintergrund treten lassen. Henrik Skov Kristensen zeigt deutlich auf (v. a. S. 127f.), wie sehr gerade die „Rechtsabrechnung“ die persönliche Auseinandersetzung mit der zuvor bei vielen deutlich vorhandene Identifizierung mit der NS-Ideologie und -Gewaltherrschaft (und nicht eben nur mit „Deutschland“ bzw. dem „deutschen Volk“) erschwert hat, den Zusammenhalt mit den als Leidensgenossen empfundenen Haupt-

verantwortlichen gefördert und letztlich die Flucht in die Opferrolle verstärkt hat. Henrik Skov Kristensens überaus wichtige und gründliche Studie, die auch eine deutsche Zusammenfassung und ein Personenregister enthält, hat eine wesentliche Lücke geschlossen und regt hoffentlich zu weiterer Forschung, Aufarbeitung und nicht zuletzt Sicherung von Quellen an. Denn die Geschichte der deutschen Nordschleswiger ist bisher immer noch erstaunlich lückenhaft erschlossen.

Gerret Liebing Schlaber

Memoiren eines dänischen Diplomaten in Deutschland

Henrik Becker-Christensen
Diplomat i grænselandet – Erin-
dringer og baggrund 1998–2017
Sønderjyske levnedsløb nr. 38
Aabenraa: Historisk Samfund for
Sønderjylland 2020.
420 S., ill.

Der frühere dänische Generalkonsul in Flensburg, Henrik Becker-Christensen, hat seine Memoiren unter dem Titel „Diplomat i Grænselandet“ veröffentlicht. Das gut lesbare Buch des auf die Geschichte im heutigen deutsch-dänischen Grenzland spezialisierten Geschichtswissenschaftlers hat das Format einer Chronik der jüngeren Geschichte der durch die Grenzziehung vor 100 Jahren bis heute geprägten Region.

Die Lektüre gibt viele Einblicke in das Wirken Becker-Christensens in enger Verbundenheit mit der dänischen Minderheit gerade auch in Krisensituationen. Wie rasch Vorgänge aus der Amtszeit Becker-Christensens Geschichte geworden sind, verspürt man bei seinen Ausführungen über Grenzlandkrisen wie dem Autobahnmarsch im Herbst 2015, als es einen Ansturm vor allem von syrischen Flüchtlingen auf die Grenze gegeben hatte.

Genauestens behandelt der Autor inzwischen oft vergessene Kapitel im Grenzland wie den Beginn der deutsch-dänischen Zusammenarbeit im Rahmen der EU-Interreg-Programme.

Nicht ausgelassen hat der Autor den eigenen Einsatz bei den vielen Besuchen von Mitgliedern des dänischen Königshauses in Südschleswig.

In vielen Kapiteln liefert der in Vejle geborene Becker-Christensen, untermauert durch viele Zitate im Stil des Historikers, eigene Erlebnisse im Grenzland, das er durch Ferienaufenthalte auf Alsen schon als Kind kennengelernt hatte. Interessant sind Becker-Christensens Angaben zur Geschichte des dänischen Generalkonsulats in Flensburg, das kurz nach den Volksabstimmungen 1920 eingerichtet wurde.

Im Kapitel über die deutsche Minderheit, die er in den 1980er Jahren auch im Rahmen seiner wissenschaftlichen Forschung für seine Doktorarbeit „Det tyske mindretal 1920–1932“ eingehend kennengelernt hat, beschreibt

Becker-Christensen die Rolle der deutschen Nordschleswiger*innen in den vergangenen Jahrzehnten als „gute Botschafter“ Dänemarks. Sehr aufschlussreich sind die langen Ausführungen des Autors über seine tiefen Einblicke in das Innenleben der dänischen Minderheit, in der Vielfalt und kontroverse Positionen zum Alltag gehören. Becker-Christensen berichtet über seinen großen Einsatz dafür, gerade auch in konservativen Kreisen in Schleswig-Holstein, ein Verständnis für Dänemark und die dänische Minderheit zu fördern. Das sehr lesenswerte Buch hinterlässt ein Gefühl von Wehmut darüber, dass der Diplomat des Grenzlandes schon 2017 sein segensreiches Wirken im Generalkonsulat beenden musste.

Volker Heesch

Interdisziplinäre Analyse des Sturmflutempfindens

Anna Jank

**Wilde Nordsee: Katastrophen-
Erleben auf den Halligen Nord-
frieslands**

**Eine psychoanalytisch-
ethnologische Studie**

**Psychotherapiewissenschaft in
Forschung, Profession und Kultur,
Bd. 25; Münster, New York:
Waxmann 2019.
258 S., illustr.**

Die an der Wiener Sigmund-Freud-Privatuniversität im Fach Psychotherapiewissenschaft angenommene Dissertation untersucht, wie Menschen mit der besonderen Lebenswelt auf den Halligen, insbesondere mit Sturmfluten, umgehen. Die Fragestellung bezieht sich auf Langeneß und Oland und zielt daraufhin ab, wie Sturmfluten „die Mentalität, das Alltagsleben, die Vulnerabilität und Resilienz von Bewohnern der Halligen“ (S. 18) beeinflussen. Janks innovativer Ansatz ist eine Lebens- und Erzählforschung zwischen Tiefenpsychologie, Europäischer Ethnologie und Katastrophenforschung im Rahmen des Neuen Realismus. Anhand von Feldforschung und neun Interviews findet Jank in den individuellen und kollektiven „Erlebenswelten“ einen anderen Umgang der Halligbewohner*innen mit bedrohlichen Sturmfluten als von ihr erwartet und im Gegensatz zu Menschen, die Naturkatastrophen in anderen

Kontexten ausgesetzt sind. Halligen seien, so Jank aus österreichischer Perspektive, erstaunlicherweise eine „Hochburg der Resilienz“ (S. 202) in Bezug auf Sturmfluten, nicht jedoch in Bezug auf Angst vor Feuer. Der Grund sei, dass Sturmfluten von den Halligbewohner*innen nicht unter die Definition von Katastrophen oder Bedrohungen fallen, sondern als erwartbare Normalität beschrieben werden, auf die man vorbereitet sei, und die „in die Lebenswelt und das Selbstverständnis“ (S. 173) integriert seien. Man habe sich angepasst und einen effektiven Umgang mit den Gefahren erlernt. Das unterscheide den Alltag und das Empfinden auf der Hallig von einem ggf. angstvollen Erleben von Sturmfluten auf dem Festland, da man dort nicht mit Landunter rechne, und bei einem Deichbruch die Auswirkungen umso schlimmer seien.

Jank hat den Interviewten im lesenswerten Buch Pseudonyme gegeben, die aufgrund der kleinen Community für Ortskundige eher wenig identitätsschützend sein dürften, jedoch dabei einem männlichen Interviewpartner den eigentlich geschlechtsneutralen Vornamen „Bente“ gegeben, der in Schleswig-Holstein und Skandinavien vornehmlich weiblich konnotiert ist. Davon sollte man sich beim Lesen nicht verwirren lassen.

Levke Bittlinger

Reiseführer für Tagesausflüge in der Region

Sven Sörensen, Carola Siedhoff
Glücksorte in und um Flensburg
Fahr hin und werd glücklich
Düsseldorf: Droste Verlag 2019,
168 S., illustr.

und
Elke Weiler
Glücksorte in Nordfriesland
Fahr hin und werd glücklich
Düsseldorf: Droste Verlag 2020.
168 S., illustr.

Glück hat wohl Konjunktur, jeweils wird es großgeschrieben in diesen beiden bunt gestalteten Tagesreiseführern mit jeweils 80 Orten, die einen glücklich machen sollen. Die Glücksorte im Flensburg-Buch befinden sich nicht nur in der kreisfreien Stadt selbst, sondern auch in Dänemark von Apenrade über Sonderburg bis Pattburg und auf deutscher Seite von Glücksburg über Kappeln bis Schleswig.

Der Nordfriesland-Band deckt den gesamten Landkreis von List auf Sylt bis Vollerwiek auf Eiderstedt sowie von den Dünen Amrums bis zum Treenebad in Fresendelf ab.

Inhaltlich ist das Spektrum weit gefasst, Kultur-, Natur- und Bewegungsliebende sowie Anhänger*innen des Badeurlaubs, gescheiter Heiß- und Kaltgetränke oder anderer Spezialitäten kommen auf ihre Kosten. Einige Ziele sind beschränkt auf bestimmte Jahreszeiten, wie z. B. die Weih-

nachtmärkte, aber die Auswahl an Alternativdestinationen ist groß.

Jedes Ziel wird jeweils auf einer Seite beschrieben und mit einem Foto illustriert. Hilfreich sind Adressdaten und Angaben zur nächstgelegenen ÖPNV-Haltestelle. Die Übersichtskarte am Ende der beiden Bücher ist recht abstrakt gehalten, so dass ggf. weitere navigatorische Hilfsmittel vonnöten sein könnten.

Die meisten Ziele werden Einheimischen bereits bekannt sein. Neu-Flensburger*innen oder -Nordfries*innen und Tourist*innen finden dagegen in beiden Veröffentlichungen nett aufbereitete Ausflugstipps, auch wenn viele der beschriebenen Orte zu den bekannten Touristenhotspots gehören und eher keine Geheimtipps mehr sind, wie der Leuchtturm von Westerhever und das Flensburger Schiffahrtsmuseum.

Levke Bittlinger

Kulturführer über die Landschaft Angeln

Johannes Callsen

Kleines Angeln-ABC

**Husum: Husum Druck- und
Verlagsgesellschaft 2020.**

141 S., durchgehend farbig.

Was ist typisch für Angeln? Diese für Touristen, Zugezogene aber auch Einheimische grundlegende Frage wird von Johannes Callsen in 50, zumeist zweiseitigen Kurzkapiteln beantwortet, von A, wie „Angeliter Platt“, bis hin zum Buchstaben W, wie „Wasserscheide“. Die Abschnitte sind gut recherchiert und enthalten alle notwendigen Informationen. Das ist nicht verwunderlich, denn der geschichts- und kulturinteressierte Autor, langjährige Landtagsabgeordnete und derzeitige Minderheitenbeauftragter der Landesregierung ist selbst in Angeln beheimatet und kennt sich hier aus. Callsen beschreibt die Besonderheiten und Traditionen der durch die letzte Eiszeit geformten Landschaft zwischen Flensburger Förde und Schlei, die sie im Vergleich zu anderen Regionen unverwechselbar machen. Zwar erfährt der/die kundige Leser*in wenig Neues, die leicht verständliche Textaufbereitung und die klein- und großformatigen Abbildungen des Fotografen Günter Pump machen das Büchlein zu einem wertvollen Nachschlagewerk, das schnell zur Hand genommen werden kann,

etwa um zu ergründen, ob die Bewohner der Landschaft nun als „Angler“, „Angelner“ oder „Angeliter“ bezeichnet werden. Typisch für Angeln sind der Brarup-Markt, die eigenartigen, aus dem altdänischen stammenden Ortsnamensendungen „-by“ und „-rup“, die auf die wechselvolle Geschichte der Landschaft im deutsch-dänischen Kulturraum verweisen, die Dreiseithöfe, die Feldsteinkirchen, Förden, Wasserläufe und Naturschutzgebiete, das Angler Rind und Sattelschwein, der „Schnüsch“ und „Angler Muck“ oder das „letzte Stück“, das ein mit der Bewirtung zufriedener Gast auf dem Tisch zurückzulassen pflegte. Überrascht ist der Rezensent über Abschnitte zum Ochsenweg, den Denkmälern am Sankelmarker See oder zur Gedächtnishalle in Idstedt, die nur mit großem Wohlwollen der Landschaft Angeln zuzuschreiben sind. Allerdings gibt es am Übergang zur Schleswigschen Geest, im „sog. Luusangeln“, abgeleitet aus dem dänischen „lys“ und gleichbedeutend mit hellem oder sandigem Boden, nach Westen hin keine scharfe Trennlinie.

Matthias Schartl

Reiseführer für die Nordseeküste von Brunsbüttel bis Skagen

Heidi Schmitt
Dänemark Nordseeküste
Erlangen: Michael Müller
Verlag 2020.

415 S., zahlreich illustr.
und

Dieter Katz
Nordseeküste Schleswig-Holstein
Erlangen: Michael Müller Verlag
2020.

328 S., zahlreich illustr.

Zwei neue Reiseführer begleiten Urlauber*innen an der Westküste, die in einen schleswig-holsteinischen und einen dänischen Teil gegliedert wurde. Der Schleswig-Holstein-Band deckt die vier Bereiche Dithmarschen, Eiderstedt, Inselwelt und nördliches Festland ab. Der dänische Band reicht von der Wattenmeerküste im Süden zwischen Röm und Esbjerg über den Westen von Blåvand bis Struer und dem Ringkøbing Fjord, dem Nordwesten rund um den Limfjord bis hin zum Norden, inkl. Skagen und Aalborg. Es wird in beiden Büchern ein allgemeines Orientierungskapitel dem eigentlichen Reisegebietsteil vorangestellt, welcher dann, im Falle des schleswig-holsteinischen Bands, von einem Informationsteil mit Angaben zur Landschaft und Natur, Geschichte und typischen Aspekten sowie reisepraktischen Hinweisen ergänzt wird. Der Dänemark-Band enthält dagegen Landesinformationen, Hinweise

zu Landschaft und Natur, Reisezeit, Geschichte und Kulturgeschichte sowie Mobilitäts- und Übernachtungsinformationen, Essen und Trinken und eine kurze dänische Vokabelliste sowie auch einen kleinen (Rad-)Wanderteil samt Link zu den zugehörigen GPS-Daten.

Die Informationen über die einzelnen Orte, und zwar nicht nur die klassischen Touristenziele, sind übersichtlich dargestellt; man erfährt, wo man baden kann, und was man sich anschauen sollte. Und es ist erfreulich, dass auch kritische Passagen enthalten sind, so werden beispielsweise die Büsumer „Bausünden“ (S. 70) nicht verschwiegen. Allerdings ist die Bezeichnung „Friesisch gemütlich“ (S. 313) für ein Hotel im Nordseebad Büsum etwas weit hergeholt, da Friesen nicht in Dithmarschen siedelten, auch wenn so manches Gasthaus dort als „friesisch“ bezeichnet wird.

Sehr gut und nützlich sind jeweils die eingesteckte Faltkarte sowie etliche Übersichts- und Detailkarten der beschriebenen Orte. Allerdings hätten je empfehlenswerterem Band auch eine statt drei wortgleiche Bitte(n) an Leser*innen, eigene Tipps oder Verbesserungen an den Verlag zu melden, gereicht (S. 2, 5, 404 bzw. 2, 6, 318).

Levke Bittlinger

Ausflugsführer für Schleswig-Holstein

**Sophie Niemann (Red.)
Schleswig-Holstein
Die schönsten Ausflugsziele
Hamburg: Ellert & Richter
Verlag 2020.
192 S., zahlreich illust.**

Dieser Ausflugsführer, der in Zusammenarbeit mit dem Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag herausgegeben wurde, gibt einen Überblick über 40 Ausflugsziele verteilt auf das gesamte Bundesland. Die Spanne reicht vom Sylter Ellenbogen über das Tönninger Multimar Wattforum bis in die Haseldorfer Marsch, sowie von Lauenburg an der Elbe über den Leuchtturm Staberhuk auf Fehmarn bis zum „Neuschwanstein im Norden“ (S. 98), dem Glücksburger Wasserschloss. Kiel und Flensburg kommen fast gar nicht vor, ebenso fehlen andere, wichtige touristische Ziele, wie beispielsweise Friedrichstadt. Vielleicht erklärt sich das mit dem Anspruch des Buches, der folgendermaßen formuliert wurde: Leser*innen sollen „eine andere, unbekannte Seite“ einer vertrauten Region präsentiert bekommen (S. 8). Allerdings sind das Seebüller Noldemuseum, das Museum Kunst der Westküste auf Föhr, Lübecker Marzipanhersteller, Schloss Gottorf, Haithbau und das Danewerk als Ziele nicht gerade unbekannt.

In den inneren Buchdeckeln findet man zwei Übersichtskarten, aber das Werk enthält keine Detailkarten zu den beschriebenen Zielen. Der Umfang, die Detailtiefe sowie die Inhalts-, Druck- und Abbildungsqualität sind im oben besprochenen Buch zur schleswig-holsteinischen Westküste deutlich besser. Hilfreich sind ggf. einige Adressen u. a. von Museen und Gaststätten. Das Buch eignet sich vor allem für diejenigen, die bestimmte Regionen des Landes noch nicht so gut kennen und erste Anlaufziele entdecken wollen. Allerdings bleibt unklar, weil leider nicht transparent gemacht, welche Textteile schon einmal in anderen Büchern des Verlags oder in der Zeitung veröffentlicht wurden. Der Text über eine Wanderung durch die Braderuper Heide auf Sylt beispielsweise ist ein nicht als solcher gekennzeichnete Wiederabdruck.

Levke Bittlinger

Begriffe aus dem nördlichsten Bundesland

**Karl-Heinz Groth
Sophie Niemann (Red.)
So snackt Schleswig-Holstein
Hamburg: Ellert & Richter
Verlag 2020.
168 S., illustr.**

Dieses Buch von Aal über Lütt un Lütt bis zipperig ist in Zusammenarbeit mit dem Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag entstanden und basiert nicht nur auf Recherchen des Autors in vor allem Otto Mensings Schleswig-Holsteinischem Wörterbuch, sondern auch auf Zuschriften von Leser*innen des Buches „So spricht Schleswig-Holstein“ (2011/12). Die rund 300 nieder- und norddeutschen, teilweise friesischen Stichwörter, alphabetisch sortiert, bilden ein kleines Lesebuch im Stil eines Nachschlagewerkes, aber kein Wörterbuch oder Lexikon im klassischen Sinne. Einige Begriffe werden in einen (Satz)Kontext gestellt und ihre Bedeutung erklärt, andere nicht. Zum Teil gibt es Auskunft über die Wortherkunft, selten eine Wortübersetzung. Bei anderen Stichwörtern findet man nur ein Kochrezept, z. B. bei Aalsuppe, bei Birnen, Bohnen und Speck und bei Stoovertartoffeln oder gar einen Witz zum Ausdruck Faden verloren, aber keine Erläuterungen. Einige Lemmata stechen vom Typus her unerwartet etwas heraus, z. B. Freiheit für Schleswig-Holstein,

Lübecks Gänge oder Orgeldreher, so dass sich die Kriterien der Stichwortauswahl in dieser Veröffentlichung Lesenden nicht erschließen lassen. Der Satzspiegel im Druckbild ist, jedenfalls im Rezensionsexemplar, eigenartig nach oben verschoben, so dass der Kopfsteg auffällig schmal ist, aber das ist nur eine Formalie. Wer Unterhaltung zum Schmökern oder ein anspruchsloses Geschenk für Zugezogene sucht, liegt mit diesem Buch richtig. Wer jedoch ein echtes niederdeutsches Wörterbuch benötigt, der sollte zum alten Mensing in fünf Bänden von 1927 oder dem neuen Sass von 2016 greifen.

Levke Bittlinger

Minderheitensprachen in Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik

Rahel Beyer, Albrecht Plewnia (Hg.)
Handbuch der Sprachminderheiten
in Deutschland
Tübingen: Narr Francke Attempto
Verlag 2020.
474 S., illustr.

Dieses Handbuch, herausgegeben von zwei Mitarbeitenden des Instituts für Deutsche Sprache in Mannheim, beinhaltet jeweils einen systematischen Überblick über Dänisch, Nord- und Saterfriesisch, Niederdeutsch, Sorbisch, Romanes, Russisch, Türkisch und Polnisch sowie über die Deutsche Gebärdensprache.

Die Kapitel sind alle nach ähnlichem Muster aufgebaut und in die Bereiche Geografie, Geschichte, Wirtschaft, Politik, Kultur, Rechtslage, Sprachformen, soziolinguistische Situation, Einstellungen zur Sprache und Linguistic Landscapes (Forschungsfeld, welches sich mit der Sichtbarkeit von Schriftsprache in der Öffentlichkeit beschäftigt) unterteilt sowie mit einem Literaturverzeichnis, Übersichtskarten und Grafiken versehen.

Ziel des Handbuchs ist, ein Nachschlagewerk zu schaffen und „eine vergleichende Betrachtung“ (S. 7) der Sprachen anhand der systematischen Abhandlungen zu ermöglichen. Dabei werden nicht nur die vier sog. autochthonen Sprachminderheiten und eine Regionalsprache in den Blick genommen, sondern u. a. auch sog. Aussiedler- und „migrationsinduzierte“ (S. 9) Sprachen, die alle etwas unterschiedliche rechtliche Status genießen.

Hauptsächlich für Schleswig-Holstein relevant sind die drei Kapitel über Dänisch als Minderheitensprache (Karen Margrethe Pedersen, Doris Stolberg), Friesisch in Nordfriesland (Alastair Walker) und Niederdeutsch (Reinhard Goltz, Andrea Kleene), während alle anderen Kapitel, außer über das Sorbische, von der geografischen Verteilung her bundesweit (Schleswig-Holstein nicht ausgeschlossen) von Bedeutung sind.

Im Kapitel über das Dänische werden die wichtigsten Minderheiteneinrichtungen, in denen Dänisch eine Rol-

le spielt, überblicksweise behandelt. Weiterhin wird dänischsprachige Literatur aus Südschleswig genannt, sowie die Kontaktsprachen Deutsch, Standarddänisch und Südjütisch erwähnt, bevor genauer auf sprachliche Merkmale und Grammatik inkl. Südschleswigismen und Code-Switching, also Sprachwechsel eingegangen wird.

Das Handbuch gibt einen guten Überblick und hilft für den Einstieg in das Thema, auch aufgrund der Literaturhinweise. Positiv muss hervorgehoben werden, dass beispielsweise im Kapitel über das Niederdeutsche wissenschaftlich unterschiedliche Sichtweisen und Definitionen dargestellt und problematisiert werden.

Levke Bittlinger

Interessantes über Deutschland für Dänen

Torben Kitaj
Fingerspitzengefühl
100 ting, du ikke vidste om
Tyskland og tyskerne
Aarhus: Forlaget Turbine 2020.
275 S., durchgehend sw. Ill.
mit Zeichnungen von
Lars-Ole Nejstgaard.

Anhand von 100 alphabetisch geordneten Begriffen versuchen der Journalist Torben Kitaj und der Zeichner Lars-Ole Nejstgaard, den dänischen Blick auf Deutschland auf verschiedene, oftmals nur wenig bekannte

Perspektiven zu lenken. Dabei spannen sie einen weiten Bogen zu sowohl Themen aus Geschichte, Politik, Gesellschaft und Kultur, als auch zu speziellen Besonderheiten, die sie unter Deutschen beobachtet haben. In den meisten Fällen ist ein deutsches Stichwort der Ausgangspunkt, dessen Hintergrund und Bedeutung meist humorvoll und mit Beispielen aus der Wirklichkeit erklärt wird. Da der dänische Blickwinkel Ausgangspunkt ist und auch immer wieder Vergleiche mit vermeintlich typisch dänischen Verhaltensweisen gezogen werden, ist das Buch auch für ein deutsches Publikum sehr interessant. Dabei kann man Verfasser und Zeichner bescheinigen, dass sie bei ihren Darstellungen das richtige – als solches bewusst als Buchtitel gewählte – Fingerspitzengefühl zeigen, das sie nicht zuletzt als wichtige Tugend für ein anständiges deutsch-dänisches Miteinander hervorheben (S. 67f.). Natürlich ist die Auswahl der Begriffe subjektiv und andere Verfasser hätten vermutlich andere Schwerpunkte gesetzt. Wie viele Aha-Erlebnisse man beim Lesen haben wird, dürfte individuell sehr verschieden sein. An vielen Beispielen gelingt es gut, die aus dänischer Sicht oft schwer verständlichen regionalen Unterschiede aufzuzeigen, vor allem jene zwischen Nord und Süd – man denke nur an das weibliche Christkind (S. 33), das im katholisch geprägten deutschen Süden die Weihnachtsgeschenke bringt. Auch der mit gutem

Grund sensible Umgang mit der Geschichte wird mehrfach thematisiert. Manche Beiträge bleiben allerdings sehr dünn und oberflächlich, z. B. jene über Humor und Flaggen, wo es besonders viel deutsch-dänisches Missverständnispotenzial gibt. Auch das deutsche Dänemarkbild hätte stärker berücksichtigt werden sollen als hier; das genannte Lied „Dänen lügen nicht“ ist da kein passendes Beispiel, war es doch anders als dargestellt nicht mehr als eine Nonsens-Parodie. Doch grundsätzlich ist es Kitaj und Nejstgaard gut gelungen, einem breiten dänischen Publikum auf unterhaltende Weise ein Deutschlandbild zu vermitteln, das weit über die üblichen Klischees hinausgeht. Auch für deutsche Leser*innen ist es interessant zu sehen, was aus dänischer Sicht an Deutschland anders erscheint.

Gerret Liebing Schlaber

MITARBEITER/INNEN DIESES HEFTES

Dr. Levke Bittlinger
Kulturanthropologin, Koordinatorin
Flensburg / Kiel

Thede Boysen
Referent
Flensburg

Helen Christiansen
Minderheiten-Kompetenz-Netzwerk
Schleswig-Holstein / Süddänemark
Sankelmark

Ruth E. Clausen, Dipl.-Museologin
Archivleiterin
Glücksburg / Apenrade

Ilse Friis, cand.mag.
Rektorin i. R.
Apenrade

Thomas Wegener Friis, ph.d.
Associate Professor
Odense

Harro Hallmann
Kommunikationschef des BdN
Kopenhagen

Dr. Karin Haug
Journalistin
Flensburg

Volker Heesch
Journalist
Apenrade

Charlotte Jagusch, M.Ed.
Gymnasiallehrerin
Kiel / Apenrade

Martin Klatt, ph.d.
Associate Professor
Flensburg / Sonderburg

Frank Omland
Regionalgeschichtsforscher
Hamburg

René Rasmussen, cand. mag.
Historiker und Museumsinspektor
Sonderburg

Prof. Dr. Jan Rüdiger
Historiker und Hochschullehrer
Hamburg / Basel

Dr. Matthias Scharl
Historiker
Schleswig

Gerret Liebing Schlaber ph.d.
Historiker und Gymnasiallehrer
Apenrade

Karl-Werner Schunck
Verwaltungsjurist i. R.
Eckernförde

Andrea Graw-Teebken
Mitarbeiterin des Regionkontors
Pattburg

VERZEICHNIS DER IM JAHRE 2020 IN DEN GRENZFRIEDENSHEFTEN ERSCHIENENEN AUFSÄTZE

VERZEICHNIS DER IM JAHRE 2020 IN DEN GRENZFRIEDENSHEFTEN ERSCHIENENEN AUFSÄTZE

OLIVER AUGÉ	Die Haltung Deutschlands zur Nordschleswigfrage (1918-1920)	Heft 1 S. 17 ff.
PETER DRAGSBO	Deutsche Nationalpolitik in den Grenzländern. Versuch eines Vergleichs zwischen den Grenzländern des Deutschen Reiches in Polen, Elsass-Lothringen und Schleswig 1871 - 1914	Heft 1 S. 67 ff.
STEEN BO FRANDBSEN	Als Schleswig geteilt oder wiedervereinigt wurde. Ein historischer Essay	Heft 1 S. 31 ff.
HAUKE GRELLA ILSE FRIIS	Das Deutsche Museum Nordschleswig im neuen Gewand	Heft 2 S. 235 ff.
JENS CHR. HANSEN	Abrechnung? Das Verfahren gegen die Täter der Konzentrationslager Husum-Schwesing und Ladelund	Heft 1 S. 45 ff.
REIMER HANSEN	Jörn-Peter Leppien als Historiker	Heft 1 S. 5 ff.
INTERVIEW MIT RASMUS ANDRESEN	Europa und unsere Region	Heft 1 S. 91 ff.
JOHANNE JUUL OLSEN ANNA LISA PAYSEN LIV BREDØ SCHRØDER MATS ROSENBAUM	„Wir sind schon weit gekommen, aber können noch viel weiterkommen.“ Ansprache von vier Schülerbotschaftern aus der deutschen und dänischen Minderheit am Gedenk- tag der Schlacht von Oeversee/Sankelmark	Heft 1 S. 85 ff.
JØRGEN KÜHL	„Sie sollen nicht vergessen werden!“ Dänemarks Begriff der dänischen Minderheit in Deutschland	Heft 2 S. 145 ff.

SIEGFRIED MATLOK	Spät – aber nicht zu spät. Die Enthüllung eines Gedenksteins in Sonderburg für elf am 5. Mai 1945 von der deutschen Marine hingerichtete deutsche Soldaten	Heft 2 S. 229 ff
FRANK OMLAND	Der Aufstieg der NSDAP im Landkreis Flensburg. Ein (wahl-)statistischer Vergleich 1928 bis 1933 Teil 1: Die Nationalsozialisten	Heft 2 S. 171 ff.
GERRET LIEBING SCHLABER	Das deutsch-dänische Abstandsyear 2020. Vorläufige Bilanz eines stark eingeschränkten Grenzgängers	Heft 2 S. 197 ff.
FRAUKE TENGLER MATTHIAS SCHARTL	Zum Tod von Dr. Jörn-Peter Leppien	Heft 1 S. 3 f.

ADS-Grenzfriedensbund e. V.
Mürwiker Straße 115
24943 Flensburg

ISSN 1867-1853